

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT



1943 Februar

23. Jahrgang Nr. 2

INHALT

ERZEUGUNG UND VERBRAUCH

- Die Wirtschaftsstruktur Tunesiens S. 37
Gebiet und Bevölkerung — Landwirtschaft — Bergbau und
Industrie — Außenhandel — Verkehrswesen

PREISE UND LÖHNE

- Die Preise im Januar 1943 ... S. 43
Großhandelspreise
Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten
Indeziffern — Marktordnung und Preisregelungen
- Die Preise im Ausland im Januar 1943 S. 48
Der Preisverlauf in den einzelnen Ländern — Der Preisverlauf in
Finnland seit August 1939 — Gerstenversorgung und Gerstenpreise
in Kontinentaleuropa — Indeziffern der Großhandelspreise wichtiger
Länder
- Die deutsche Arbeitspolitik in den letzten 10 Jahren S. 53

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

- Die Ehestandsdarlehen im 4. Vierteljahr und im Jahre 1942 S. 59
- Die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich im November 1942 S. 60
- Die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten im Dezember und
im Jahre 1942 S. 60
- Neue Bevölkerungszahlen des Auslandes S. 61
Schweden — Serbische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung
- Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1941/42 und im Sommer-
halbjahr 1942 S. 62

Wirtschaftsdaten Januar/Februar 1943 — Bücheranzeigen

Nachdruck einzelner Beiträge mit ausführlicher Quellenangabe gestattet

Matern von einzelnen Schaubildern können vom Verlag bezogen werden

VERLAG FÜR SOZIALPOLITIK, WIRTSCHAFT UND STATISTIK, PAUL SCHMIDT, BERLIN SW 68

Bezugspreis für das Inland: Vierteljährlich (3 Hefte) 2,25 Reichsmark, Einzelheft 75 Reichspfennig

Erscheint bis auf weiteres monatlich einmal

Dringend gesucht

für Einsatz in Minsk und Ukraine
einige perfekte

Statistiker und Statistikerinnen

Letztere möglichst mit Schreibmaschinenkenntnissen. Damen und Herren, die an einer Mitarbeit in einer derartigen Abteilung interessiert sind und deren Freistellung einwandfrei geklärt ist, wollen sich unter Beibringung der üblichen Unterlagen mit Lichtbild bewerben unter M. 8708 an ALA, Berlin W 35.

Großverlag sucht tüchtige

Mitarbeiterin für statistische Arbeiten

(auch für Halbtagsbeschäftigung evtl. außer Sonntags)

Stenografie erwünscht
Schreibmaschine Bedingung

Ausführliche, handschriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche sind zu richten unter Chiffre D. A. 261. Verlag Wirtschaft und Statistik, Berlin SW 68, Wilhelmstraße 42.

Muß das sein?

5 Millionen Briefsendungen

müssen in jedem Jahr vernichtet werden,
weil die Aufschrift mangelhaft und der Absender nicht angegeben ist.

Nein!



So erreicht die Sendung
bestimmt ihren Empfänger, oder
der Absender erhält sie wenigstens zurück!

Der Briefträger ist nicht allwissend!

Bringt Türschilder an, besonders wenn Ihr Untermieter seid!

DEUTSCHE



REICHSPOST



BANK DER DEUTSCHEN ARBEIT A. G.

HAUPTSITZ BERLIN C 2

NIEDERLASSUNGEN IN ALLEN GAUEN
GROSSDEUTSCHLANDS

Protektorat: PRAG
Generalgouvernement: KRAKAU
Ostland: RIGA und KAUN

TOCHTERBANKEN:

Bank voor Nederlandschen Arbeid N. V.
AMSTERDAM und ROTTERDAM
Westbank N. V. (Banque de l'Ouest S. A.)
BRÜSSEL und ANTWERPEN

Ständige Vertretung:

PARIS, 28 Boulevard Haussmann

Bankbeteiligung:

Bukarester Handelsbank A. G., BUKAREST

Fachkundige Beratung und Auskunfts-
erteilung in allen Finanzfragen und
sonstigen Bankangelegenheiten

Ausstellung von Sparbüchern



MINIMAX

Feuerschutz

Handfeuerlöscher • Großlösch-
geräte • Ortsfeste Schaum-Kohlen-
säure- und Gaslöschanlagen.

MINIMAX AKTIENGESELLSCHAFT • BERLIN NW7

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM STATISTISCHEN REICHSAMT, BERLIN C 2, NEUE KÖNIGSTR. 27-37

1943 Februar

Abgeschlossen am 24. Februar 1943
Ausgegeben am 1. März 1943

23. Jahrgang Nr. 2

ERZEUGUNG UND VERBRAUCH

Die Wirtschaftsstruktur Tunesiens

Gebiet und Bevölkerung

Wenn Tunesien bis auf den heutigen Tag zu den am meisten umstrittenen Ländern des Mittelmeeres gehört; so erklärt sich dies nicht nur daraus, daß es unter strategischem Gesichtspunkt eine Sperrstellung an der schmalsten Stelle des Mittelmeeres, in nächster Nähe Siziliens einnimmt, sondern ist auch wirtschaftsgeographisch begründet. In keinem anderen Abschnitt der nordafrikanischen Küste finden sich nach Boden und Klima günstigere Voraussetzungen für die wirtschaftliche Nutzung und besonders für die europäische Besiedlung als in Nordtunesien.

Die wirtschaftliche Betrachtung des Landes hat es nur mit seiner nördlichen Hälfte zu tun, die allein bewohnt und bewirtschaftet wird. Sie bildet ein Rechteck von rd. 400 km Länge und 200 bis 250 km Breite und erstreckt sich bis zu den großen Salzsümpfen, den sogenannten Schotts. Bis hierher reicht die Kulturzone Nordwestafrikas. Der Südtteil Tunesiens gehört zum Einflußgebiet der Sahara. Je näher der algerischen und tripolitanischen Grenze, desto mehr weicht der Steppencharakter des Landes der vollkommenen Wüste. Bei aller Verwandtschaft mit Algerien¹⁾, als dessen Fortsetzung es geographisch erscheint, weist Tunesien in den natürlichen Wirtschaftsbedingungen doch wesentliche Unterschiede zu seinen Gunsten auf. Die Atlasketten erreichen das Land nur noch mit verhältnismäßig niedrigen Ausläufern, die nur vereinzelt über 1000 m ansteigen. Das Bodenrelief ist daher ausgeglichener als in Algerien, die Niederschlags- und Wirtschaftszonen sind nicht so scharf voneinander geschieden. Das ganze nördliche Bergland mit seinen Hochebenen erhält reichliche Niederschläge von 500 bis 1000 mm, ist von breiten Talern, wie dem des Medjerda, durchzogen und laßt gegen die Küste hin Raum für fruchtbare Tiefebene. Hier hat sich daher die Hauptkulturlandschaft in größerer Breite als in Algerien entwickeln können. Im Innern reichen südlich des Sahara-Atlas die Niederschläge für den regelmäßigen Ackerbau auf Regenfall nicht mehr aus; der Anbau beschränkt sich hier auf periodisch wasserführende Flußtäler und die Oasen. An der Ostküste findet die Kulturzone eine eigentümliche Fortsetzung nach Süden im Gebiet des sogenannten Sahel, das als halbkreisförmige Ebene zwischen dem Golf von Hammamet und dem Golf von Gabes ins Meer vorspringt und mit seinem milden Klima von alters her das Zentrum der Ölbaumkultur ist. Die klimatische Bevorzugung Tunesiens hat zur Folge, daß hier nur 28 vH des Landes als wirtschaftlich unbrauchbar gelten, während im eigentlichen Algerien — ohne den Saharsteil — und in Französisch-Marokko rd. die Hälfte auf unproduktive Landstriche entfällt.

Erst nach der Errichtung des französischen Protektorats im Jahre 1881, der keine Eroberung, sondern eine friedliche Besetzung voranging, begann für Tunesien nach jahrhundertlangem Verfall eine Zeit ungestörter wirtschaftlicher Entwicklung. Die leichte Zugänglichkeit der wirtschaftlich wertvollen Landesteile erleichterte die Erschließung, die sich mit einem beträchtlichen Aufwand von Kapital, aber mit viel geringerem Menscheneinsatz als in Algerien vollzog, wo die kolonisatorischen Ziele weiter gesteckt waren. Wenn Tunesien als das kleinste der Atlasländer mit einer Fläche von nur 125 000 qkm im französischen Kolonial-

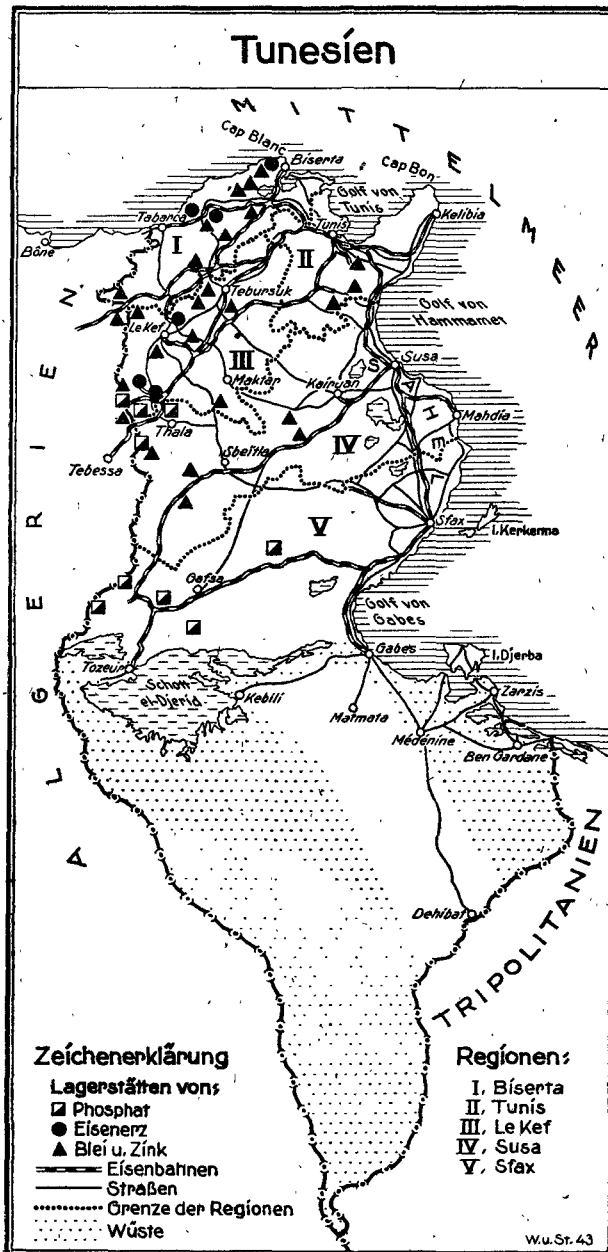
reich ein besonderes wirtschaftliches Gewicht besaß und mit seiner Ausfuhrkopfquote nicht weit hinter Algerien zurückstand, Marokko sogar erheblich übertraf, so war dies jedoch nicht nur ein französisches Verdienst. Vielmehr ist ein besonderes Merkmal Tunesiens der hohe Anteil des Italienerturns an der hier geleisteten Kultur- und Wirtschaftsarbeit und an der europäischen Bevölkerung.

Bevölkerung	Insgesamt	Europäer			Mohammedaner	Juden
		zusammen	Frankosen	Italiener	Malteser	
1911	1 939 087	148 476	46 044	88 082	11 300	1 740 144
1921	2 093 939	156 115	54 476	84 799	13 520	1 889 388
1926	2 159 708	173 281	71 020	89 216	8 396	1 932 184
1931	2 410 692	195 293	91 427	91 178	8 643	2 159 151
1936	2 608 313	213 205	108 068	94 289	7 279	2 335 623

Nach der Zählung von 1936 hatte Tunesien eine Bevölkerung von 2,61 Mill. Die Wohndichte betrug 21 je qkm, war also höher als in Marokko (15,6), blieb aber hinter der in Algerien (31,4) erheblich zurück. Der Hauptteil der Bevölkerung konzentriert sich im Norden im Gebiet um Tunis, im Medjerdata und im Sahel zwischen Susa und Sfax. Die drei Regionen Biserta, Tunis und Le Kef, die zusammen etwa die Hauptwirtschaftszone bilden, besaßen fast die Hälfte aller Einwohner, aber nur rd. ein Sechstel der Landesfläche. In der Ebene von Tunis beträgt die Bevölkerungsdichte mehr als 50 je qkm, im Küstenatlas zwischen 25 und 50, weiter südlich zwischen 5 und 25. Auf die Region Susa entfielen 24 vH der Bevölkerung, davon über die Hälfte auf die küstennahe Umgebung der Stadt, und auf die Region Sfax 21 vH, davon etwa zwei Fünftel auf die Ölbaumzone. In den Steppengebieten des Innern finden sich nur vereinzelt Bezirke dichter Besiedlung, wie in der Umgebung von Kairuan oder in den Phosphatminengebieten bei Gafsa und Thala, schließlich in den größeren

Bevölkerung nach Landesteilen (Regionen) 1936	Ins- gesamt	Mo- hamme- daner	Europäer			Juden
			Zu- sammen	davon		
				Fran- zosen	Italie- ner	
Gesamtgebiet	2608313	2335623	213205	108068	94289	59485
Biserta	392293	356951	32126	21115	10332	3216
Tunis	541828	364031	143161	63027	72398	34636
Le Kef	306409	296208	8879	5170	3386	1322
Susa	630922	612006	13290	8280	4328	5626
Sfax	543741	516871	14994	9881	3790	11876
Südl. Militärbezirk ..	193120	189556	755	595	55	2809

¹⁾ Vgl. »Die Wirtschaftsstruktur Algeriens« in Nr. 12, 22. Jg. 1942 und »Die Wirtschaftsstruktur Französisch-Marokkos« in Nr. 1, 23. Jg. 1943 dieser Zeitschrift.



Oasen. In der Militärzone, die südlich der Schotts beginnt und etwa die Hälfte des Landes einnimmt, wohnten nur 7 vH der Bevölkerung. 1936 standen 2,4 Mill. Mohammedanern 213 000 Europäer gegenüber = 8,2 vH der Gesamtbevölkerung (gegen 3,2 vH in Marokko und 13,2 vH in Algerien). Dazu kamen 59 000 Juden, die jedoch in Tunesien — anders als in Algerien — nicht das französische Bürgerrecht erhalten haben. Noch stärker als in Algerien und Marokko drängt sich die europäische Bevölkerung auf die Küstenbezirke und die größeren Städte zusammen. 1936 wohnten in Tunis und Umgebung 134 000, im Bezirk Biserta 26 000, im Bezirk Susa 11 000 und im Bezirk Sfax 9 000 Europäer. Den Grundstock der Bevölkerung bilden auch in Tunesien die Berber, aber sie sind bis auf kleine Bezirke im Süden, wo noch etwa 20 000 Menschen berberisch sprechen, auch sprachlich völlig arabisiert worden. Das soziale und religiöse Leben der Eingeborenen hat seine Eigenart gegenüber europäischen Einflüssen besser behauptet als in Algerien. Wirtschaftlich gilt der Tunesier als aufgeschlossener und anpassungsfähiger als der Algerier, politisch als beweglicher. Zeitweise sind der französischen Verwaltung aus der nationalistischen Destur-Bewegung beträchtliche Schwierigkeiten erwachsen.

Das eigentliche bevölkerungspolitische Problem Tunesiens bildet die Stellung des Franzosentums und sein Verhältnis zur übrigen europäischen Bevölkerung. Im Unterschied zu Algerien und Marokko, wo der französische Bevölkerungsteil an Zahl bei weitem der stärkste, seine führende Rolle unbestritten ist und wo die Ansiedlung französischer Kolonisten ein Erfolg war, vermochten die Franzosen in Tunesien nach Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung nicht die klare Überlegenheit unter den Europäern zu erringen, weil es vor allem nicht gelang, einen genügenden Siedlerzustrom ins Land zu ziehen und darin dauernd zu fesseln. Die französische Verwaltung war daher von Anfang an auf die koloniasatorische Hilfe der Italiener angewiesen, von denen schon 1881 11 200 im Lande ansässig waren, und förderte die italienische Einwanderung, die in der Hauptsache aus Bauern, Fischern, Kleingewerbetreibenden und Arbeitern bestand. 1911 war die Zahl der Italiener auf 88 000 gestiegen, denen nur 46 000 Franzosen gegenüberstanden, knapp ein Drittel aller Europäer. Da gerade im Grenzland Tunesien die zahlenmäßige Schwäche des herrschenden Bevölkerungsteils mit wachsender Sorge empfunden wurde, suchte man mit Hilfe des Gesetzes von 1923 das bevölkerungsstatistische Bild durch umfangreiche Zwangsnaturalisationen in Tunesien geborener Ausländer zu verbessern, wovon namentlich die Italiener betroffen wurden. Die seither vorgenommenen Einbürgerungen haben die Zusammensetzung der europäischen Bevölkerung stark verschoben, so daß die Statistik nicht mehr die wirkliche Volkszugehörigkeit wiedergibt. Wenn die Zählung von 1931 die Zahl der Franzosen mit 91 427, die der Italiener mit 91 178 angab, so muß berücksichtigt werden, daß bis 1931 21 000 Ausländer naturalisiert wurden, darunter

Berufsgliederung der Franzosen und Italiener 1938	Franzosen	Italiener
Landwirte und Fischer	9 241	19 750
Kaufleute u. kaufmänn. Angestellte ..	15 362	14 406
Industrielle und Arbeiter	20 760	48 552
Transportgewerbe	10 753	5 888
Freie Berufe	4 057	2 881
Beamte	21 350	541
Rentner	6 157	1 033

13 000 Italiener. Bis 1938 betrug die Zahl der Eingebürgerten 31 400, wovon 18 151 Italiener waren. Von italienischer Seite wird daher den Angaben der Zählung von 1936, die auf 108 000 Franzosen und 94 000 Italiener lauten, eine Statistik auf Grund der Volkszugehörigkeit gegenübergestellt, wonach sich 1938 die Zahl der Italiener und der ihnen zuzurechnenden Malteser auf 127 000, die der echten Franzosen nur auf 73 000 belief.

In welchem Maße das Italienertum in Tunesien zum Träger der wirtschaftlichen Entwicklung geworden ist, geht aus einigen Angaben der italienischen Handelskammer in Tunis hervor. Danach stellten die Italiener vor Kriegsausbruch den größten Teil der eigentlich produktiven landwirtschaftlichen und gewerblichen europäischen Bevölkerung. Vor allem ist das europäische Siedlungswerk in der Hauptsache von Italienern geschaffen worden. Fast 20 000 italienischen Landwirten und Fischern stehen nur 9 200 französische gegenüber. Der italienische Landbesitz wurde für 1939 mit 27 000 ha Weinland im Werte von 600 Mill. frs und rd. 100 000 ha Ackerfläche im Werte von 400 Mill. frs angegeben. Auch am Wirtschaftsleben der großen Städte haben die Italiener führenden Anteil. Der städtische Grundbesitz der Italiener wurde zuletzt auf nahezu 800 Mill. frs, das italienische Kapital in Handel und Industrie auf rd. 300 Mill. frs geschätzt. In der Berufsgruppe der Industriellen und Arbeiter gab es über 48 000 Italiener, aber nur etwa 21 000 Franzosen. Die Entwicklung des Bergbaus wäre ohne die italienischen Arbeiter nicht denkbar gewesen. Für die italienischen Gesamtinvestitionen in Tunesien wird die Summe von 3,5 Mrd. frs genannt. Das französische Element beschränkt sich in der Wirtschaft hauptsächlich auf das Großkapital und sieht im Grundbesitz vielfach nur ein Objekt der Spekulation. Seine zahlenmäßig stärkste Gruppe hat es in der Beamenschaft. Die Italiener wohnten zu mehr als drei Vierteln im Bezirk Tunis. Die Stadt

Tunis selbst hatte auch nach der französischen Statistik (1936) mehr italienische (50 000) als französische (43 000) Einwohner.

Landwirtschaft

Die Agrarstruktur Tunesiens ist der algerischen sehr ähnlich. Auch hier ist nach dem Umfang der Anbaufläche der Getreidebau der Eingeborenen die vorherrschende Kultur, exportwirtschaftlich das starke europäische Siedlertum, das in den bestgeeigneten Landesteilen ansässig ist, von hervorragender Bedeutung. Im Unterschied zu Algerien ist aber das Verhältnis des kulturfähigen Bodens zum unproduktiven Land hier günstiger, der Anteil der Baum- und Buschkulturen an der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung höher und die Eingeborenenschaft für den Export wichtiger. Während in Algerien die anbaufähige Fläche bereits durch künstliche Bewässerung mittels großer Stauwerke erweitert werden muß, um Raum für den bäuerlichen Nachwuchs zu schaffen, stehen in Tunesien noch weite Flächen für eine intensivere Nutzung zur Verfügung, und die Kulturzone hat noch nicht wieder den Umfang erreicht, den sie im Altertum besaß.

Bodennutzung Tunesiens 1938

Gesamtgebiet	12 518 000 ha
Ackerland	2 934 000 »
davon	
Getreide	1 038 025 »
Sonstige Nahrungsmittel	42 300 »
Industrierohstoffe	1 830 »
Künstliche Weiden und Futtermittelkulturen	34 000 »
Brache	1 719 460 »
Dauerweiden	100 000 »
Baum- und Buschkulturen	630 000 »
davon	
Ölbäume (Anpflanzungen)	250 000 »
Rebfläche	46 450 »
Wälder und Forsten	1 016 000 »
davon	
Korkleichen	247 000 »
Sonstige Eichen	1) 50 000 »
Aleppokiefern	2) 400 000 »
Thuya	3) 15 000 »
Ölbäume (Wildbestände)	4) 40 000 »
Unkultiviertes, aber anbaufähiges Land	4 320 000 »
Unproduktives Land	etwa 3 500 000 »

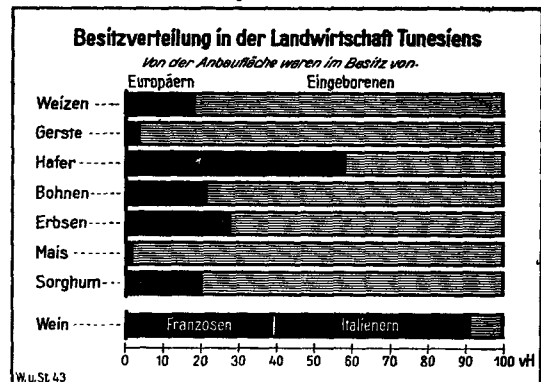
1) 1937. — 2) 1930.

Das Ackerland nahm 1938 2,9 Mill. ha = 23 vH der Fläche ein, wovon nicht viel weniger als die Hälfte auf Brache entfiel. Über 1 Mill. ha dienten dem Getreidebau, davon waren rd. 700 000 ha mit Weizen und 300 000 ha mit Gerste bestellt. Die Hauptanbauzone ist die Ebene von Tunis, in der 1930 etwa 15 000 europäische Landwirte und 30 000 eingeborene Bauern gezählt wurden, und das Medjerdatal mit den beiderseits anschließenden Bergländern. Die Weizenernte beträgt in guten Jahren fast 1 Mill. t, die Gerstenernte 500 000 bis 600 000 t. In der Regel bleiben größere Mengen für die Ausfuhr verfügbar, die Frankreich aufnahm. Der Anbau von Hafer, Mais, Hülsenfrüchten und Kartoffeln tritt flächenmäßig ganz zurück. Die Exportquote der Getreidewirtschaft liegt durchschnittlich, namentlich bei Gerste, höher als in Algerien. Da außerdem beim Weizen 1938 82 vH, bei der Gerste 96 vH der Anbaufläche — gegenüber 67 vH und 91 vH in Algerien — und auch von den Ölbaumkulturen der größte Teil im Eingeborenenbesitz waren, so trägt der tunesische Eingeborene mehr zur Ausfuhr

seines Landes bei als der algerische. Er hat sich auch unter der Anleitung der französischen Verwaltung im allgemeinen als zugänglicher für fortschrittliche Wirtschaftsweise gezeigt als der Algerier und Marokkaner. Die Weizenerträge sind in dem für die Gesamternte ausschlaggebenden Norden etwa so groß wie in Algerien (im Durchschnitt 1932/37 rd. 7 dz je ha) und mehr als doppelt so hoch wie in der Mitte und im Süden, wo die Anbaufläche je nach dem Regenfall besonders starken Schwankungen unterliegt. Die Gerste gibt im Norden durchschnittlich 5 bis 6 dz je ha. Die europäischen Landwirte betreiben neben dem Weizenbau hauptsächlich Gemüsekulturen und Weinbau für den Export. Führend, vor allem im Weinbau, sind die Italiener. Der Weinbau umfaßte 1938 42 000 ha. Er beschränkt sich fast ganz auf den Bezirk Tunis und ist zwischen der Hauptstadt und der Halbinsel Cap Bon die wichtigste Kultur. Die Weingüter sind hier meist 10 bis 15 ha groß und erzielen einen Ertrag von etwa 30 hl, unter besonders günstigen Bedingungen bis zu 100 hl je ha. Die Wein-erzeugung betrug vor dem Kriege rd. 2 Mill. hl, wovon ein Teil mangels Absatzes zu Treibstoff verarbeitet wurde. Weit verbreitet sind im Norden Pflanzungen von Orangen, Zitronen und Mandeln, die einen erheblichen Beitrag zur Ausfuhr liefern. An industriellen Rohstoffen hat die tunesische Landwirtschaft bisher kaum etwas geliefert. Leinsaat- und Tabakanbau sind gering geblieben. Während des Krieges ist versucht worden, größere Flächen mit Baumwolle zu bestellen, doch ist über den Erfolg nichts bekanntgeworden.

Rebfläche nach Landbesitzern und Regionen 1937.	Ins- gesamt ha	Davon im Besitz von	
		Franzosen	Italienern
		vH	
Biserta	3 288	63,4	36,4
Tunis	37 913	41,0	58,3
Le Kef	350	89,1	10,9
Susa	645	15,8	84,2
Sfax	69	88,4	2,9
Insgesamt ¹⁾	42 265	42,9	56,5

1) Dazu ungefähr 4000 ha im Eingeborenenbesitz.



Der exportwirtschaftlich wichtigste Teil der tunesischen Landwirtschaft ist die Ölbaumkultur. Sie tritt in der Hauptwirtschaftszone um Tunis nur in kleineren Beständen auf und hat ihr Hauptverbreitungsgebiet im Sahel zwischen Sfax und Susa, wo sie unter besonders günstigen Boden- und Klimaverhältnissen zu riesigen zusammenhängenden Wäldern entwickelt wurde. Der Ölbaumgürtel um das Zentrum Sfax reichte 1920 bereits 75 km landeinwärts. Die Zahl der Öl-bäume betrug 1923 15,3 Mill., 1937 17,8 Mill., von denen 13,3 Mill. in Ertrag standen. Der tunesische Bestand an Öl-bäumen war 1937 doppelt so groß wie der algerische (9,3 Mill. Stück). Olivenernte und Öl-gewinnung zeigen starke jährliche Schwankungen. 1935 wurde die Höchstmenge von 60 000 t Öl erzielt, 1938 waren es nur 25 000 t und 1941 35 000 t. Für 1942 wurde mit 50 000 bis 55 000 t Olivenöl gerechnet. Durchschnittlich wurden vier Fünftel der Produktion ausgeführt, in der Hauptsache zu etwa gleichen Teilen nach Frankreich und Italien. Die Hauptmasse der Öl-bäume gehört Eingeborenen.

Einzelne Kultur- arten nach Landbesitzern	Ins- gesamt	Im Besitz von			
		Euro- päern	Einge- borenen	Euro- päern	Einge- borenen
		ha		vH	
1937					
Weizen	973 000	180 000	793 000	18,5	81,5
Gerste	620 000	25 000	595 000	4,0	96,0
Hafer	37 000	21 600	15 400	58,4	41,6
1935					
Bohnen	22 521	4 867	17 654	21,6	78,7
Erbsen	5 285	1 469	3 816	27,8	72,2
Mais	14 431	297	14 134	2,1	97,9
Sorghum	2 518	513	2 005	20,4	79,6

Ölbäume nach Regionen 1937	Insgesamt	Biserta	Tunis	Le Kef	Susa	Sfax	Südl. Militärbezirk
Zahl der Ölbäume ...	17 766	852	2 972	357	7 467	5 273	844
davon in Ertrag ¹⁾	12 567	523	2 544	201	5 261	3 575	462
Verteilung in vH.	100,0	4,8	16,7	2,0	42,0	29,7	4,8
davon in Ertrag ¹⁾	100,0	4,2	20,2	1,6	41,9	28,4	3,7

¹⁾ Abweichend von Übersicht »Anbau und Ernte«.

Die mittleren und südlichen Steppenteile des Landes liefern als Ausfuhrzeugnis das Halfagras, das von den Eingeborenen längs der Bahnlinien gesammelt, aber auch mehr und mehr angebaut wird. Bei den großen Schotts beginnt die Zone der Dattelpalm-Oasen, unter denen die von Gafsa, Tozeur, Nefta, El Hamma, Kebili, Gabes und der Insel Djerba die bedeutendsten sind. Abgesehen von einer intensiven Gartenkultur mit Quellbewässerung für den Eigenbedarf beschränkt sich ihr Wirtschaftsbeitrag auf eine jährliche Ausfuhr von 3 000 bis 4 000 t Datteln.

Anbau und Ernte	1928	1932	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Anbaufläche in 1000 ha								
Weizen ¹⁾	817	968	788	820	494	973	674	851
Gerste.....	590	610	482	550	300	620	306	600
Hafer.....	42	21	36	25	25	37	40	40
Mais u. Sorghum.....	17	18	26	17	18	27	17	25
Bohnen.....	40	38	22	23	22	24	30	..
Erbsen.....	6	5	6	5	5	12	9	..
Kartoffeln.....	1	2	2	2	2	2	3	3
Wein ²⁾	31	50	50	45	43	43	42	42
Bestand in 1000 Stück								
Ölbäume insgesamt ³⁾	16 318	16 997	17 154	17 144	17 150	17 766
davon im Ertrag.....	11 374	12 249	12 698	12 581	12 307	13 283
Mandelbäume.....	225	700	700	700	700	800
Dattelpalmen ⁴⁾	1 208	1 321	1 364	1 365	1 364	1 506
Orangenbäume.....	68	85	85	85	120	170
Zitronenbäume.....	53	52	52	52	52	50
Ernte in 1000 t								
Weizen ⁵⁾	373	475	375	460	220	480	380	505
Gerste ⁶⁾	270	340	150	310	75	200	100	350
Hafer.....	45	28	20	18	10	29	30	30
Mais u. Sorghum.....	7	6	7	6	4	6	5	..
Bohnen.....	27	30	18	22	20	25	20	..
Erbsen.....	2	2	3	3	4	4	4	..
Kartoffeln.....	5	6	6	7	6	10	5	..
Wein (1000 hl).....	934	1 710	1 700	1 700	1 420	1 454	1 975	..
Olivöl ⁷⁾	45	55	55	60	15	50	25	45
Mandeln.....	1	2	2	2	2	4
Datteln.....	36	14	7	39	8	32	25	..
Orangen.....	1	3	2	2	2
Zitronen.....	1	1	1	1	8	11

¹⁾ Schätzung für 1940 und 1941: 550 000 ha und 535 000 ha. — ²⁾ Im Besitz von Europäern. — ³⁾ Außerdem 1937 782 000 wildwachsende Bäume. — ⁴⁾ Steuerpflichtiger Bestand. — ⁵⁾ Schätzung für 1940 und 1941: 290 000 t und 400 000 t. — ⁶⁾ Schätzung für 1940 und 1941: 90 000 t und 200 000 t. — ⁷⁾ Schätzung für 1940 bis 1942: 30 000 t, 35 000 t und 50 000—55 000 t.

Der Hauptzweig der Viehwirtschaft ist auch in Tunesien die Schafhaltung (3,3 Mill. Stück), die überwiegend von der Nomadenbevölkerung in den Steppen- und Halbwüstengebieten der nördlichen Landeshälfte betrieben wird. Die Rinderhaltung ist an die besseren Weideverhältnisse der Hauptwirtschaftszone gebunden. Molkereiprodukte, Häute und Wolle dienen fast ganz dem Landesverbrauch und spielen in der Ausfuhr kaum eine Rolle. Der Fischfang ist ein wichtiger Erwerbszweig, in dem etwa 12 000 Menschen tätig sind. Auch er versorgt überwiegend den heimischen Markt.

Viehbestand	1928	1932	1934	1935	1936	1937	1938
1000 Stück							
Pferde.....	88	103	94	102	119	110	99
Kamele.....	152	169	176	167	166	145	148
Esel u. Maulesel.....	200	237	211	216	245	213	190
Rindvieh.....	484	543	439	441	539	507	502
Schafe.....	2 173	2 931	3 153	3 210	3 532	3 383	3 316
Ziegen.....	1 390	1 669	1 769	1 815	1 910	1 672	1 219
Schweine.....	13	24	22	27	29	29	23

Der Norden Tunesiens ist walddreich. Die Waldflora Algeriens setzt sich vor allem im tunesischen Küstenatlas fort. Die Berge der sogenannten Khrumir tragen dichte Bestände von Steineichen und Korkeichen. Weiter südlich treten große Waldungen von Aleppokiefern auf. Der Wald ist Staatsbesitz.

Der Gesamtbestand wird mit rd. 1 Mill. ha angegeben, wovon ein Viertel auf Korkeichen entfällt. Außer Kork für die Ausfuhr wird aus den Wäldern auch Grubenholz für den tunesischen Bergbau gewonnen.

Bergbau und Industrie

Die tunesischen Mineralvorkommen liegen alle in den gebirgigen westlichen und nordwestlichen Landesteilen unweit der algerischen Grenze und sind geologisch eine Fortsetzung der Lagerstätten Algeriens. Dessen wichtigste Bodenschätze sind auch in Tunesien die Hauptausbeutungsobjekte. Jedoch tritt die Eisenerzgewinnung, die in Algerien an erster Stelle steht, hier stark hinter den Phosphatbergbau zurück. Er ist der bedeutendste in ganz Afrika, stellt Tunesien an die Spitze der Weltausfuhr von Phosphat und macht es zum zweitgrößten Phosphatproduzenten nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Die Förderung erreichte 1930 mit 3,3 Mill. t Rohphosphat = 28 vH der Weltproduktion ihren Höhepunkt, ging dann zurück bis auf 1,5 Mill. t 1934 und war 1938 wieder auf 2 Mill. t gestiegen, was knapp 15 vH der Welterzeugung entsprach. Das Nachlassen der tunesischen Phosphatausbeute im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege hing mit der Produktionssteigerung der reicherer und billiger arbeitenden marokkanischen Gruben zusammen. Der Gehalt der tunesischen Vorkommen an Trikalziumphosphat beträgt nur 60 bis höchstens 65 vH gegenüber durchschnittlich 75 vH der Hauptlagerstätten in Marokko. Die bedeutendsten Phosphatlager werden westlich von Gafsa mit den Hauptbetrieben Metlaoui, Redeyef und Moulares abgebaut, wo bis 1936 44 Mill. t von insgesamt 60 Mill. t Rohphosphat gewonnen wurden. Das zweite Phosphatrevier liegt weiter nördlich bei Kalaa-Djerda und Kalaa-es-Senam in der Nähe von Thala und schließt sich an die größten algerischen Phosphatgruben von Tebessa an. Mit schätzungsweise 1,5 Mrd. t sind die Phosphatvorräte Tunesiens die größten in Nordafrika. Zum Abtransport des Gafsa-Phosphats (rd. zwei Drittel der Gesamtproduktion) sind zwei Bahnen nach den etwa 250 und 300 km entfernten Häfen Sfax und Susa gebaut worden. Etwa drei Viertel der Ausfuhr von Gafsa gehen über Sfax. Die Produktion von Kalaa-Djerda wird über Tunis geleitet. Ein Drittel des Phosphats ging 1938 nach Frankreich, ein Fünftel nach Italien. Über 100 000 t wurden in Tunis zu Superphosphat für den Landesbedarf verarbeitet. 1937 waren im Phosphatbergbau 5 500 Arbeiter beschäftigt. Vom Gesamtwert der bergbaulichen Erzeugung, der 1938 rd. 300 Mill. frs betrug, entfielen auf Phosphat 183 Mill. frs = 61 vH.

Bergbau-Produktion	Einheit	1934	1935	1936	1937	1938	1939
Phosphat.....	1000 t	1 766	1 500	1 488	1 771	2 034	1 828
Eisenerz.....	„	547	504	750	944	818	765
Zinkerk ¹⁾	„	—	—	1 090	2 392	369	400
Bleierz ²⁾	„	5 200	5 635	10 280	12 339	18 149	17 000
Silber.....	kg	685	529	1 399	1 841	1 902	..
Quecksilber.....	„	—	759	2 145	862	9 315	..

¹⁾ Metallinhalt.

Eisenerz findet sich nur im Nordwesten und wird zum größten Teil im Revier von Djerissa, südlich von Le Kef, gefördert. Weitere größere Fundstätten liegen bei Nébeur nördlich von Le Kef und in der Nähe der Küste zwischen der algerischen Grenze und Biserta. Der Eisenerzbergbau hat lange nicht die Bedeutung wie in Algerien. Er förderte 1929 als Höchstmenge 973 000 t. Die Produktion von 1938 (818 000 t) betrug nur reichlich ein Viertel der algerischen. Obwohl der Menge nach ohne weltwirtschaftliches Gewicht, waren die tunesischen Hämatiterze, die einen Eisengehalt von 40 bis 55 vH besitzen, wegen ihrer Phosphor- und Schwefelarmut für die britische Stahlerzeugung von Bedeutung, in der über die Hälfte bis drei Viertel der Ausfuhr verarbeitet wurden. Die Blei- und Zinkproduktion stammt etwa zur Hälfte aus dem Gebiet des Djebel Hallouf, südlich von Tabarca, und verteilt sich im übrigen auf eine Reihe kleinerer Minen im Norden und Nordwesten. Sie hat ebenso wie die algerische den Höhepunkt, den sie um die Mitte der zwanziger Jahre besaß, nicht wieder ganz erreicht. Die Bleigewinnung der drei landeseigenen Hütten, die auch ausländische Erze verarbeiten,

betrug 1937 rd. 28 000 t, 1938 und 1939 rd. 24 000 t. Dabei fallen auch geringe Mengen Silber an. Erst kurz vor dem Kriege wurde die Förderung von Quecksilber und Flußspat aufgenommen. Salinen bestehen bei Sfax und Monastir. Die Salzausfuhr betrug 1938 rd. 100 000 t. Kleine Braunkohlenlager sind auf der Halbinsel Cap Bon vorhanden. Die Förderung wurde erst während des Krieges wieder aufgenommen und ging zum Teil nach Algerien. Erdöl ist noch nicht gefunden worden. Nahezu der gesamte Brennstoffbedarf von rd. 200 000 t Kohle und über 100 000 t Mineralöl mußte eingeführt werden.

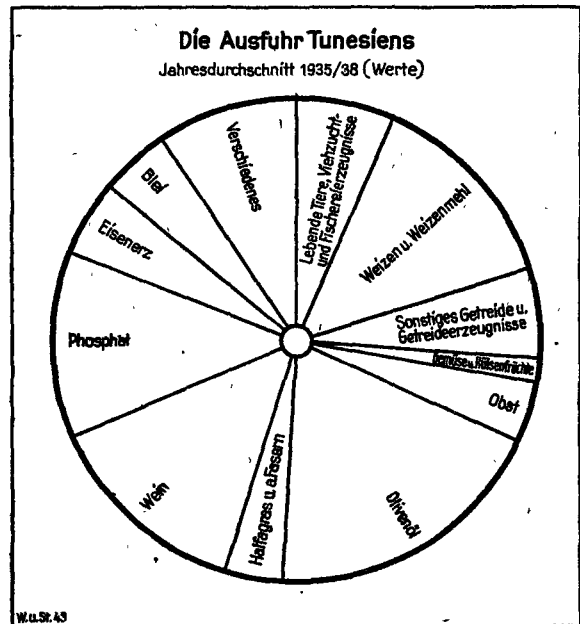
Die eigentliche Industrie ist in Tunesien von ebenso geringer Bedeutung wie in Algerien. In einer Reihe kleinerer Betriebe werden verschiedene Nahrungs- und Genußmittel hergestellt und Wolle, Leder, Holz und Kork verarbeitet. 1942 wurde eine Textilfabrik für eine Monatsproduktion von 15 000 m Gewebe aus Frankreich nach Tunis verlegt und eine Glasfabrik zur Herstellung von Flaschen und Gläsern eröffnet. Von größeren industriellen Planungen wie in Algerien und Marokko ist während des Krieges nichts bekannt geworden. Verhältnismäßig gut erhalten und für die Ausfuhr nicht ganz bedeutungslos ist das einheimische Kunsthandwerk mit der Herstellung von Teppichen, Metallwaren und Flechtwaren.

Außenhandel

Der tunesische Außenhandel weist seit Jahren einen hohen Einfuhrüberschuß auf. Bis zur Wirtschaftskrise floß reichlich französisches und italienisches Kapital nach Tunesien. Der Anteil der Fertigwaren an der Gesamteinfuhr ist wegen des starken Verbrauchs der durchschnittlich recht kaufkräftigen europäischen Bevölkerung hoch. Die Einfuhrkopfquote des kleinen Tunesien, das gesamtwirtschaftlich und in der relativen Stärke des europäischen Bevölkerungsanteils hinter Algerien sehr zurücksteht, war im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1938 mit 98 RM ebenso hoch wie dort (im Deutschen Reich betrug sie 1937 und 1938 80 RM). Die spezifische Ausfuhrleistung war im selben Zeitraum mit 60 RM je Kopf zwar geringer als in Algerien (84 RM), lag aber weit über der marokkanischen (25 RM). Trotz der Entwertung des Franc hatte die Einfuhr im Jahre 1938 mit 1,6 Mrd. frs noch nicht wieder den Vorkrisenstand von 1930 (2,1 Mrd. frs), erreicht, während sich die Ausfuhr von 1934 bis zum letzten Vorkriegsjahr wieder verdoppelt hatte und ihrem Höchstwert von 1929 nahe gekommen war. Der Einfuhrüberschuß hatte sich 1936 bis 1938 auf etwa 200 Mill. frs vermindert.

Der Ausfuhranteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse betrug im Durchschnitt der Jahre 1936 bis 1938 72 vH gegenüber 24 vH der Mineralien, war also niedriger als in Algerien. Der größte Ausfuhrposten ist in der Regel Olivenöl; dann folgen Wein und Weizen mit Nebenprodukten. Zusammen machten diese drei Waren im Durchschnitt 1936 bis 1938 knapp die Hälfte der Ausfuhr aus. Die gesamte Getreideausfuhr zeigte große Schwankungen und trug nur in guten Jahren nennenswert zur Versorgung Frankreichs bei. Obst, Gemüse, Wolle, Häute und Fischereierzeugnisse haben für die Ausfuhr nur in einzelnen Jahren größere

Entwicklung des Außenhandels	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr- überschuß
	Mill. frs		
1928	1 680,2	1 233,4	446,8
1929	1 984,5	1 408,4	576,1
1930	2 107,5	1 127,2	980,3
1931	1 872,5	835,9	1 036,6
1932	1 771,5	861,0	910,5
1933	1 368,9	685,9	683,0
1934	1 250,3	674,3	576,0
1935	1 230,9	772,3	458,6
1936	1 013,6	840,6	173,0
1937	1 324,3	1 140,9	183,4
1938	1 559,6	1 353,1	206,5



Bedeutung. Die Ausfuhr von Kork und Halbfaser nahm zu. Der wichtigste Beitrag Tunesiens zur Weltwirtschaft ist das Phosphat. 1937 lieferte es 30 vH der Weltphosphatausfuhr, obwohl in den letzten Jahren vor dem Kriege nur wenig mehr als die Hälfte der Höchstaufuhr von 1929 (3 Mill. t = 42 vH der Weltausfuhr) erreicht wurde. Insgesamt stammten aus den drei Atlasländern 1937 63 vH des auf den Weltmarkt kommenden Phosphats. Die Eisenerzausfuhr war zuletzt mit 800 000 bis 900 000 t wieder auf ihren Vorkrisenstand gestiegen und liegt wertmäßig etwa auf gleicher Höhe mit dem Bleiexport.

Die Haupteinfuhrposten sind Textilwaren, Metallwaren und Maschinen, unter den Nahrungsmitteln Reis, Zucker, Tee und Erdnußöl, im Austausch gegen das am Weltmarkt weit höher bezahlte Olivenöl. Auf Kohle und Mineralöle entfallen knapp 10 vH der Einfuhr.

Frankreich war an der Einfuhr Tunesiens vor dem Kriege mit etwa 60 vH beteiligt; von der Ausfuhr nahm es etwas weniger auf.

Ausfuhr wichtiger Waren	1934	1935	1936	1937	1938	1934	1935	1936	1937	1938	1934	1935	1936	1937	1938
	1 000 t					Mill. frs					vH				
Gesamtausfuhr						674,3	772,3	840,6	1140,9	1353,1	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Häute und Felle	2,5	2,3	2,8	3,0	2,7	8,0	6,7	10,7	30,2	24,5	1,2	0,9	1,3	2,6	1,8
Wolle u. a. Tierhaare	0,7	0,8	1,3	4,2	1,4	3,8	4,0	7,9	34,4	12,8	0,6	0,5	0,9	3,0	0,9
Fische und Fischkonserven	0,6	0,5	0,5	1,3	0,8	6,4	4,7	4,6	7,9	5,7	0,9	0,6	0,5	0,7	0,4
Weizen	58,5	123,9	29,5	68,4	82,2	60,8	112,3	41,3	125,5	164,7	9,0	14,5	4,9	11,0	12,2
Weizenmehl	24,9	19,8	16,8	12,2	14,7	43,6	26,7	26,8	29,9	41,1	6,5	3,5	3,2	2,6	3,0
Gerste	2,4	83,7	10,1	34,0	12,9	1,2	37,3	8,1	40,7	17,3	0,2	4,8	1,0	3,6	1,3
Hafer	16,1	15,3	2,8	11,8	7,9	7,3	6,9	2,3	13,1	10,6	1,1	0,9	0,3	1,1	0,8
Grieß und ähnliches	4,3	7,1	7,3	1,9	9,2	6,2	8,8	10,9	4,7	26,3	0,9	1,1	1,3	0,4	1,9
Kleie aller Art	22,4	24,8	20,0	20,3	19,6	9,0	9,9	10,0	15,1	17,7	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3
Bohnen	6,5	11,4	3,5	11,6	10,0	4,6	7,4	3,5	14,5	13,9	0,7	1,0	0,4	1,3	1,0
Obst	6,3	10,0	13,2	15,9	10,2	11,4	17,0	26,3	21,2	17,8	1,7	2,2	3,1	1,9	1,3
Weintrester und Traubenmost	13,0	10,3	17,4	13,2	16,8	9,8	7,7	20,9	15,6	17,4	1,5	1,0	2,5	1,4	1,3
Olivenöl	48,2	41,3	26,4	16,5	35,2	154,3	132,0	158,2	123,3	308,1	22,9	17,1	18,8	10,8	22,8
Öl aus Oliventretern	5,5	7,9	4,7	2,3	5,3	10,0	15,7	14,1	9,8	24,7	1,5	2,0	1,7	0,9	1,8
Kork	3,2	3,8	5,6	6,3	5,8	1,3	1,8	2,7	5,3	5,3	0,2	0,2	0,3	0,5	0,4
Halbfaser und ähnliche Fasern	84,2	109,4	83,8	99,2	129,4	21,0	27,4	20,9	62,5	50,0	3,1	3,5	2,5	5,5	3,7
Wein (1 000 hl)	581,7	877,4	1 323,7	962,9	1 117,5	49,7	75,7	163,4	148,6	175,6	7,4	9,8	19,4	13,0	13,0
Phosphat	1 807,4	1 463,8	1 680,7	1 927,8	1 591,3	99,4	102,5	117,7	153,3	132,6	14,7	13,3	14,0	13,4	9,8
Eisenerz	504,6	486,9	798,1	974,5	802,5	14,1	16,6	30,3	73,8	107,1	2,1	2,1	3,6	6,5	7,9
Blei in Barren	20,6	25,1	21,4	26,7	20,5	16,5	26,4	34,3	74,6	59,0	2,4	3,4	4,7	6,5	4,4

Einfuhr wichtiger Waren	1934	1935	1936	1937	1938	1936	1937	1938
	Mill. frs					vH		
Gesamteinfuhr	1250,3	1230,9	1013,6	1324,3	1559,6	100,0	100,0	100,0
Viehwirtschaftl. und Fischereierzeugnisse	52,1	59,5	33,6	44,4	62,5	3,3	3,4	4,0
Reis	1,8	0,7	10,2	33,8	66,0	1,0	2,6	4,2
Zucker	27,1	25,5	24,1	48,1	65,2	2,4	3,6	4,2
Tee	11,6	15,2	13,6	26,4	42,1	1,3	2,0	2,7
Erdnußöl	7,7	2,7	11,3	49,3	43,2	1,1	3,7	2,8
Holz, un verarbeitet ..	17,4	17,7	17,3	30,2	38,0	1,7	2,3	2,4
Kohle	18,4	20,5	22,9	44,6	58,0	2,3	3,4	3,7
Mineralöle	38,2	35,7	84,0	71,8	85,8	3,3	5,4	5,5
Eisen, Stahl und Buntmetalle	37,7	37,4	36,2	73,0	58,7	3,6	5,5	3,8
Metallwaren	124,0	143,6	99,9	147,5	189,6	9,9	11,1	12,2
dav. Maschinen u. Appar. u. der Teile	51,5	68,7	47,7	85,6	102,0	4,7	6,5	6,5
Chemische Erzeugn.	18,0	22,2	17,7	27,9	31,2	1,7	2,1	2,0
Textilwaren	208,6	254,4	148,4	203,3	214,0	14,6	15,4	13,7
davon Baumwollgewebe ..	118,3	137,2	87,5	116,2	128,2	8,6	8,8	8,2
Papier u. Papierwaren	28,5	39,1	18,3	27,7	28,6	1,8	2,1	1,8

Es genoß mit Algerien eine zollpolitische Vorzugsbehandlung und für viele Waren Zollfreiheit. Mit Italien bestanden von jeher enge Handelsbeziehungen. Es kaufte vor allem große Mengen Olivenöl und Phosphat. Vor der Verhängung der Sanktionen im Jahre 1934 gingen fast 20 vH der tunesischen Ausfuhr nach Italien, 1938 10,5 vH. In der Einfuhr steht Großbritannien mit seinen großen Kohlenlieferungen an zweiter Stelle.

Außenhandel Tunesiens mit wichtigen Ländern	1934	1935	1936	1937	1938	1936	1937	1938
	Mill. frs					vH		
Einfuhr								
Insgesamt	1250,3	1230,9	1013,6	1324,3	1559,6	100,0	100,0	100,0
davon aus								
Frankreich	824,0	790,6	631,1	793,4	966,6	62,3	59,9	62,0
Algerien	108,1	50,2	80,9	66,3	63,7	8,0	5,0	4,1
Franz. Marokko	1,9	2,5	9,1	11,1	8,1	0,9	0,8	0,5
Italien	54,6	76,3	13,6	40,8	28,2	1,3	3,1	1,8
Deutsches Reich	14,4	18,0	11,6	21,7	20,8	1,1	1,6	1,3
Belgien-Luxemburg	19,1	19,9	15,9	17,4	16,6	1,6	1,3	1,1
Großbritannien	26,6	33,6	28,0	45,6	62,9	2,8	3,4	4,0
Niederlande	11,8	16,7	13,8	22,9	20,5	1,4	1,7	1,3
Rumänien	28,0	15,2	48,2	46,2	57,4	4,8	3,5	3,7
Ver. St. v. Amerika	17,1	50,5	34,1	53,4	55,9	3,4	4,0	3,6
Ausfuhr								
Insgesamt	674,3	772,3	840,6	1140,9	1353,1	100,0	100,0	100,0
davon nach								
Frankreich	344,1	425,1	564,6	653,3	756,6	67,2	57,3	55,9
Algerien	62,7	53,0	35,3	55,8	63,5	4,2	4,9	4,7
Franz. Marokko	1,4	2,2	0,4	15,9	1,7	0,1	1,4	0,1
Italien	131,2	113,7	50,8	105,6	141,4	6,0	9,3	10,5
Libyen	22,0	18,8	15,2	24,1	21,7	1,8	2,1	1,6
Deutsches Reich	3,7	1,8	9,8	7,8	33,9	1,2	0,7	2,5
Belgien-Luxemburg	7,4	8,5	22,3	12,2	15,4	2,7	1,1	1,1
Großbritannien	51,9	69,5	72,7	156,3	153,4	8,6	13,7	11,3
Niederlande	11,7	13,2	17,9	25,4	26,2	2,1	2,2	1,9
Ver. St. v. Amerika	10,4	21,3	19,6	28,7	69,8	2,3	2,5	5,2

Verkehrswesen

Die nördliche Hälfte Tunesiens als die Trägerin des Wirtschaftslebens hat eine ausgesprochen verkehrsgünstige Gestalt. Da über die Hälfte ihrer Grenzlinie auf die rd. 800 km lange, bogenförmig herumgreifende Nord- und Ostküste bis Gabes entfällt und das Land nur eine geringe Tiefenerstreckung besitzt, ist kein Punkt des nördlichen Landesinneren mehr als etwa 250 km vom Meere entfernt. Die landwirtschaftlichen und bergbaulichen Produktionszentren konnten verhältnismäßig früh und ohne besondere Schwierigkeiten mit den Haupthäfen durch Bahnen verbunden werden, die im gebirgigen Nordwesten den Tälern des Atlas folgen und weiter südlich durch die fast hindernisfreie Steppe führen. Das gesamte Bahnnetz war vor dem Kriege rd. 2 400 km lang. In der Eisenbahndichte stand Tunesien mit 1 km Schienen auf 52 qkm Fläche kaum hinter Algerien (1:48) zurück und weit vor Marokko (1:260). Relativ engmaschig ist das Bahnnetz in der Hauptwirtschaftszone nördlich der Linie Tebessa-Cap Bon. 550 km sind Normalspurbahnen, die die wichtigsten Städte untereinander und mit Algerien verbinden. Eine Nord-Süd-Linie läuft als Schmalspurbahn von Tunis über Susa nach Sfax und dem südlichen Bahnendpunkt Gabes. Sie ist 420 km lang und verknüpft die Küstenendpunkte aller wichtigen Bahnen. Die von Gafsa nach Susa führende Phosphatbahn

ist staatlich, die südliche nach Sfax im Besitz der Minengesellschaft, die auch noch einige Nebenlinien betreibt. Dieses Privatbahnnetz ist 441 km, das Staatsbahnnetz 1 950 km lang. An das algerische Bahnnetz ist Tunesien durch die Linie Tunis-Ghardimaou und durch die Verbindung von Kalaa-Djerda nach Tebessa angeschlossen.

Verkehrswesen	Einheit	1934	1935	1936	1937	1938
Eisenbahnen						
Betriebslänge ¹⁾	km	2 102	2 102	2 102	2 102	2 104
Beförderte Personen	1 000	10 926	10 797	10 446	10 922	11 372
Beförderte Güter	1 000 t	3 760	3 522	3 806	4 723	3 709
Straßenbahnnetz	km	6 249	6 673	7 000	7 000	7 000
Personenkraftwagen	Anzahl	.	20 616	22 088	23 427	.
Lastkraftwagen	"	.	2 993	3 040	3 155	3 247
Motorräder	"	.	3 789	3 834	3 941	.

¹⁾ Gesamtlänge 1939: 2 400 km. — ²⁾ Schätzung.

Das Bahnsystem wird durch ein gleichfalls verhältnismäßig dichtes Straßennetz ergänzt. Seine Anlage stieß auf keine großen natürlichen Hindernisse, da außer dem bei Tunis mündenden Medjerda keine ständig wasserführenden Flüsse vorhanden sind. 1935 hatte es eine Länge von 6 673 km. Davon waren 3 000 km Hauptstraßen mit breitem, befestigtem und staubfreiem Straßenkörper, 1 500 km Straßen zweiter Ordnung und über 2 000 km fahrbare Wege. Gut mit Straßen versehen ist vor allem die nördliche und östliche Küstenzone, und die Straße von Tunis nach Sfax und weiter südwärts gehört zu den besten im Lande. Vor Kriegsausbruch wurden die Straßen nach der libyschen Grenze verbessert und der Anschluß nach Tripolis hergestellt. Der Autobus-Reiseverkehr und der Güterferntransport mit Kraftwagen hatten großen Umfang angenommen und sich zu einer Gefahr für die Finanzlage der Bahnen entwickelt, die zum Teil aus diesem Grunde seit vielen Jahren mit großem Verlust arbeiten. Sie mußten durch Überführung eines großen Autobusunternehmens in Bahnbesitz und andere gesetzliche Maßnahmen gegen die Konkurrenz des Autos geschützt werden. 1937 wurden von der Eisenbahn 10,9 Mill. Reisende, von den drei größten tunesischen Kraftverkehrsgesellschaften 2,3 Mill. Personen befördert. 1937 gab es in Tunesien über 30 000 Kraftfahrzeuge, davon 23 400 Personenkraftwagen und 3 200 Lastkraftwagen.

Schiffsverkehr und Güterumschlag nach Häfen 1937	Eingehende Schiffe ¹⁾		Gelöschte Güter		Verladene Güter	
	Anzahl	1 000 NRT	1 000 t	vH	1 000 t	vH
Insgesamt	7 011	4 736	950,9	100,0	3 714,4	100,0
davon						
Tunis	1 401	1 807	416,2	43,8	711,3	19,1
Biserta	417	712	157,3	16,5	217,9	5,9
La Goulette	292	501	132,4	13,9	772,7	20,8
Susa	587	520	46,9	4,9	447,6	12,1
Sfax	1 665	931	149,7	15,7	1 490,2	40,1
Gabes	309	41	16,2	1,7	1,9	0,1

¹⁾ Beladen und in Ballast.

Von den 21 Häfen Tunesiens werden zwölf im Überseeverkehr angelaufen. Der Güterverkehr wickelt sich aber zu etwa 95 vH über die vier Haupthäfen Tunis mit der Hafenstadt La Goulette, Biserta, Susa und Sfax ab. Über Tunis und Biserta kamen etwa drei Viertel der Einfuhr. Die Ausfuhr verteilt sich stärker auf Susa und Sfax, wo der größte Teil des Phosphats verschifft wird. Mit Italien bestanden enge Verkehrsbeziehungen. Am Schiffsverkehr war Italien (1937) mit einem Viertel der Tonnage beteiligt. Tägliche Flugverbindungen bestanden außer nach Marseille auch nach Sizilien und Rom, das von Tunis in 2 1/2 Stunden erreicht wurde.

Schiffsverkehr nach Flaggen 1937 ¹⁾	Eingehende Schiffe			
	Anzahl	vH	1 000 NRT	vH
Insgesamt	7 011	100,0	4 736	100,0
davon				
Frankreich	1 233	17,6	1 918	40,5
Italien	1 136	16,2	1 183	25,0
Großbritannien	330	4,7	628	13,3
Jugoslawien	68	1,0	74	1,6
Dänemark	93	1,3	98	2,1

¹⁾ Beladen und in Ballast.

PREISE UND LÖHNE

Die Preise im Januar 1943

Im Januar 1943 hat sich der allgemeine Preisstand, gemessen am Durchschnitt aus der Indexziffer der Großhandelspreise und der Indexziffer der Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vormonat um 0,6 vH erhöht. Die Gesamtindexziffer stellt sich auf 125,9 gegenüber 125,1 im Dezember 1942. Hauptsächlich ist diese Steigerung jahreszeitlich bedingt. Neben der monatlichen Staffelung der Preise für Getreide, Kartoffeln, Futtermittel und Düngemittel wirkt sich auch der in den Wintermonaten übliche Anstieg der Gemüsepreise aus. Im Januar 1942 hatte sich die Gesamtindexziffer auf 123,2 gestellt.

Die Großhandelspreise

Die Indexziffer der Großhandelspreise hat sich im Monatsdurchschnitt Januar gegenüber dem Vormonat um 0,5 vH erhöht. Dies ist hauptsächlich eine Auswirkung jahreszeitlicher Preisstaffelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse. So haben sich unter den Agrarstoffen vor allem die Preise für Brot- und Futtergetreide, ausländischen Mais, Kartoffelflocken, Trockenschnittzel und Futterhülsenfrüchte den monatlichen Aufschlägen entsprechend erhöht. Außerdem lagen die Schweinepreise nach der am 7. Dezember 1942 erfolgten Erhöhung der Grundpreise im Januar über dem Durchschnitt des Vormonats. Die Rinderpreise sind der jahreszeitlichen Staffelung entsprechend im ganzen weiter zurückgegangen.

Indexgruppen	1913 = 100 Monatsdurchschnitt			Veränderung in vH	
	Jan. 1942	Dez. 1942	Jan. 1943	Jan. 1942	Dez. 1942
I. Agrarstoffe	113,7	117,0	118,6	+ 4,3	+ 1,4
II. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	102,2	102,4	102,4	+ 0,2	0,0
III. Industrielle Fertigwaren	132,6	134,2	134,2	+ 1,2	0,0
davon Produktionsmittel	113,5	113,7	113,8	+ 0,3	+ 0,1
Konsumgüter	147,0	149,6	149,6	+ 1,8	0,0
Gesamtindex	113,7	115,3	115,9	+ 1,9	+ 0,5

Preisindexziffern¹⁾ der aus der Landwirtschaft zum Verkauf gelangenden Erzeugnisse für den Monat Januar 1943 (Januar 1910—1914 = 100)

Erzeugnisse	1941	1942	1943	Erzeugnisse	1941	1942	1943
	Januar				Januar		
Roggen	116	117	117	Schweine	98	113	126
Weizen	102	103	103	Schafe	108	109	111
Braugerste	125	125	125	Schlachtvieh zus...	98	106	114
Hafer	111	111	116	Butter	119	120	120
Getreide zusammen	113	113	114	Eier	148	148	148
Speisekartoffeln ...	110	121	149	Vieherzeugnisse zus.	122	123	123
Pflanzliche Erzeug- nisse zusammen .	112	114	117	Schlachtvieh und Vieherzeugn. zus.	105	111	117
Rinder	97	97	98	Landwirtschaftliche			
Kälber	94	94	93	Erzeugn. insges...	107	112	117

¹⁾ Die Preisindexziffern der einzelnen Erzeugnisse sind nach den jahreszeitlich schwankenden Verkaufsmengen monatlich verschieden gewogen (Berechnungsmethode s. »W. u. St.«, 12. Jg. 1932, Nr. 21, S. 668).

Die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ist unverändert geblieben. Eine Erhöhung der Preise für Düngemittel (jahreszeitliche Staffelung) und für Eistanfrnis

Indexziffern der Preise für Düngemittel	Januar			Dezember 1942
	1941	1942	1943	
	1913 = 100			
Kali	67,3	64,5	65,1	64,2
Phosphor	94,0	94,0	94,0	86,2
Stickstoff	41,3	41,3	41,3	40,4
Düngemittel insges.	55,6	55,2	55,3	53,1

Preise für Schlachtvieh	Preise für 50 kg Lebendgewicht im Durchschnitt von 15 wichtigen Märkten ¹⁾					
	1942		1943	Schlachtwert- klassen ²⁾	1942	
	Jan.	Dez.	Jan.		Jan.	Dez.
	RM				RM	
Ochsen	a	44,8	45,5	Kälber	a	56,8
	b	40,7	41,2		b	56,3
	c	35,5	35,5		c	47,0
Bullen	a	42,8	43,5	Schafvieh ...	a ₁	50,5
	b	38,8	39,3		b ₁	—
	c	33,7	34,0		b ₂	—
Kühe	a	42,6	43,2	Schweine ...	a	40,6
	b	38,3	38,8		b	41,5
	c	31,1	31,4		c	44,0
	d	21,2	21,3		a	59,8
Färsen	a	43,8	44,4		b ₁	59,8
	b	39,7	40,2		b ₂	58,8
	c	34,3	34,6		c	56,8

¹⁾ Berlin, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart; für Schafvieh beziehen sich die Angaben nur auf Berlin. — ²⁾ Schlachtwertklassen. Ochsen: a = vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerte, b = sonstige vollfleischige, c = fleischige; Bullen: a = jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerte, b = sonstige vollfleischige oder ausgemästete, c = fleischige; Kühe: a = jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerte, b = sonstige vollfleischige oder ausgemästete, c = fleischige, d = gering genährte; Färsen: a = vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerte, b = vollfleischige, c = fleischige; Kälber: a = beste Mast- und Saugkälber, b = mittlere Mast- und Saugkälber, c = geringere Saugkälber; Schafvieh: a₁ = beste Mastlämmer (Stallmast), a₂ = beste Mastlämmer (Weidemast), b₁ = beste jüngere Masthämmer (Stallmast), b₂ = beste jüngere Masthämmer (Weidemast), c = mittlere Mastlämmer und ältere Masthämmer, d = beste Schafe; Schweine: a = von 150 kg und mehr, b₁ = von 135 bis 149,5 kg, b₂ = von 120 bis 134,5 kg, c = von 100 bis 119,5 kg, d = von 80 bis 99,5 kg.

wurde durch Preisrückgänge für einige Textilien und für Leder ausgeglichen.

Bei den industriellen Fertigwaren, deren Indexziffer ebenfalls unverändert geblieben ist, sind keine bemerkenswerten Preisänderungen eingetreten. Auch die Baukosten waren sowohl im Reichsdurchschnitt wie in den einzelnen Berichtsorten kaum verändert.

Indexziffern der Baukosten im Wohnungsbau ¹⁾ (1928/30 = 100)	1942		1943	Indexziffern der Baukosten im Wohnungsbau ¹⁾ (1928/30 = 100)	1942		1943
	Jan.	Dez.	Jan.		Jan.	Dez.	Jan.
Berlin	90,0	93,7	93,7	Gruppenindex- ziffern			
Bremen	93,7	98,1	98,1				
Breslau	89,3	91,9	91,9				
Essen	92,5	96,6	96,6	Steine und Erden	86,0	91,0	91,0
Frankfurt (Main)	87,6			Schnittholz	96,9	98,2	99,2
Hamburg	89,6	92,1	92,1	Baukosten	88,6	89,8	89,9
Hannover	83,1	84,4		Baustoffe zus.	89,5	93,1	93,5
Karlsruhe	82,3	90,5	90,5	Löhne ²⁾	73,3	73,5	73,5
Köln	96,0	103,4	103,4	Lohnkosten	89,9	93,0	93,0
Königsberg (Pr.)	97,6	104,5	104,5	Preise für fertige			
Leipzig	83,7	86,5	86,5	Arbeiten d. Bau-			
Magdeburg				nebenbergewerbe ..	90,2	91,9	91,9
München	83,0	86,8	86,8	Gesamtindex			
Nürnberg	93,4	93,8		1928/30 = 100 ..	88,9	92,4	92,5
Stuttgart	85,2	85,5	85,5	1913 = 100	155,4	161,5	161,7

¹⁾ Berechnungsmethode siehe »W. u. St.«, 13. Jg. 1933, Nr. 14, S. 422 bis 427, und »W. u. St.«, Sonderbeilage, 14. Jg. 1934, Nr. 6, S. 4. — ²⁾ Tariflöhne für die in der Indexziffer berücksichtigten Bauarbeiter (Robbau) nach ihrem Anteil an den Kosten des Wohnhausbaus. — ³⁾ Gilt auch für September bis Dezember 1942; Juni 1942 102,1, Juli-August 102,8; Jahresdurchschnitt 1942 100,5.

Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten

Nach der Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten haben die Preise für die Güter des täglichen Bedarfs im Durchschnitt des Monats Januar 1943 gegenüber dem Vormonat um 0,7 vH angezogen. Das beruht hauptsächlich auf einer jahreszeitlichen Erhöhung der Ernährungskosten.

Großhandelspreise im Januar 1943 in *R.M.*

Ware und Handelsbedingung ¹⁾	Geltungs- bereich	Menge	J.-D. 1913 ^{a)}	Januar 1943		Ware und Handelsbedingung ¹⁾	Geltungs- bereich	Menge	J.-D. 1913 ^{a)}	Januar 1943		
				Monats- durch- schnitt	Weißziffer (1913 = 100) ^{b)}					Monats- durch- schnitt	Weißziffer (1913 = 100) ^{b)}	
Lebens-, Futter- und Genußmittel						Noch: Industriestoffe						
Roggen ^{a)} , märk. frei Berlin	Berlin	1 t	162,50	195,00	120	Stabeisen, Basis Neunkirchen ^{a)} ..	Dt. Reich	1 t	100,75	104,00	103	
" schlesischer, frei Breslau	Breslau	"	158,90	187,00	118	Formeisen, Träger, Bas. Oberhausen ^{a)} ..	"	"	113,75	107,50	95	
" Badener, frei Mannheim	Mannheim	"	171,90	203,00	118	" " Neunkirchen ^{a)} ..	"	"	—	101,50	—	
Weizen ^{a)} , märk., frei Berlin ^{a)}	Berlin	"	195,10	212,00	109	Kesselbleche, 4,76 mm und darüber, Basis Essen oder	"	"	"	"	"	
" schlesischer, frei Breslau ^{a)} ..	Breslau	"	191,80	204,00	106	" Billig ^{a)} ..	"	"	^{a)} 120,10	129,10	107	
" rheinischer, frei Köln ^{a)} ..	Köln	"	204,10	218,00	107	" Mittelbleche, 3 h. nat. 4,76 mm, Bas. Essen o. Billig ^{a)} ..	"	"	"	127,00	130,90	103
Gerste, Brau- Erzeugerpreis	Berlin	"	—	^{a)} 205,00	—	" Feinbleche, unter 3 mm, Bas. Siegen ^{a)} ..	"	"	"	132,40	144,00	109
Futter- ab Erzeugerstation	"	"	—	^{a)} 174,00	—	" Weißblech, 0,28 mm stark, Grundpr. ab Werk	"	^{a)} 101 kg	"	39,25	^{a)} 36,50	91
Hafer, Futter- ab Erzeugerstation	"	"	—	^{a)} 191,00	—	" Kupfer, Elektrolyt- (Bel. Notiz), Grundpr. ab Werk	"	"	"	146,19	74,00	51
Roggenmehl, Grundtypo Mühlenverkaufspr. netto	100 kg	"	^{a)} 20,85	^{a)} 22,75	109	" Blei, Originalhüttenweich-, Grundpr. ^{a)} ..	"	"	"	38,95	22,00	56
Weizenmehl, o. s. frei Berlin ^{a)} ..	"	"	^{a)} 26,90	^{a)} 31,90	119	" Zink, Originalhüttenroh-, " o)	"	"	"	45,38	21,10	47
Roggenschälkleie, Mühlenverkaufspr. netto q. S. ab Mühle ^{a)}	"	"	—	4,70	—	" Zinn, Banks-, in Blöcken, " o)	"	"	"	418,80	310,00	74
Kartoffeln, Späse, gelbschalige Erzeugerpreise	50 kg	"	—	3,55	—	" Reinaluminium, in Rohmassen, Grundpr. ^{a)} ..	"	"	"	177,00	127,00	75
" " weißl., rutsch frachtfrei	Breslau	"	^{a)} 1,88	3,25	122	" Silber ^{a)} , ab Lager	"	1 kg	"	81,55	38,50	47
" " weißsch. Empf.-Stat.	Breslau	"	^{a)} 1,88	3,25	173	" Gold, Fein-, für techn. Zwecke	"	1 g	"	2,81	^{a)} 2,84	101
" Fabrik-, Erzeuger-, fr. Fabrikstation	Dt. Reich	1/2 kg Stärke	^{a)} 10,096	^{a)} 0,165	^{a)} 172	" Platin, techn. rein	"	"	"	^{a)} 3,20	—	—
Kartoffelstärkemehl, sup., h. 15 t Ladung ^{a)}	100 kg	"	25,35	42,55	168	" Kupferbleche, ab Werk	"	100 kg	"	176,55	104,00	59
Hopfen ^{a)} , Hallertauer, prima, m. Siegel	Nürnberg	"	324,17	560,00	173	" Zinkblech, gew. Handelsware, ab Werk	Berlin	"	"	54,10	34,10	63
" Saazer	Saaz	"	—	535,00	—	Aluminiumbleche, frei Bestimmungs- station ^{a)} ..	Dt. Reich	"	"	217,82	^{a)} 187,00	86
Bier, Lager-, dmkl., fr. Gaststätte am Herstellungsor.	Bayern	1 hl	^{a)} 18,00	32,00	178	" Messingbleche, ab Werk	"	"	"	136,55	110,00	81
Zucker, gem. Melis, netto, prompt ^{a)}	Magdebg.	50 kg	11,80	20,96	178	" Messingstangenspäne, Grundpreis ^{a)} ..	"	"	"	78,62	43,08	55
ges. trockn., nicht unter voll. Stand. 23 1/2	Hamburg	"	—	6,75	—	" Walte, deutsche A. haltsch. fabrikger., loco Lagerort ^{a)}	Leipzig	1 kg	"	4,32	6,70	155
Erbisen, Viktoria, mittl. Qualität ^{a)} ..	Berlin	100 kg	—	^{a)} 51,00	—	Flachs, dtsoch. Schwibrg-, Basispreis für Langfaser wgfr. Abgangstation ..	Dt. Reich	100 kg	^{a)} 70,00	202,00	^{a)} 303	
Großh.-Einkaufspreis, frei Berlin ..	Dt. Reich	"	^{a)} 4,76	^{a)} 5,80	^{a)} 122	" Leinwand, Flachsgr. Nm. 18, la, ab Spinneret.	"	1 kg	"	2,47	4,82	195
Heu, Wissen, handelsabl. ^{a)} , Erzeugerpr. ab märk. Stat.	Berlin	50 kg	^{a)} 8,55	8,74	^{a)} 102	" Kunstseide, Ia Qual., 120 den. Schuß	"	"	"	12,50	1,45	—
Trockenschnittel, u. b. v. vollfleischig ..	München	"	53,50	44,00	82	" Zellwolle, Vistratrasse, glänzend ^{a)} ...	"	"	"	—	1,45	—
Ochsen a. u. b. vollfleischig	Berlin	"	45,80	41,20	90	" Ochsen- u. Kuhhäute ^{a)} incl., grünes	"	"	"	—	—	—
" a. u. b. vollfleischig	Breslau	"	41,90	41,00	98	" m. Kopf, 80 bis 39 1/2 kg	Berlin	1/2 kg	—	0,30	42	
" a. u. b. vollfleischig	Berlin	"	—	—	—	" Rindshüte ^{a)} incl., grünes, o. Kopf, 25 bis 29 1/2 kg	Stuttgart	"	—	0,53	—	
Schweine, o. 100—120 kg ..	Berlin	"	58,60	67,00	114	" Rohbiete ^{a)} " " m. Kopf, 220 cm u. mehr lang	Leipzig	1 St.	21,00	10,15	48	
" d. 80—100 " ..	Berlin	"	57,30	64,00	112	" Kalfelle ^{a)} " " ober 1/2 bis 7 1/2 kg	Berlin	1/2 kg	—	0,41	40	
" d. 80—100 " ..	Frankf.M.	"	61,40	66,50	108	" incl., gute, grünes, m. Kopf	München	"	0,95	0,47	49	
Kälber, b. c. d.	Berlin	"	52,20	46,80	90	" Unterleder, Zahm-, Schlöder 1. Sorte, Kernstücke	Städtewtschl.	1 kg	—	5,26	93	
" b. u. c.	München	"	62,10	49,90	80	" Oberleder, Rindbox-, schwarz, Sort. III	Worms	100qdm	—	9,25	78	
Hammel, b.	Berlin	"	46,70	—	101	" Bockall, Curen-, farbig Sort. DIII	Frankf.M.	"	12,65	10,25	81	
Lämmer, Hammel, Schafe u. c.	Berlin	"	41,90	42,50	101	" Chevreau, farbig, 2. Sorte	Worms	"	—	18,95	108	
Rindfleisch, von vollst. ausgewässerten Ochsen (a)	"	"	82,50	80,00	97	Treibriemenleder, Kernstücke, eingeb. Ware ..	Berlin	1 kg	4,62	4,30	93	
Schweinefleisch, r. Schweine v. 80—100 kg Lebendgew.	"	"	69,60	73,00	105	" Ammoniak, schwefels., angel., 25 1/2 N, fr. Empfangsst.	Dt. Reich	100 kg N	132,00	47,50	36	
Milch, Trink-, unbar., bei 3,5 bis 3,2% Fett- gehalt, Erzeugerpreise frei Molkerei	"	100 l	15,20	^{a)} 18,38	121	Thomasphosphat, 16% o. ohne Sack, Fracht. Aachen- Rothe Erde	^{a)} Berlin östdeutsch.	100 kg P ₂ O ₅	22,37 35,00	22,00 30,70	98 88	
Butter, deutsche feine Molkerei-Großhandelseinkaufs- preise m. Paß ab Station	Dt. Reich	100 kg	249,30	307,50	123	Superphosphat, 18% o. fr. Empfangsstation ^{a)}	"	"	—	—	—	
Kase, Emmentaler, 1. Sorte ^{a)} Großhandelseinkaufspr.	"	"	—	193,00	123	Kalidüngesalz, 40% o. lose, frei Emp- fangsstation	Dt. Reich	100 kg Ware	—	5,24	—	
Speisefalg, Binder, incl., Großhandelseinkaufspr.	Berlin	"	96,00	112,00	117	" Treibgas (Propan-Butangemisch), fr. Hans Benzin, durchsch. Verbraucherpr., fr. disch.	"	100 l	^{a)} 100 l	^{a)} 30,00	—	
Schmalz, Braten, in Käbeln h. Abg. a.d. Einzelhandel	"	"	127,00	183,04	144	" in Kessel- wagen	"	"	—	34,00	98	
deutsches, Braten, h. Abg. an Ladeneinzelcher	Hamburg	"	—	190,00	—	" Dieselkraftstoff, Grundpr., frei Empfangsst.	"	100 kg	"	^{a)} 29,40	^{a)} 260	
Speck, incl., geruchl., fetter, Großh.-Verkaufspr. ¹⁾	Berlin	"	^{a)} 179,00	189,00	106	" Maschinöl, Raff., Visk 4,5, lose, ab Lager	Hamburg	"	26,00	28,65	110	
Eier, incl., vollfleischig 35—60 g	Dt. Reich	100 St.	7,07	12,11	171	" Maschinölfett, Tropf, 80—90, m. F. Hamburg	"	"	35,00	41,00	117	
" "												

Die Anmerkungen 1—51 werden, da sie im allgemeinen grundsätzlicher Art sind, im laufenden Jahrgang nicht wiederholt. Nur etwaige Änderungen werden künftig angegeben. — *) Kursiv gesetzte Maßziffern bedeuten, daß vergleichbare Vorkriegspreise nicht vorliegen; die Maßziffern sind für die Berechnung der Indexziffer der Großhandelspreise durch Umrechnungen ermittelt. — ¹) Soweit nicht besonders angegeben, Preise frei Marktorf oder frei Empfangsstation des Geltungsbereichs. — ²) Mit den jetzigen Preisen vergleichbare Preise für 1913 in *ℳ*. — ³) Die Preise für inländisches Brotgetreide sind Verkaufspreise des Großhandels an die Mühlen. — ⁴) Einschließlich 0,50 *ℳ* Frachtausgleich. — ⁵) 70⁹/₁₀iges Mehl. — ⁶) Type 000. — ⁷) Ausschließlich 0,30 *ℳ* Ausgleichsbetrag. — ⁸) Monatsdurchschnitt Januar 1913; Februar 2,66, März 2,34, April und Mai 2,13, Juli 2,55, August 1,91, September 1,70, Oktober bis Dezember 1,62 *ℳ*. — ⁹) Monatsdurchschnitt Januar 1913; Februar 2,02, März 2,15, April 1,86, Mai 1,81, Juni 1,83, September 1,58, Oktober 1,61, November 1,68, Dezember 1,64 *ℳ*. — ¹⁰) Monatsdurchschnitt Januar 1913; Februar 0,108, März bis August 0,118, September 0,078, Oktober bis Dezember 0,068 *ℳ*. — ¹¹) Bei Wasserbezug; GVP_r, brutto für netto mit Sack. — ¹²) Ab Brauerei; mit den jetzigen Preisen vergleichbar. — ¹³) Innerhalb 10 Tagen; Preis ohne Verbrauchsteuer (1913 = 7 *ℳ*, ab 16. Juni 1931 = 10,50 *ℳ*) und ohne Sack (0,50 *ℳ*) für 50 kg. — ¹⁴) Ohne Verbrauchsteuer, mit Sack, frei Seeseite/Hafen Hamburg; Terminpreise für den laufenden Monat (Mittel aus Brief und Geld). — ¹⁵) Gesund, trocken. — ¹⁶) Einschließlich 6 *ℳ* Aufschlag für ausgelagerte Ware. — ¹⁷) Bei Abgabe an Ladeneisler. — ¹⁸) Ungefährer Preis. — ¹⁹) Sitz des Syndikats. — ²⁰) Preise für Hausbrand im Kerngebiet; für frach tungünstige Absatzgebiete wurden besondere Preisnachlässe gewährt. — ²¹) Die Preise für Kernschrott stellen sich 2 *ℳ* niedriger. — ²²) Rheinisch-westfälisches Revier. — ²³) Vom 8. Dezember 1936 bis 31. Dezember 1942 rheinisch-westfälisches Revier 42,00 *ℳ*. — ²⁴) Werkeinkaufspreise (Höchstpreise). — ²⁵) Unter Berücksichtigung der ab 1. Dezember 1931 bei ausschließlichem Bezug von Verbandsmaterial gewährten Sondervergütungen; diese betragen für Halbzug (Knuppel) 3 *ℳ*, für Walzwerkzeugnisse (Stab- und Formeisen, Kessel- und Mittelbleche) 5 *ℳ* je t. — ²⁶) Ab 1. Oktober 1940 wurden die Eirkaufspreise der Eisenverbraucher (Eisenverarbeitende Industrie, Handwerk und Baugewerbe) und des Handels in den östlichen Gebieten Großdeutschlands durch Begrenzung der Frachtablastung auf höchstens 25 *ℳ* je t ermäßigt. Bei Bezug auf der Frachtgrundlage überhaussen wurde die höchstzulässige Fracht für Stab- und Formeisen auf 19 *ℳ* je t begrenzt. Ab 1. Juli 1942 wurde die Höchstfracht von 25 *ℳ* für bestimmte Gebiete und bestimmte Verbrauchergruppen auf 20 *ℳ* je t festgesetzt. Soweit die Höchstfracht bisher niedriger als 20 *ℳ* je t war, bleibt es bei den bisherigen Sätzen. Der Betrag, um den die

Reichsindexziffern für die Lebens- haltungskosten (1913/14 = 100)	Er- näh- rung	Be- klei- dung	Hei- zung und Be- leuch- tung	Ver- schie- denes ¹⁾	Lebens- haltung ohne Woh- nung ²⁾ Sp. 1—4	Woh- nung ²⁾	Ge- samt- lebens- haltung
Monatsdurchschnitt	1	2	3	4	5	6	7
1942 Januar	127,0	167,5	123,7	150,5	136,0	121,2	133,5
November	128,6	174,8	122,3	151,0	138,0	121,2	135,2
Dezember	129,4	175,4	122,8	151,2	138,7	121,2	135,8
1943 Januar	131,2	176,0	123,1	150,0	139,8	121,2	136,7
Januar 1943 gegen	Veränderung in vH						
Dezember 1942	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	0,0	+ 0,7
Januar 1942	+ 3,3	+ 5,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 2,8	0,0	+ 2,4
1941	+ 3,2	+ 16,3	+ 1,6	+ 1,2	+ 4,7	0,0	+ 4,0
1940	+ 6,2	+ 30,3	+ 1,9	+ 5,1	+ 9,1	0,0	+ 7,6

¹⁾ Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verkehr. —
²⁾ Altbauwohnung mit gesetzlich geregelter Miete.

Unter den Nahrungsmitteln setzten die Preise für Kartoffeln und Gemüse ihre im November begonnene jahreszeitliche Aufwärtsbewegung fort. Im Durchschnitt der Berichtsorte erhöhte sich der Preis für Kartoffeln um 3,5 vH und für Gemüse um 11,6 vH. Der Durchschnittspreis für Gemüse wird monatlich aus den jeweils gangbarsten Gemüsesorten berechnet, wobei für jede Gemeinde jetzt in der Regel 4 Sorten (bisher 3 Sorten) berücksichtigt werden. Im Januar 1943 kamen hierfür neben Weißkohl, Wirsingkohl und Rotkohl hauptsächlich Mörrüben, Sauerkraut und Grünkohl in Betracht. Beim Obst zogen die Preise für Äpfel vom Dezember 1942 zum Januar 1943 an, während die ebenfalls bei der Indexberechnung berücksichtigten Apfelsinen im Januar zunächst billiger als im letzten Monat ihrer vorjährigen Verbrauchsperiode (Mai 1942) waren. Hülsenfrüchte, die nur in einigen Wintermonaten zugeteilt werden, stellten sich im Januar 1943 im Preise erheblich höher als im Januar 1942, und zwar Erbsen durchschnittlich um 10,9 vH und Bohnen um 41,5 vH; es handelt sich hierbei teilweise um ausländische Ware. Auch die Preise für Reis haben sich gegenüber Januar 1942 erhöht (+ 9,1 vH). Bei den übrigen Nahrungsmitteln traten keine bemerkenswerten Preisänderungen ein. Die Indexziffer für die Ernährungskosten erhöhte sich vom Dezember 1942 zum Januar 1943 um 1,4 vH.

Durch vereinzelte Preiserhöhungen für Textilwaren und Schuhe erhöhte sich die Indexziffer für Bekleidung im Januar 1943 gegenüber dem Vormonat um 0,3 vH. In der Gruppe Heizung und Beleuchtung wurden von einigen Berichtsorten noch jahreszeitliche Preiserhöhungen für Braunkohlenbriketts gemeldet; die Indexziffer der Gruppe zog dadurch um 0,2 vH an.

Bewegung der Lebenshaltungskosten im gewogenen Durchschnitt von 72 Gemeinden (1928/30 = 100)	Nov. 1942	Dez. 1942	Jan. 1943	Jan. 1943 gegen Dez. 42 (in vH)	Jan. 42 (in vH)
Brot und Kleingebäck	78,6	78,5	78,6	+ 0,1	+ 0,4
Brot, meistgekauft Sorte	75,9	75,9	75,9	0,0	+ 0,3
Weizenkleingebäck	84,6	84,6	84,8	+ 0,2	0,0
Möhlenfabrikate, Teigwaren	74,6	74,8	75,4	+ 0,8	+ 1,4
Weizenmehl	72,7	72,5	72,5	0,0	+ 2,9
Weizengrieß	72,2	71,7	71,4	- 0,4	+ 10,4
Graupen	79,4	79,6	79,6	0,0	+ 0,4
Haferflocken	90,2	90,4	90,4	0,0	0,0
Reis	89,3	89,9	96,1	+ 6,9	+ 9,1
Nudeln	68,4	68,2	68,1	- 0,1	+ 4,8
Hülsenfrüchte	¹⁾ —	101,7	110,3	+ 8,5	+ 19,5
Erbsen	¹⁾ —	109,5	112,8	+ 3,0	+ 10,9
Spisebohnen	¹⁾ —	82,8	99,5	+ 20,2	+ 41,5
Zucker	122,9	122,9	122,9	0,0	0,0
Kartoffeln	86,2	88,8	91,9	+ 3,5	+ 27,3
Gemüse	52,9	55,2	61,6	+ 11,6	+ 7,1
Fleisch, Fleischwaren, Fisch dar. Rind (Kochf. mit Knochen) Schwein (Bauchf., frisches) Kalb (Bauch mit Brust) Hammel (Bauch mit Brust) Salzheringe	76,8 71,6 68,9 80,6 76,6	76,7 71,6 68,9 80,6 76,6	76,8 71,6 68,9 80,5 76,6	+ 0,1 0,0 0,0 - 0,1 0,1	+ 0,1 - 0,1 0,0 + 0,1 + 0,1
Milch, Milcherzeugnisse	87,1	87,1	87,2	+ 0,1	+ 0,1
dar. Vollmilch	85,0	85,0	85,0	0,0	0,0
Butter	87,3	87,3	87,3	0,0	0,0
Margarine	115,4	115,4	115,4	0,0	0,0
Eier	85,9	85,9	85,9	0,0	+ 4,8
Getränke, Gewürze	103,1	103,7	103,7	0,0	+ 1,0
dar. Bier	109,1	109,2	109,2	0,0	+ 5,5
Ernährung	84,9	85,4	86,6	+ 1,4	+ 3,3
Wohnung	95,4	95,4	95,4	0,0	0,0
Kohlen	83,6	84,4	84,6	+ 0,2	- 0,2
Gas und Strom	90,9	90,9	90,9	0,0	- 1,0
Heizung und Beleuchtung	87,5	87,9	88,0	+ 0,2	+ 0,5
Textilwaren	107,9	108,4	108,8	+ 0,4	+ 6,1
Oberbekleidung	114,8	115,2	115,5	+ 0,3	+ 5,9
Wäsche	95,8	96,4	96,9	+ 0,5	+ 6,6
Schuhe und Besohlen	93,5	93,6	93,9	+ 0,3	+ 2,3
Bekleidung	103,7	104,0	104,3	+ 0,3	+ 5,1
Reinigung und Körperpflege	82,9	83,0	81,0	- 2,4	+ 2,2
Bildung und Unterhaltung	90,6	90,6	90,6	0,0	0,0
dar. Tageszeitungen	93,3	93,3	93,3	0,0	+ 0,1
Plätze in Lichtspieltheatern	84,3	84,3	84,3	0,0	0,0
Einrichtung	92,0	92,4	92,2	- 0,2	+ 1,7
Verkehr	88,0	88,0	88,0	0,0	0,0
Verschiedenes	88,0	88,1	87,4	- 0,8	- 0,3
Gesamtlebenshaltung	89,4	89,8	90,3	+ 0,7	+ 2,4

¹⁾ Hülsenfrüchte wurden von März bis November 1942 nicht zugeteilt. —

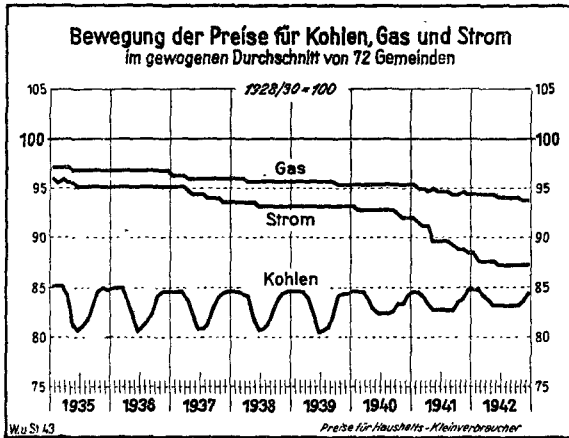
²⁾ Berechnet auf Grund der Indexziffern auf Basis 1913/14; bei Zugrundelegung der Zahlen auf Basis 1928/30 würde sich infolge Abrundung eine kleine Abweichung ergeben.

setzung der Anmerkungen von Seite 44.

tsächlichen Frachtkosten diese höchstzulässige Frachtbelastung überschreiten, wird von den Preisen der Walzwerkerzeugnisse abgezogen. Die Mitte für diese Preisermäßigung werden durch Zahlung eines Ausgleichsbetrages von 2 \mathcal{M} je t, der in eine für diesen Zweck beim Stahlwerksverband errichtete Ausgleichskasse zu zahlen ist, beschafft. —
¹⁷⁾ Grobbleche 5 mm und darüber. — ¹⁸⁾ Ab 1. Dezember 1931 wird bei ausschließlichem Bezug von Verbandsmaterial eine Sondervergütung von 5 \mathcal{M} gewährt; sie wird vom Rechnungsbetrag (Grundpreis und Stärkenaufschlag, der z. B. bei Feinbleichen von 0,5 mm = 50 vH des Grundpreises beträgt) abgezogen. — ¹⁹⁾ Ungefährs Gewicht der handelsüblichen Doppelkiste. — ²⁰⁾ Ab Lager (frei Fahrzeug Lagerstelle). — ²¹⁾ Bei Lieferung unter 100 kg ab Lager (frei Fahrzeug Lagerstelle), bei Lieferung von mindestens 100 kg frei nächste deutsche Güterbahnstation Verbraucherwerk, als Frachtgut. Bei Barzahlung 2 vH Abzug. — ²²⁾ Preise für Rohmaterial, liegt oder unliegt. —
²³⁾ Für Abnahmengen von 500 kg bis unter 1 t. — ²⁴⁾ Verkaufspreise das Wolhandels bei Abgabe an den Verbraucher. — ²⁵⁾ Preis für die Durchschnittsqualität. — ²⁶⁾ Faktorkaufpreise frei Bestimmungsort; Verpackung loihweise. — ²⁷⁾ Handelsware. — ²⁸⁾ Auktionsware. — ²⁹⁾ Gesamter Geltungsbereich: das nördliche Rheinland, das nördliche Hessen-Nassau, Nordwestdeutschland ohne Hamburg, Mitteldeutschland, Schlesien, Brandenburg ohne Uckermark und ohne das Gebiet östlich der Oder, Reichsgau Wartheland und südlicher Teil des Reichsgaues Danzig-Westpreußen und der nördliche Teil des Reichsgaues Sudetenland. — ³⁰⁾ Nach Abzug der jahreszeitlichen Lager-, Frühbezugsvergütungen. — ³¹⁾ Grundpreis. — ³²⁾ Durchschnittspreise beim Absatz an inländische Papierfabriken. — ³³⁾ Die Preisangaben beziehen sich auf Formatpapier. —
³⁴⁾ Großhandelsverkaufspreise. — ³⁵⁾ Bei den Meßziffern ist zu beachten, daß die Preise sich einschließlich Fracht und Verpackung verstehen und daß die Qualität der Handelsware gegenüber 1913 verbessert worden ist. Zum Zweck des Vergleichs zwischen der gegenwärtig üblichen Papiersackverpackung und der im Jahre 1913 und vorher üblichen Stoffsackverpackung ist bei den Preisen für 1913 die Rückvergütung für die zurückgegebenen brauchbaren Säcke unter Berücksichtigung der Kosten für die Rücksendung und der Wert der zum eigenen Gebrauch zurückbehaltenen Säcke angerechnet worden. (Zusammen mit $\frac{2}{3}$ des vollen Rückvergütungssatzes.) — ³⁶⁾ Frachtbasis Düsseldorf-Grafenberg; Verbandspreise, auf die zum Teil Sonderrabatte gewährt werden. — ³⁷⁾ Werkverkaufspreise frei Bahnhof Berlin, Baulänge 2 m; Gewicht 22,4 kg. — ³⁸⁾ Werkverkaufspreise frei oberbayerische Stationen. — ³⁹⁾ Niedrigster Großhandelseinkaufspreis bei Bezug von 15-t-Ladungen unter Abzug der den Abnehmern gewährten Prämien und Rabatte. — ⁴⁰⁾ Im ost- und mitteldeutschen Gebiet. — ⁴¹⁾ Durchschnittliche Werkseinkaufspreise wagnisfrei Versandstation des ost- und mitteldeutschen Einzugsgebiets. — ⁴²⁾ Höchstpreis. — ⁴³⁾ Die Preise gelten nur, soweit die Verwendung zu Futterzwecken genehmigt wurde. — ⁴⁴⁾ Einschließlich des Umlagezuschlags von 15 \mathcal{M} e t. — ⁴⁵⁾ Type 1790. — ⁴⁶⁾ Type 1050 mit einer Beimischung von 10 vH Gerstenauszugmehl der Type 1000. — ⁴⁷⁾ Breslau. — ⁴⁸⁾ Zur Flocken- und Stärkeherstellung; einschließlich des vom Erzeuger zu tragenden Frachtaufschlags von 0,10 \mathcal{M} je 50 kg Kartoffeln — Bruttogewicht. — ⁴⁹⁾ In den angegebenen Preisen sind Aufkaufsspesen, Präparationskosten, Siegelgebühren und Umsatzsteuer enthalten. — ⁵⁰⁾ Gelbe mit 5 vH Besatz, gereinigt, geschält und poliert. — ⁵¹⁾ Ab Station 49 \mathcal{M} (Meßz. 174). — ⁵²⁾ Berlin. — ⁵³⁾ Einschließlich des Umlagezuschlags von 0,40 \mathcal{M} je 100 kg. — ⁵⁴⁾ Einschließlich Reichszulassung. — ⁵⁵⁾ Für Industriezwecke; für Bunkerzwecke der Seeschiffahrt 16,85 \mathcal{M} . — ⁵⁶⁾ Ungewaschen; für gewaschene Gaststückkohle wird ein Aufschlag von 0,45 \mathcal{M} je t erhoben. — ⁵⁷⁾ Für Industriezwecke 12,60 \mathcal{M} . — ⁵⁸⁾ Für Industriezwecke 1,70 \mathcal{M} . — ⁵⁹⁾ Rheinland-Westfalen einschließlich Eupen und Malmédy. — ⁶⁰⁾ Alpen- und Donau-Reichsgaue. — ⁶¹⁾ Ostpreußen, Danzig, das Gebiet des ehemaligen Korridors und des nördlichen Teiles des Warthegaus. — ⁶²⁾ Preis für Weißblech zur Herstellung von Obst- und Gemüsekonservendosen, frei Abnehmerstation 36,70 \mathcal{M} . — ⁶³⁾ Zulassungsgeld. — ⁶⁴⁾ Amtlicher Übernahmepreis. — ⁶⁵⁾ Berichtigung: Monatsdurchschnitt November und Dezember 1942 187, Jahresdurchschnitt 1942 187,33 \mathcal{M} . — ⁶⁶⁾ Für die Durchschnittsqualität berechnet. — ⁶⁷⁾ Außer Hamburg und Westdeutschland; in diesen Gebieten beträgt der Preis 31 \mathcal{M} je 100 l. — ⁶⁸⁾ Bei Abgabe an die Landwirtschaft 19,10 \mathcal{M} . — ⁶⁹⁾ Im Vergleich zu den früheren Gasölpreisen; im Vergleich zu den früheren Treibölpreisen 309. — ⁷⁰⁾ Zu dem Grundpreis von 43 \mathcal{M} wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1942 für Brantwein aus Kartoffeln ein Zuschlag von 14 \mathcal{M} je hl Weingeist gewährt unter der Voraussetzung, daß das Ablieferungssoll an Kartoffeln erfüllt ist oder Einlagerungs- und Lieferverträge abgeschlossen sind. — ⁷¹⁾ Es werden Frachtvergütungen bis zu dem für 5-t-Ladungen geltenden Frachtsatz gewährt. — ⁷²⁾ Ohne den ab April 1941 einheitlich von den Treuhänder und Verteilungsstellen erhobenen und durchweg vom Abnehmer getragenen Beitrag von 0,20 \mathcal{M} je 1000 Stück. —
⁷³⁾ Berichtigung: Monatsdurchschnitt Dezember 1942 0,97 \mathcal{M} (Meßz. 57). — ⁷⁴⁾ Altes Reichsgebiet und Sudetenland; in den Alpen- und Donau-Reichsgaue 35 \mathcal{M} . — ⁷⁵⁾ Für die in den Alpen- und Donau-Reichsgaue hergestellte Ware waren die Preise etwas höher. — ⁷⁶⁾ Vom 2. Oktober 1941 bis 31. Dezember 1942 nur im östlichen Entfallgebiet gültig. — ⁷⁷⁾ Die von den Mühlen zu zahlende Weizenvermahlungsabgabe ist in den angegebenen Preisen nicht enthalten.

Die Preise der übrigen bei der Indexberechnung berücksichtigten Waren und Leistungen blieben im allgemeinen unverändert. Nur die Preise für Seife und Waschlauge ermäßigten sich teilweise ab 1. Januar 1943 auf Grund einer Anordnung des Reichskommissars für die Preisbildung vom 26. Oktober 1942¹⁾. Unter Berücksichtigung einer vorangegangenen Verminderung der Stückgewichte stellt sich nach dem Mengenschema der Reichsindexziffer der Aufwand für Seife und Waschlauge im Januar 1943 um 6,4 vH niedriger als im Dezember 1942. Die Indexziffer für die Gruppe Verschiedenes ging um 0,8 vH zurück.

¹⁾ Vgl. Jg. 1942, Heft 11, S. 384 dieser Zeitschrift.



Marktordnung und Preisregelungen

Lohnkosten und Preisbildung. Durch Runderlaß vom 12. Dezember 1942 (Mitt.-Bl. 1942, S. 765) sind vom Reichskommissar für die Preisbildung ausführliche Richtlinien für die Berücksichtigung einzelner Lohnkostenbestandteile und freiwilliger sozialer Aufwendungen bei der Preisstellung erlassen worden. Diese Richtlinien, durch die eine Reihe von Zweifelsfragen geklärt wird, beziehen sich vor allem auf die Einrechnung von Lohnzuschlägen, Leistungszulagen und Lohnerhöhungen, die von den Reichstreuhändern der Arbeit nicht zwingend angeordnet, sondern lediglich zugelassen worden waren, sowie auf die Berücksichtigung von Trennung- und Wegegeldern und freiwilligen sozialen Aufwendungen. Hierdurch dürften sich für einen Teil der Wirtschaft und namentlich auch für das Baugewerbe Möglichkeiten für eine Rückbildung der Preise ergeben.

Gerste. Mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichskommissars für die Preisbildung gewährt die Reichsstelle für Getreide dem Erzeuger für alle von ihm abgelieferte Gerste den Braugerstenpreis bis zum 28. Februar 1943. Zuerst war die Zahlung des Braugerstenpreises bis Ende Dezember 1942 vorgesehen; durch Änderung der Bekanntmachung vom 11. August 1942 war die Frist bereits bis Ende Januar 1943 verlängert worden.

Mehl. Durch Anordnung vom 18. Januar 1943 (RNvbl. Nr. 5, S. 23) sind mit Wirkung vom 1. Februar 1943 neue Bestimmungen über die Herstellung von Mahlerzeugnissen und über die Brotzusammensetzung erlassen worden. Nachdem die Roggenablieferung günstiger verlaufen ist, als bei Beginn des Wirtschaftsjahres angenommen wurde, darf Brot künftig nicht mehr, wie bisher, aus 45 Teilen Roggenmehl und 55 Teilen Brotmehl, sondern aus 75 Teilen Roggenmehl und 25 Teilen Brotmehl hergestellt werden. Dabei stellt das Brotmehl nicht mehr eine Mischung von Weizenmehl der Type 2800 und Gerstenmehl der Type 2000 dar, sondern besteht nur noch aus Gerstenmehl der Type 2000. Weizenmehl der Type 2800 wird künftig nicht mehr hergestellt; ermahnen wird nur noch die Type W 1050. Die dabei anfallende Weizenkleie wird wieder der Landwirtschaft als Futtermittel zur Verfügung gestellt und tritt an die Stelle der Weizenhäcksel. Die Preise entsprechen den bis 30. September 1941 geltenden Preisen für Weizenkleie. Im übrigen bleiben die Preise für die Grundtypen sowie die Zu- und Abschläge beim Roggen- und Weizenmehl unverändert.

Milch. Auf Grund der Anordnung vom 5. Januar 1943 (RNvbl. 1943, Nr. 2, S. 9) treten die in der Anordnung Nr. 7 der Hauptvereinigung der deutschen

Einzelhandelspreise in 40 Gemeinden am 15. Januar 1943 (in *Rpf* je kg)

Die nachstehenden Preisangaben bieten die Möglichkeit, die Preisbewegung in den einzelnen Gemeinden zu beobachten; die entsprechenden Preise für die zurückliegende Zeit sind jeweils im Monatsheft von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht. Zwischenörtlich sind nur die Preise für Weizenmehl, Haferflocken, Zucker, Fleisch Speck, Schweineschmalz, Milch und Eier vergleichbar; bei allen übrigen Waren sind die Preise nicht streng vergleichbar, da jede Gemeinde den Preis für die in ihrem Bezirk marktgängige Sorte angibt. Der Preis für Markenbutter beträgt in allen Gemeinden einheitlich 3,60 *Rpf* je kg.

Gemeinde	Brot *)		Weizen- klein- gebackt: Semmel o. ägl.	Weizen- mehl	Gersten- mehl	Hafer- flocken (lose)	Reis (Voll-, mittl. Güte)	Erbsen, gelbe (unge- schält)	Speise- bohnen, weiße	Haush.- Zucker (einfach- ste Ver- brauchs- sorte)	Rü- kartoffeln (ab Laden) 5 kg	Möhren- (Speise- möhren)	Rind- fleisch (Kochf. mit Knochen)	Schweine- fleisch (Bauch- fleisch, frisches)	Kalbf. mit Knochen (Bauch m. Brust)	Hammel- fleisch m. Knochen (Bauch m. Brust)	Speck (fett, geräuch- ert, inländ.)	Schweine- schmalz, inländ.	Voll- milch (ab Laden) 1 l	Ent- rahmte Frisch- milch	Eier (33 bis unter 60 g 1 St. *)	ortstbl. Lagerbier in 10/20 l-Gläsern 1 l **)	Stein- kohlen (ortstbl. Braun- kohlen- brand)	Briketts (Braun- kohlen)	
	a	b																							50 kg frei Keller
Berlin	32	35	64	43	46	58	70	88	95	74	54	19	170	160	203	200	212	208	26	14	—	78	206	163	
Wien	33	35	98	46	48	60	66	88	94	76	57	19	160	164	174	140	220	216	30	15	11	72	245	248	
Hamburg	33	24	63	43	47	59	68	96	98	76	55	18	177	164	220	189	212	215	25	14	11	80	193	178	
Köln	40	40	65	44	48	60	68	94	96	78	54	20	170	170	210	204	220	220	24	14	11	88	160	117	
München	36	36	75	44	52	60	72	90	94	76	55	22	162	160	210	188	212	208	26	14	14	56	226	200	
Leipzig	28	28	65	44	48	60	78	92	98	76	56	22	160	160	224	204	220	208	27	15	—	92	217	137	
Essen	34	30	66	42	47	58	54	—	—	76	53	14	170	180	212	206	220	220	24	14	14	92	150	—	
Dresden	31	29	65	42	54	58	76	94	99	76	56	22	162	160	207	205	220	208	27	15	14	94	203	147	
Breslau	25	30	65	40	46	58	72	—	96	74	54	20	162	144	216	184	204	200	24	13	14	88	157	162	
Frankfurt a. M.	33	33	76	42	48	60	72	94	98	78	56	22	180	164	222	210	220	220	26	14	11	74	183	167	
Dortmund	30	33	67	44	48	60	60	79	97	76	55	—	180	180	190	190	220	220	24	14	11	88	131	—	
Hannover	30	30	76	44	48	60	70	96	98	76	54	18	168	170	210	184	212	208	24	12	14	92	190	—	
Stuttgart	34	—	65	44	48	60	74	88	102	78	56	24	164	164	220	190	240	216	28	15	—	62	217	174	
Nürnberg	36	34	76	42	46	60	66	—	98	76	55	16	166	160	210	190	—	—	26	14	11	56	214	177	
Danzig	30	30	64	41	—	54	—	88	96	76	50	20	160	150	200	180	200	200	24	12	11	94	201	190	
Chemnitz	31	31	66	44	50	60	74	92	98	76	54	22	162	160	222	204	220	208	27	15	11	98	192	144	
Bremen	36	37	76	46	48	60	—	96	90	76	54	19	170	170	224	196	212	208	23	13	11	70	200	158	
Königsberg (Pr)	30	28	65	42	46	58	60	100	—	78	54	24	160	160	196	184	200	200	22	13	14	85	202	186	
Magdeburg	28	30	72	42	48	58	72	96	98	74	54	16	166	160	204	180	212	208	26	14	14	78	200	147	
Mannheim	33	—	76	44	48	56	56	88	92	78	55	24	174	164	200	184	220	216	28	15	14	68	183	152	
Posen	27	26	55	40	46	58	—	88	96	72	54	16	152	152	192	160	200	192	22	12	11	82	185	166	
Stettin	28	30	76	44	—	58	—	98	98	74	53	20	166	160	204	196	204	200	25	13	11	80	177	148	
Kiel	25	37	76	43	48	60	68	94	100	76	55	18	174	160	196	198	212	208	24	13	11	78	182	180	
Graz	35	37	98	46	48	60	60	90	—	80	56	21	152	164	180	—	—	216	30	15	11	72	207	282	
Augsburg	36	36	76	48	48	60	—	96	—	76	56	24	162	160	210	190	212	208	25	14	14	56	227	197	
Krefeld	31	36	65	43	48	56	78	88	96	78	54	17	180	180	210	204	220	220	24	14	11	78	160	126	
Aachen	38	30	65	44	48	60	—	76	92	76	54	16	176	180	210	204	220	220	24	14	11	80	214	123	
Braunschweig	30	30	76	44	48	60	64	—	—	76	51	16	170	160	224	184	212	208	25	13	14	95	197	164	
Karlsruhe	34	38	76	46	48	60	60	92	100	78	52	24	174	184	200	184	—	216	27	15	14	72	192	156	
Hagen (Westf.)	35	31	65	44	48	59	66	—	—	76	53	—	170	180	210	—	—	220	220	24	14	—	88	159	136
Erfurt	30	30	76	44	56	60	56	80	60	76	55	30	168	160	204	188	212	208	26	14	14	80	209	152	
Lübeck	27	36	76	42	—	60	—	100	100	76	55	18	160	164	200	196	212	208	24	13	—	90	187	172	
Gleiwitz	30	30	66	40	44	58	66	90	96	74	54	—	166	150	216	184	204	200	23	13	11	92	114	113	
Ludwigshafen	31	—	76	42	—	60	72	90	100	76	56	16	170	164	228	200	220	220	28	13	14	66	175	135	
Gera	29	30	76	40	48	60	66	90	60	76	54	26	168	160	212	188	212	208	26	14	14	74	243	139	
Innsbruck	38	38	99	49	48	60	66	94	—	80	50	—	164	187	165	—	—	216	30	18	—	72	235	212	
Herford	32	30	65	46	48	60	50	—	—	76	54	24	160	160	210	192	200	208	24	12	14	88	175	150	
Reichenberg/ Sudeten	30	30	76	41	46	52	78	90	100	74	53	14	164	156	196	192	216	208	26	14	13	60	202	178	
Neustrelitz	32	32	65	42	46	58	48	72	50	76	51	14	156	156	204	196	208	204	22	10	14	90	190	145	
Neutitschein/ Sudeten	28	28	76	40	46	58	64	96	100	73	53	21	152	148	156	—	200	192	22	10	11	60	160	—	

* Zwei ortsübliche Sorten; a = meistgekaufter Brotsorte; in Bremen und Lübeck sind beide Brotsorten (a und b) in etwa gleicher Weise verbrauchsfähig. — ** B. Ausschank in Gaststätten einfacher Art (ausschließlich Bedienungsgeld). — ¹⁾ Geschälte. — ²⁾ Gespalten. — ³⁾ Güteklasse b. — ⁴⁾ Bauch mit Lappen. — ⁵⁾ Der Preis von 11 *Rpf* gilt für Kühlhauseier. — ⁶⁾ Anthrazit. — ⁷⁾ Steinkohlenbriketts.

Milchwirtschaft vom 2. Oktober 1936 festgesetzten Festpreise und die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen für kondensierte Milchdauerware (Dosenmilch) ab 1. Januar 1943 auch in den Alpen- und Donau-Reichsgauen, dem Reichsgau Sudetenland und den eingegliederten Ostgebieten in Kraft.

Schlachtvieh. Durch Anordnung Nr. 1/43 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft vom 18. Dezember 1942 (RNvbl. 1942, Nr. 89, S. 551) sind die Preise für Schlachtvieh und für Fleisch im Großhandel für das Jahr 1943 neu festgesetzt worden. Im allgemeinen entsprechen die neuen Preise den zuletzt geltenden Preisbestimmungen. Lediglich für Schafe sind Preiszuschläge für besonders gute Qualität (Ausstichware) eingeführt worden. Am Gortitzer Markt — einem Mittelmarkt — sind außerdem die Grundpreise für Schafe um 1 \mathcal{M} je 50 kg Lebendgewicht heraufgesetzt worden. Bei Schweinen sind die Gewichtsgrenzen für Schlachtschweine herabgesetzt worden; künftig gelten nicht mehr, wie bisher, Tiere von 60 kg, sondern solche von 50 kg Lebendgewicht an als Schlachtschweine. Die Großhandelspreise für Fleisch blieben im ganzen ebenfalls unverändert. Nur für Kälber im Fell, ohne Kopf, Geschlinge und Füße wurde der bisher geltende Großhandelspreis um 4 \mathcal{M} herabgesetzt.

Schrott und Gußbruch. Durch eine gemeinsame von der Reichsstelle Eisen und Metalle und der Reichvereinigung Eisen erlassene Anordnung über Schrottbewirtschaftung vom 21. Dezember 1942 (Reichsanz. Nr. 299 vom 21. 12. 42) sind die Preise für Schrott und Gußbruch mit Wirkung vom 1. Januar 1943 neu geregelt worden. Die neue Anordnung gilt im gesamten Reichsgebiet einschließlich der eingegliederten Ostgebiete, der Gebiete Eupen und Malmédy sowie im Elsaß, in Lothringen, Luxemburg, in der Untersteiermark und in den besetzten Gebieten von Kärnten und Krain.

Bei Schrott fällt die verschiedene Preisstellung im westlichen und östlichen Entfallgebiet fort, so daß nunmehr die Preisstellung vereinheitlicht ist. Künftig gilt für chargierfähigen Stahlschrott bei Lieferung des Werkbelieferungshandels an Verbraucher abzüglich der Fracht gemäß Klasse F 15 des Reichsbahngütertarifs von der einer Entfallstelle bzw. dem Lager eines Schrotthändlers nächstgelegenen Bahnstation bis zur Reichsbahnstation Essen-Hauptbahnhof ein Höchstpreis von 43 \mathcal{M} , bis zur Reichsbahnstation Siegen ein Höchstpreis von 42 \mathcal{M} , bis zur Reichsbahnstation Saarbrücken-Hauptgüterbahnhof, Karlsruhe-Hafen oder Bremen-Hauptbahnhof ein Höchstpreis von 38 \mathcal{M} je 1000 kg. Alle übrigen bisher im westlichen und östlichen Entfallgebiet üblichen Frachtgrundlagen fallen weg. Als untere Grenze besteht nach wie vor der bisher in der Anordnung Nr. 53 der Reichsstelle für Eisen und Stahl vom 1. Oktober 1941 für das östliche Entfallgebiet festgesetzte Mindestpreis von 28 \mathcal{M} je 1000 kg.

Wichtig für das westliche Entfallgebiet ist die zur Angleichung an den Osten eingetretene Erhöhung des Abschlags für unchargierfähigen Schrott von 7 auf 9 \mathcal{M} je t. Dieser Höchstpreis für Mischschrott darf auch im westlichen Entfallgebiet künftig nur gewährt werden, wenn er frei von Blechschrott unter 3 mm und Draht ist. Die am 1. Januar 1940 im westlichen Entfallgebiet eingeführte Qualitätsprämie für Schrottlieferungen ist weggefallen; statt dessen sind in Angleichung an den Osten die Handelspreisen entsprechend erhöht worden.

Bei den Preisen für Gußbruch ist der bisherige, seit dem 8. Dezember 1936 einheitlich für das ganze Reichsgebiet geltende Höchstpreis für Kokillengußbruch von 54 \mathcal{M} je t für die Sorte Ia bei der neuen Preisregelung unverändert geblieben; für die Sorte Ib ermäßigt er sich von 47 auf 46 \mathcal{M} je t. Beim übrigen Maschinen- und Gußbruch treten an die Stelle von bisher 10 Preisgebieten künftig 3 Preisgebiete, und zwar

1. das westliche Entfallgebiet, dessen Abgrenzung unverändert geblieben ist,
2. ein Gebiet, das die Provinz Ostpreußen und die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland sowie die Regierungsbezirke Breslau, Oppeln, Kattowitz und Troppau umfaßt und
3. das übrige Reichsgebiet.

Die neue Preisfestsetzung bedeutet für das westliche Entfallgebiet eine Preisermäßigung von 52 auf 51 \mathcal{M} je t. Für die zum Preisgebiet II gehörenden Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland, für die der neue Höchstpreis 44 \mathcal{M} je t beträgt, ergibt sich eine Preissenkung von 2 \mathcal{M} je t. Auch in den unter das neue Preisgebiet III fallenden Gebietsteilen liegt der Werkseinkaufspreis mit 48 \mathcal{M} je t überwiegend unter den bisher geltenden Preisen. Unverändert geblieben sind die Preise in den Alpen- und Donau-Reichsgauen, in Bayern — mit Ausnahme der Regierungsbezirke Pfalz und Mainfranken — sowie überwiegend in Nord- und Nordwestdeutschland.

Im ganzen ist eine Vereinheitlichung der bisher in einer Vielzahl von Anordnungen erlassenen Bestimmungen über die Bewirtschaftung von Schrott und Gußbruch erreicht worden.

Textilien. Durch gemeinsame Verordnung des Reichswirtschaftsministers und des Reichskommissars für die Preisbildung vom 23. Dezember 1942 (RGBl. I, S. 738) ist das Spinnstoffgesetz vom 6. Dezember 1935 (RGBl. I, S. 1411) samt den hierzu ergangenen Durchführungsverordnungen mit Wirkung vom 4. Januar 1943 aufgehoben worden. Die Spinnstoffwirtschaft hatte mit der Faserstoffgesetzgebung früher als andere Industriezweige verbindliche Preisvorschriften erhalten. Das Spinnstoffgesetz lehnte sich inhaltlich eng an die bisherigen Bestimmungen an. Insbesondere wurde der in der ersten Faserstoffverordnung vom 19. April 1934 eingeführte StoppPreis mit der Stichtzeit vom 1. bis 21. März 1934 als Ausgangs-

punkt der Preisbildung beibehalten. Ebenso wurde auch an dem Grundsatz der Zulässigkeit einer Erhöhung über den Ausgangspreis bei Steigerung der Rohstoffpreise, des Aufwands für Löhne und Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung sowie bei unvermeidbarer Erhöhung der proportional mit dem Einkaufspreis der Materialien oder mit dem Verkaufspreis sich verändernden Kosten festgehalten. Eine Verschärfung der Bestimmungen über die Preisbildung der Spinnstoffwirtschaft trat mit der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I, S. 955) ein. Die Preisstopverordnung galt uneingeschränkt auch für das Spinnstoffgebiet und verbot mit Wirkung vom 30. November 1936 ohne Rücksicht darauf, ob alle durch das Spinnstoffgesetz gegebenen Möglichkeiten ausgenutzt waren, jegliche weitere Preiserhöhung. Eine Fülle von inzwischen notwendig gewordenen Ergänzungsvorschriften hatte schon vor dem Kriege eine Vereinheitlichung und Vereinfachung der Preisvorschriften für die Spinnstoffwirtschaft erwünscht erscheinen lassen. Große Gebiete der Spinnstoffwirtschaft waren auch bereits durch Sonderpreisvorschriften aus dem Bereich des Spinnstoffgesetzes herausgenommen worden. Für den noch verbleibenden, zum Geltungsbereich des Spinnstoffgesetzes gehörenden Teil der Spinnstoffwirtschaft ist nunmehr durch die Aufhebung dieses Gesetzes eine beachtliche Vereinfachung der allgemeinen Preisvorschriften getreten. Künftig hat die Preisbildung in der Textilwirtschaft auf den durch Sondervorschriften geregelten Gebieten nach diesen zu erfolgen; für alle übrigen Gebiete gelten im wesentlichen nur noch aus der für die gesamte Wirtschaft geltenden PreisstopVO. für die Spinnstoffwirtschaft mit dem Preis vom 30. November 1936 als StoppPreis und dem für die Spinnstoffwirtschaft dazu ergangenen Runderlaß Nr. 65/37, der die Berücksichtigung höherer Rohstoffkosten in der Preisstellung gestattet.

Bettfedern. Durch Erlaß des Reichskommissars für die Preisbildung vom 14. Januar 1943 (Mitt.-Bl. II, S. 13) sind Bettfedern in den Geltungsbereich der Verordnung über die Preisbildung für Spinnstoffe und Spinnstoffwaren in der Großhandelsstufe vom 11. Juli 1940 (RGBl. 1940 I, S. 981) und der Durchführungsverordnung vom 31. März 1941 (RGBl. 1941 I, S. 182) einbezogen worden.

Emaillewaren. Durch eine Anordnung des Reichskommissars für die Preisbildung vom 14. Januar 1943 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 16 vom 21. Januar 1943) sind mit Wirkung vom 1. Februar 1943 Höchstpreise für den Verkauf von emaillierten Haus- und Küchengeräten an Verbraucher festgesetzt worden. Als Höchstpreise gelten die Preise, die in der Bruttopreisliste des Verbandes Deutscher Emaillierwerke in der jeweils gültigen Ausgabe verzeichnet sind.

Auslandswaren. Durch Runderlaß Nr. 105/42 vom 29. Dezember 1942 (Mitt.-Bl. 1943 I, S. 3) sind neue Richtlinien für die Preisstellung von Auslandswaren erlassen worden. Hiernach sind nunmehr die Reichsstellen befugt, dem Einführer von Auslandswaren bestimmte Preise für den inländischen Geschäftsverkehr vorzuschreiben.

Aus Gründen der Vereinfachung ist angeordnet worden, daß an Stelle der bisher zulässigen Aufschläge des Jahres 1936 die Aufschläge des Kalenderjahrs 1941 zugrunde zu legen sind, soweit sie ordnungsgemäß errechnet wurden. In den Alpen- und Donau-Reichsgauen, im Reichsgau Sudetenland und in den eingegliederten Ostgebieten dürfen für ausländische Waren höchstens die absoluten Beträge berechnet werden, die im Kalenderjahr 1941 bei vergleichbaren Geschäften durchschnittlich erzielt worden sind.

Sind für inländische Waren in der Groß- und Einzelhandelsstufe besondere Handelsaufschläge festgesetzt, so sind diese Aufschläge künftig auch für vergleichbare ausländische Waren maßgebend. Hierher gehören beispielsweise die Anordnung über die Preisbildung für Lederwaren, Taschen und Koffer im Einzelhandel vom 16. Oktober 1942 und die entsprechende Anordnung für den Großhandel für Lederwaren, Taschen und Koffer.

Generalgouvernement. Flachs- und Hanfstroh, Faserflachs und Faserhanf. Durch Anordnung vom 22. Dezember 1942 (VBIGG. 1943, S. 2) sind die Preise für Flachs- und Hanfstroh sowie für Faserflachs und Faserhanf neu geregelt worden. Die Preise sind zum Teil etwas niedriger als die bisherigen Preise. Zum erstenmal wurden die Preise durch Anordnung vom 8. November 1941 (VBIGG. 646) für die Ernte 1941 festgesetzt. Die Preise für Flachsstroh des Generalgouvernements liegen erheblich unter den für das Reich festgesetzten Preisen (z. B. rohes Flachsstroh, Güteklasse I 29 Zl. = 14,50 \mathcal{M} im Generalgouvernement und 21 bis 22,50 \mathcal{M} je 100 kg im Reich). Beim Hanfstroh sind die Preisunterschiede geringer (z. B. rohes Hanfstroh, Güteklasse I 21 Zl. = 10,50 \mathcal{M} im Generalgouvernement und 12 bis 13 \mathcal{M} im Reich je 100 kg).

Häute. Durch Erlaß des Reichskommissars für die Preisbildung vom 25. November 1942 (Mitt.-Bl. I, S. 739) sind für Häute von Tieren, die aus dem Generalgouvernement stammen, die gleichen Preise wie für Häute von Rindern süd- und westukrainischer Herkunft für das Inland festgesetzt worden.

Papier und Pappe. Durch Anordnung vom 13. November 1942 (VBIGG. S. 750) ist die Preisbildung von Papier und Pappe im Generalgouvernement für die Zeit ab 1. Januar 1943 durch Festsetzung von Höchstaufschlägen für den Großhandel und den Einzelhandel geregelt worden. Der Aufschlag für den Großhandel stellt sich bei Verdunkelungspapier auf 15 vH, bei Spezial- und Feinpapieren, wie Zeichen-, Paus- und technische Papiere und Feinkartons auf 25 vH und bei allen sonstigen Papieren und Pappen auf 20 vH des Einstandspreises. Für den Einzelhandel sind die zulässigen Aufschläge jeweils um 15 vH höher.

Die Preise im Ausland im Januar 1943

In den europäischen Ländern war die Veränderung der Großhandelspreise vom Dezember 1942 zum Januar 1943 im allgemeinen nur geringfügig und ohne einheitliche Tendenz. Etwas erhöht haben sich — z. T. aus jahreszeitlichen Gründen — die Indexpunkte der Großhandelspreise für das Deutsche Reich (+ 0,5 vH) und für die Schweiz (+ 0,2 vH), wogegen sie für Dänemark (— 0,5 vH) und für Norwegen (— 0,2 vH) etwas zurückgegangen sind. In England haben die Großhandelspreise im Januar erneut angezogen; die Indexpunkte der »Financial Times« lag Ende Januar 1943 um 1,2 vH höher als im Dezember 1942.

Ämtliche Indexpunkte der Großhandelspreise wichtiger Länder

Bei dem Vergleich der Indexpunkte für verschiedene Länder ist zu beachten, daß Höhe und Bewegung der Indexpunkte durch die unterschiedlichen Berechnungsmethoden (zeitliche Basis, Art und Menge der berücksichtigten Waren, Wägung der Preise) beeinflußt sind.

Land	Basis = 100	Zeit- punkt)	1942				1943	1942				1943	
			Okt.	Nov.	Dez.	J.-D.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	J.-D.	Jan.	
			in der Landeswährung					auf R.M.-Basis ¹⁾					
Dtsch. Reich	1913	D	115,0	114,8	115,3	114,4	115,9	115,0	114,8	115,3	114,4	115,9	
Dänemark...	1935	D	214	214	215	213	214	205,3	205,3	206,3	204,3	205,3	
Norwegen...	1938	M	174,0	174,3	174,5	172,3	174,1	161,6	161,9	162,0	160,0	161,7	
Schweden...	1935	D	193	195	195	189		182,8	184,7	184,7	179,0		
Schweiz...	VII 1914	E	212,1	213,7	214,8	209,6	215,2	151,7	152,7	153,7	150,0	154,0	
Spanien...	1913	M	393,8	397,9				114,6	115,8				
Ungarn...	1929	E	153,5	157,6	159,2	149,5	.	125,1	128,5	129,8	121,9	.	
Großbrit...	1930	D	159,9	160,9				77,5	78,0				
Argentinien	1926	D	194,7	196,3	192,6	187,7		67,6	68,1	66,8	65,1	.	
Peru...	1913	D	378,8	384,4				71,3	72,4				
V. St. v. Am.	1926	D	99,7	100,0	100,6	98,5	^{101,4}	59,3	59,5	59,9	58,6	^{60,4}	
Japan...	1933	D	198,2	198,6	198,7	197,2	.	136,6	136,9	137,0	135,9	.	

*) D = Monatsdurchschnitt, A = Monatsanfang, M = Monatsmitte, E = Monatsende. — ¹⁾ Aus den Indexpunkten in der Landeswährung berechnet auf Grund des Berliner Devisenkurses. — ²⁾ 9. Januar.

Von den außereuropäischen Ländern weisen die Vereinigten Staaten von Amerika nach der Indexpunkte von »Moody« Ende Januar eine Erhöhung der Großhandelspreise um 3,2 vH gegenüber dem Vormonat auf. Hiernach hat sich also die seit Dezember 1942 wieder bemerkbare Aufwärtsbewegung verstärkt. Aus Argentinien wird für Dezember 1942 ein Rückgang der Großhandelsindexpunkte gegenüber November gemeldet. In Japan blieb die Indexpunkte der Großhandelspreise im Dezember 1942, wie in den Vormonaten, ziemlich unverändert.

Der Preisverlauf in den einzelnen Ländern

Dänemark. Für dänisches Eisen und dänischen Stahl wurden neue Preise festgesetzt. Danach kostet Stabeisen ab Werk für den Großverbraucher 593,50 Kr je 1000 kg, beim Verkauf ab Lager 85,50 Kr je 100 kg. Die Preise sind Grund-

preise, zu denen Zuschläge oder Rabatte hinzutreten. Für Herbst- und Winteräpfel wurden neue Höchstpreise festgesetzt. Sie betrugen in der Preisgruppe A:

Qualitätsgruppen	Erzeuger- preis	Großhandels- preis Öre je kg	Einzelhandels- preis
I.	97	113	145
II.	75	89	115
III.	48	59	80

Finnland. Für frischen und gefrorenen Fisch wurde das Land in 6 Preisgebiete eingeteilt. Die neuen Höchstpreise betragen z. B. im Preisgebiet I, das die höchsten Preise aufweist, in Fmk. je kg im Großhandel (Mengen über 10 kg): Hecht 23,00, Scholle 19,00, Dorsch ohne Kopf 17,00 und Barsch 13,50. Im Einzelhandel stellen sich die Preise auf 26,00, 21,50, 19,50 und 15,50 Fmk.

Ungarn. Die neuen Übernahmepreise für Schafwolle des Jahres 1943 schwanken je nach Qualität zwischen 3,13 und 6,93 Pengö je kg, gegen bisher 2,24 und 4,97 Pengö je kg. Die Übernahmepreise für Lammwolle der Schur 1943 erhöhten sich von 1,53 bis 3,33 Pengö je kg auf 2,14 bis 4,48 Pengö je kg. Für terminmäßige Ablieferung und für Mehrablieferung werden Prämien zugestanden. Die Großhandelspreise für Leucht-petroleum wurden für 100 l von 46,20 Pengö auf 48,10 Pengö, der Verbraucherhöchstpreis von 54 auf 56 Heller je l erhöht. Für Sauerkraut wurde der Großhandelspreis, der bisher 38 bis 41 Pengö je 100 kg betrug, bis Ende Januar 1943 auf 48 Pengö, für Februar auf 49 Pengö und ab 1. März auf 50 Pengö je 100 kg heraufgesetzt. Der Einzelhandelspreis beträgt gegenüber bisher 46 bis 48 Heller je kg bis Ende Januar 56 Heller und ab 1. Februar 58 Heller je kg.

Bulgarien. Für Heilmittel und Sanitätsmaterialien wurde auf der Preisbasis vom 31. Dezember 1942 im Groß- und Kleinhandel ein Preisstop angeordnet. Für Schafmilch wurden im Großhandel die Preise von 7 Leva auf 9 Leva je l und für Ziegenmilch von 5 Leva auf 6,50 Leva je l erhöht. Für gesalzenes und geräuchertes Schaffleisch wurde ein Höchstpreis von 84 Leva je kg frei Erzeugungsstätte und von 92 Leva je kg im Einzelhandel festgesetzt. Die Schweinepreise wurden erheblich erhöht, und zwar für Schweine von über 100 kg Lebendgewicht auf 42 Leva, von 81 bis 100 kg auf 38 Leva und von 31 bis 80 kg auf 37,50 Leva je kg Lebendgewicht. Die Preise für Mohnsamenöl aus der Ernte 1942 wurden frei Ankaufsbahnhof auf 69 Leva je kg, im Großhandel auf 70 Leva und im Einzelhandel auf 71,80 Leva je kg festgesetzt. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1941 (Mohnsamenölpreis frei Ölmühle 23,30 Leva je kg) annähernd eine Verdreifachung der Preise.

Rumänien. Die Verkaufspreise der Staatlichen Werke für Gußeisen und Stahlhalbwaren wurden heraufgesetzt, so für Gußeisen für Bearbeitung auf 15,80 Lei und für Gußeisen für Gießereizwecke auf 16,45 Lei je kg.

Kroatien. Um das Preisgefüge zu ordnen, wurde ein Preisausgleichsfonds von 2 Milliarden Kuna gebildet; es soll hierdurch eine Stabilisierung der Preise für die notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe erreicht werden. Der Fonds wird aus Mehreinnahmen gebildet, die durch höhere Besteuerung von weniger notwendigen Waren erzielt werden. Die Großhandelspreise für Salz wurden heraufgesetzt, und zwar für feines Tischsalz von 16 auf 24 Kuna, für Kochsalz von 10 auf 15 Kuna, für Salz für Tiere und Seesalz für Fischereizwecke von 5 auf 7,50 Kuna

Preisindexpunkte August 1939 = 100	Großhandelspreise				Ernährungskosten ¹⁾				Lebenshaltungskosten ¹⁾			
	1942				1942				1942			
	Sept.	Okt.	Nov.	Dez. ²⁾	Sept.	Okt.	Nov.	Dez. ²⁾	Sept.	Okt.	Nov.	Dez. ²⁾
Deutsches Reich	107,4	107,4	107,2	107,7	103,1	102,6	103,0	103,6	106,2	105,9	106,2	106,7
Dänemark	192,8	192,8	192,8	193,7	187,1	185,1	186,1	186,1	177,2	177,2	178,2	179,2
Finnland	175,8	176,8	177,1	177,3	151,0	151,1	151,3	151,9	146,3	146,6	147,0	147,6
Norwegen	190,6	190,6	190,6	190,6	146,5	148,1	151,1	151,1	143,8	145,1	147,5	147,5
Portugal	173,0	173,9	175,7	175,7	142,2	142,2	142,2	140,8	141,4	141,4	141,4	141,4
Rumänien	197,1	197,3	198,8	199,9	154,5	155,6	157,2	158,6	142,4	143,9	144,8	145,5
Schweden	164,4	171,0	171,0	171,0	187,1	187,7	187,7	187,7	166,8	167,3	167,3	167,3
Schweiz	177,5	177,9	182,6	184,5	170,9	170,5	168,2	168,2	151,0	151,2	150,0	150,5
Spanien	162,9	163,0	164,0	164,0	118,2	119,0	119,7	119,7	129,0	129,0	129,0	128,4
Ungarn	188,5	189,4	191,0	187,4	118,2	119,0	119,7	119,7	129,0	129,0	129,0	128,4
Großbritannien	132,4	132,9	133,3	134,1	132,4	132,9	133,3	134,1	132,4	132,9	133,3	134,1
Argentinien	131,5	131,1	131,3	131,4	131,5	131,1	131,3	131,4	131,5	131,1	131,3	131,4
Canada	173,0	175,5	178,1	178,1	173,0	175,5	178,1	178,1	173,0	175,5	178,1	178,1
Peru	132,4	132,9	133,3	134,1	132,4	132,9	133,3	134,1	132,4	132,9	133,3	134,1
Ver. St. v. Amerika	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1	208,1
Britisch-Indien	131,5	131,1	131,3	131,4	131,5	131,1	131,3	131,4	131,5	131,1	131,3	131,4
Japan	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8	144,8
Mandschukuo	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4	193,4

¹⁾ Dänemark: Juli 1939 = 100; Schweden Juni 1939 = 100. — ²⁾ Januar 1943: Deutsches Reich 108,2, Dänemark 192,8, Norwegen 176,9, Schweiz 200,3. — ³⁾ Januar 1943: Deutsches Reich 105,0, Schweiz 159,0. — ⁴⁾ Januar 1943: Deutsches Reich 107,4, Schweiz 146,4.

je kg. Im Einzelhandel wurde die Handelsspanne für Salz zur menschlichen Ernährung von 40 auf 100 Kuna und für Salz für Tiere von 20 auf 40 Kuna je 100 kg erhöht. Für Kristallzucker wurden die Fabrikhöchstpreise frei Eisenbahnstation des Großhändlers auf 96 Kuna, für Würfelzucker auf 101,65 Kuna je kg neu festgesetzt. Der Großhändler darf hierzu die entstandenen Unkosten und Abgaben zuschlagen und auf diesen Gesamtbetrag einen Bruttogewinn von 3 vH hinzurechnen. Die Einzelhandelspreise werden örtlich geregelt. Der Erzeugerpreis für Milch wurde von 6 Kuna auf 10 Kuna je l ab Bauernhof erhöht. Ebenso wurden die Erzeugerpreise für Milchprodukte neu festgesetzt: Butter 219 (bisher 168) Kuna, Emmentaler Käse 123,75 (100) Kuna, Milchpulver 175,75 (141,35) Kuna, kondensierte Milch 82,25 (72,25) Kuna je kg. Auch für Fette und Selchwaren wurden neue Erzeugerhöchstpreise eingeführt, so für Schweinefett 150 (bisher 102) Kuna, gesalzener Speck 125 (84) Kuna, geräucherten Speck 144 (97) Kuna je kg.

Spanien. Die Gewinnspannen im Groß- und Einzelhandel mit Eisen- und Stahlerzeugnissen wurden neu geregelt. Dem Großhandel wurde ein Satz von 15 vH zur Deckung von Unkosten und Gewinn gestattet. Auf diesen Betrag ist die Verbrauchssteuer von 5 vH aufzuschlagen. Der Einzelhandel darf auf diesen Preis wiederum 15 vH als Gewinnaufschlag und zur Deckung der allgemeinen Unkosten erheben. Für weiterverarbeitete Waren (Röhren, Achsen, Banden, Werkzeuge usw.) werden die Gewinnspannen nach denselben Grundsätzen berechnet, jedoch mit einem Satz von 22 vH im Großhandel und 22 vH im Einzelhandel. Eine Reihe von Verbrauchssteuern wurde neu erhöht. So wurde für Industrialkohol die Verbrauchssteuer von 225 auf 300 Pesetas je hl und für Bier von 25 auf 40 Pesetas je hl heraufgesetzt. Die Tabaksteuer wurde von 20 vH auf 30 vH für alle einheimischen Tabaksorten und auf 50 vH für alle eingeführten Sorten festgesetzt. Die Salzsteuer erhöhte sich auf 100 vH, wobei als einheitlicher Grundpreis für Kochsalz ein Preis von 75 Pesetas je t angesehen wird.

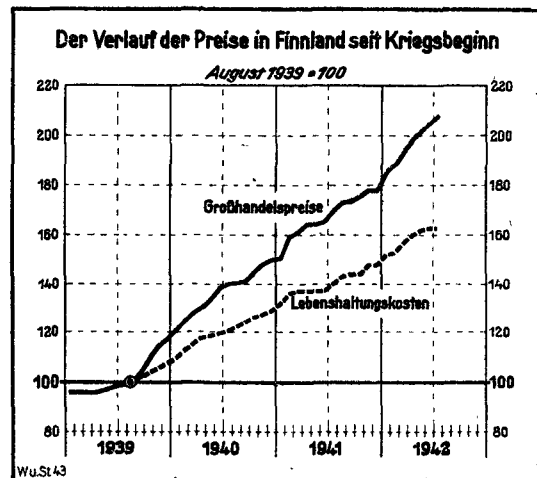
Großbritannien. Das britische Ernährungsministerium erhöhte den Teepreis um 4 d je lb. Gegenüber dem Vormonat ist der Preis für Erdnüsse weiter um 11,8 vH gestiegen; er hat sich damit gegenüber August 1939 um 103 vH erhöht.

Vereinigte Staaten von Amerika. Im Rahmen der Bemühungen um eine Preis- und Lohnstabilisierung hat die Regierung nunmehr zum erstenmal einheitliche Gewinnspannen für eine Reihe von Lebensmitteln festgesetzt. Diese Maßnahme wird als der Beginn einer umfassenden Preisregulierung für die wichtigen Konsumgüter angesehen. Nach den Berechnungen des »Bureau of Labor Statistics« ergibt sich eine Steigerung der Großhandelspreise im ganzen um 0,6 vH, wobei die landwirt-

schaftlichen Erzeugnisse eine Zunahme von 2,5 vH aufweisen. Die vorliegenden Notierungen zeigen Preiserhöhungen für Roggen (11,1 vH), Hafer (10,4 vH), leichte Schweine (7,2 vH), Weizen (5,5 vH) und Baumwolle (3,8 vH).

Der Preisverlauf in Finnland seit August 1939

Der finnische Staat hat erst spät angefangen, auf dem Gebiet der Preisbildung lenkend einzugreifen. Die durch den Winterkrieg 1939/40 bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die durch den Moskauer Frieden vom 13. März 1940 erlittenen Verluste (etwa 10 bis 11 vH des finnischen Ackerlandes, des Waldes und der Industrieunternehmungen) machten es erforderlich, zunächst das Wirtschaftsleben Finnlands neu aufzubauen. Erst als die Preissteigerung im Laufe des Jahres 1940 schnell zunahm, entschloß sich die Regierung, die Preisbildung durch gesetzliche Maßnahmen zu regeln. Um einen festen Ausgangspunkt zu schaffen, wurde durch Beschluß des Staatsrats vom 23. Oktober 1940 ein weitgehender Preisstop für allgemeine Verbrauchsgüter angeordnet. Mit der Durchführung dieser Aufgabe wurde das Volksversorgungsministerium betraut, bei dem ein Preiskontrollausschuß zur Überwachung der Warenpreisbildung eingerichtet wurde. Die Preise vom 15. Oktober 1940 wurden als Höchstpreise erklärt. Preise, die seit dem 31. August 1939 so heraufgesetzt worden waren, daß sie eine angemessene Höhe, die sich aus den



Entwicklung der Preise in Finnland seit August 1939 (Landesdurch- schnitt)	Großhandelspreise								Einzelhandelspreise											
	Indexziffern August 1939 = 100								Indexziffern der Lebenshaltungskosten August 1939 = 100						Preise in Finnmark					
	Binnenmarkt					Außenhandel			Er- näh- rung	Hei- zung und Be- leuch- tung	Be- klei- dung	Son- stiges	Le- bens- hal- tung	Grau- brot (Rog- gen) kg	Kar- tof- eln 5 l	Milch l	Eier 20 Stück	Kri- stall- zucker kg	Schwei- ne- fleisch kg	
	Ge- samt- index- ziffer	Inländische Erzeugnisse			Ein- fuhr- waren	Ein- fuhr (cif)	Aus- fuhr (fob)													
	Land- wirtschaft	Forst- wirtschaft	In- dustrie	Zu- sam- men																
1939. Aug. ...	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	3,84	3,62	1,74	19,33	6,71	15,64	
Dez. ...	117,1	108,7	91,7	116,2	108,9	137,1	150,9	111,9	105,9	116,2	102,0	102,0	104,0	4,25	3,82	1,90	25,10	9,10	16,03	
1940 März ...	128,2	130,4	95,3	126,1	118,7	151,4	163,6	122,2	125,7	136,4	114,9	113,0	117,8	4,49	4,75	1,98	22,99	11,18	23,21	
Juni ...	138,4	134,8	109,4	139,6	130,9	157,1	163,6	126,2	122,8	149,5	123,8	125,0	120,8	4,91	4,92	2,06	19,30	11,23	23,73	
Sept. ...	141,9	135,7	116,0	142,3	134,1	160,0	170,9	122,2	129,7	161,6	134,7	130,0	126,7	4,81	4,81	2,23	25,20	11,23	26,62	
Dez. ...	150,4	155,7	118,9	145,9	140,7	172,4	180,9	124,6	134,7	161,6	.	.	129,7	4,45	4,27	2,40	39,72	11,12	32,63	
1941 März ...	161,5	162,6	130,2	158,6	152,0	183,8	192,7	131,0	142,6	165,7	155,4	138,0	137,6	4,21	4,62	2,43	34,11	12,81	33,69	
Juni ...	165,8	162,6	133,1	159,4	153,7	194,3	196,4	132,5	142,6	168,7	158,4	138,0	137,6	4,20	5,02	2,44	33,66	12,83	34,35	
Sept. ...	174,4	167,8	133,7	172,1	161,0	207,6	212,7	142,1	151,5	170,7	165,3	147,0	144,6	4,44	4,44	2,45	33,66	18,73	34,18	
Dez. ...	178,6	171,3	140,2	175,7	165,9	209,5	215,4	147,6	155,4	176,8	173,3	149,0	148,5	4,69	4,84	2,82	33,71	18,74	33,79	
1942 März ...	194,9	177,4	159,2	190,1	179,7	229,5	.	157,9	159,4	220,2	190,1	155,0	157,4	4,70	5,58	2,82	33,73	21,12	34,03	
Juni ...	205,1	184,3	162,7	206,3	190,2	241,9	170,6	162,4	162,4	230,3	200,0	173,0	163,4	4,70	6,96	2,82	33,76	22,08	34,14	
Juli ...	208,5	185,2	171,6	208,1	194,3	243,8	177,8	163,4	163,4	224,2	201,0	174,0	163,4	4,70	7,03	2,82	33,78	22,09	34,24	
Aug.	187,1	223,2	205,0	175,0	175,2	4,70	.	3,63	33,65	22,14	34,18	
Sept.	187,1	224,2	212,9	177,0	177,2	4,70	.	3,63	33,68	22,15	34,17	
Okt.	185,1	224,2	217,8	187,0	177,2	6,00	7,61	3,63	33,80	22,16	33,99	
Nov.	186,1	224,2	221,8	181,0	178,2	6,00	7,59	3,63	34,00	22,24	34,15	
Dez.	186,1	225,3	224,8	182,0	179,2	

1) Oktober, — *) April, — *) Juli.

jeweiligen Selbstkosten und der zulässigen Handelsspanne ergibt, überstiegen, mußten entsprechend herabgesetzt werden. Dem Volksversorgungsministerium wurde das Recht zugestanden, in Sonderfällen Preiserhöhungen zu genehmigen.

Diese Bestimmungen wurden am 16. Juni 1941 durch eine neue Verordnung ersetzt. Sie enthielt in der Hauptsache ein allgemeines Verbot, höhere als angemessene Preise zu fordern. Für Waren des allgemeinen Bedarfs, wie z. B. Lebensmittel, Gewürze, alkoholfreie Getränke, Futter- und Düngemittel, Kleider, Stoffe, Möbel, Baustoffe und Maschinen, durften die Preise gegenüber dem Stand vom 31. August 1939 nur der Kostensteigerung entsprechend erhöht werden. Koppelungskäufe wurden verboten, Qualitätsminderungen bei gleichbleibenden Verkaufspreisen waren als ungerechtfertigte Preiserhöhungen anzusehen. Auch diese Bestimmungen, die gewissermaßen nur Rahmengesetze darstellten, genügten nicht, die Preise stabil zu halten. Um schärfer durchzugreifen und die gesamte Preisgebarung zu vereinheitlichen, wurde daher schließlich durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. Oktober 1941 der Preiskontrollausschuß aufgelöst und als neue Zentralbehörde für das Gebiet der Preise ein dem Staatsrat und dem Volksversorgungsministerium unmittelbar unterstellter »Beratungsausschuß zur Regelung der Preise und zur Überwachung und Vereinheitlichung der Preisbildung« geschaffen, der auch heute noch besteht. Dieser »Preisrat« hat die Aufgabe, in allen Preisfragen und für alle Wirtschaftsbereiche einheitliche Richtlinien zu erlassen. Ohne seine und des Staatsrats Zustimmung dürfen Preise nicht erhöht werden. Das Volksversorgungsministerium ist ermächtigt, Preise für Verbrauchswaren festzusetzen, die Höhe von Transport- und Lohntarifen und Gebühren öffentlich-rechtlicher Art zu bestimmen, die Preise für Einfuhrwaren, soweit keine Höchstpreise bestehen, zu regeln, Herstellung und Handel gewisser Waren einzuschränken oder zu verbieten sowie Ausschüsse zur Untersuchung und Regelung der Preisverhältnisse und Erzeugungsbedingungen einzelner Erwerbszweige einzusetzen.

Trotz der hemmenden Wirkung dieser Maßnahmen haben die Preise jedoch nicht unerheblich weiter angezogen. Von August 1939 bis Juli 1942 ist die Gesamtindexziffer der Großhandelspreise um fast 109 vH gestiegen. Hierzu hat in der Hauptsache die starke Verteuerung der Einfuhrwaren (144 vH) beigetragen, deren Preisbildung von der Regierung nur wenig beeinflußt werden kann. Die Preissteigerung der einheimischen Erzeugnisse beläuft sich für den gleichen Zeitraum auf durchschnittlich 94 vH.

Im einzelnen haben sich erhöht die Preise der industriellen Erzeugnisse um 108 vH, der landwirtschaftlichen Erzeugnisse um 85 vH und der forstwirtschaftlichen Erzeugnisse um 72 vH.

Großhandelspreise an ausländischen Märkten im Januar 1943.

Ware	Berichts- ort, Land	Marktpreise				Preise in RM *) je 100 kg ¹⁾			
		Menge	Wäh- rung	Dez. 1942	J.-D. 1942	Jan. 1943	Dez. 1942	J.-D. 1942	Jan. 1943
Weizen, Ablieferungspr.	Kopenhagen	100 kg	Kr	28,00	28,00	28,00	14,62	14,62	14,62
» v. Benne, Erzeugerpreis	Paris	100 kg	frs	375,00	325,47	375,00	18,75	16,27	18,75
» weich, 75 kg	Mailand	100 kg	Lire	155,55	155,63	155,55	20,45	20,47	20,45
» Erzeugerpreis	Niederlande	100 kg	hfl	13,62	13,56	13,74	18,07	17,99	18,23
» » » » »	Norwegen ¹⁾	100 kg	Kr	36,00	35,58	36,00	20,46	20,22	20,46
» ungar. Theiss...	Budapest	100 kg	Pengö	30,00	30,00	30,00	18,00	18,00	18,00
» Nr. 1 North Man...	London	480 lbs	s d		¹⁾ 34 1 1/4		¹⁾ 7,76		
» Plata, Rosaf...	London	480 lbs	s d	26 0	24 7 1/4	26 1 1/4	5,91	5,59	5,93
» australischer	London	480 lbs	s d	28 0	27 10	28 0	6,37	6,33	6,37
» 2 Hard Winter	New York	60 lbs	ots	156,64	144,27	163,63	14,39	13,25	15,03
» nächste Sicht...	Chicago	60 lbs	ots	132,12	124,24	139,41	12,14	11,41	12,81
» » » » »	Winnipeg	60 lbs	ots	90,00	84,06	92,86	6,94	6,49	7,17
» 75 kg, Mindestpreis...	Buenos Aires	1000 kg	Peso	39,95		39,95	2,36		2,36
Weizenmehl	Paris	100 kg	frs	363,30	353,51	363,30	18,17	17,68	18,17
» z. Brotbereitg.	Mailand	100 kg	Lire	186,00	186,00	186,00	24,46	24,46	24,46
» National	London	280 lbs	s d	38 3	35 1 1/4	38 3	14,91	13,69	14,91
» Spring Clears	New York	198 lbs	\$	6,55	6,54	6,55	18,42	18,38	18,42
Roggen, Ablieferungspr.	Kopenhagen	100 kg	Kr	29,00	29,00	29,00	15,14	15,14	15,14
» v. Benne, Erzeugerpreis	Paris	100 kg	frs	306,00	270,42	306,00	15,30	13,52	15,30
» Erzeugerpreis...	Niederlande	100 kg	hfl	13,12	13,06	13,24	17,41	17,33	17,57
» ungarischer	Budapest	100 kg	Pengö	28,00	28,00	28,00	16,80	16,80	16,80
» 2 American	New York ¹⁾	56 lbs	ots	89,20	87,75	92,13	8,78	8,64	9,07
» nächste Sicht...	Chicago	56 lbs	ots	71,54	72,19	79,49	7,04	7,11	7,82
» » » » »	Winnipeg	56 lbs	ots	64,03	60,52	66,60	5,30	5,01	5,51
Hafer, Ablieferungspreis	Kopenhagen	100 kg	Kr	25,00	25,00	25,00	13,05	13,05	13,05
» verschied. Sorten	Paris	100 kg	frs	269,00	237,50	269,00	13,45	11,88	13,45
» ungarischer	Budapest	100 kg	Pengö	¹⁾ 26,40		27,00	¹⁾ 15,84		16,12
» nächste Sicht...	Chicago	32 lbs	ots	52,18	52,55	57,60	8,99	9,05	9,92
» » » » »	Winnipeg	34 lbs	ots	45,53	49,08	50,91	6,20	6,69	6,94
Gerste, Ablieferungspreis	Kopenhagen	100 kg	Kr	25,00	25,00	25,00	13,05	13,05	13,05
» ital. Basis 56,1 %	Mailand	100 kg	Lire	136,70	143,28	136,70	17,98	18,84	17,98
» Nr. 2	New York	48 lbs	ots	83,32	84,46	83,50	9,57	9,70	9,59
» nächste Sicht...	Winnipeg	48 lbs	ots	60,10	62,64	63,93	5,80	6,05	6,17
Mais, ital. 16 % Feuchtigkeit...	Mailand	100 kg	Lire	115,50	115,32	115,30	15,19	15,16	15,16
» Transtheiss	Budapest	100 kg	Pengö	15,70		16,30	9,38		9,73
» Nr. 2 Western mixed...	New York	56 lbs	ots	105,75	99,38	110,50	10,41	9,78	10,88
Kartoffeln, Zentralhallen	Paris	100 kg	frs	210,00	232,92	220,00	10,50	11,64	11,00
» » » » »	Oslo	100 kg	Kr	16,00	14,92	16,00	9,09	8,48	9,09
Rinder, Kühe I.	Sofia	100 kg	Leva	1 880,00	1 698,54	1 880,00	57,34	51,81	57,34
» Ochsen I.	Sofia	100 kg	Leva	1 900,00	1 786,25	1 900,00	57,95	54,48	57,95
» Färsen u. Ochsen	Kopenhagen	100 kg	Kr	167,50	149,76	167,50	87,44	77,86	87,44
» Kühe, ältere I.	Kopenhagen	100 kg	Kr	125,00	116,77	125,00	65,25	60,95	65,25
» Färsen u. Ochsen	Paris	100 kg	frs	990,00	990,00	990,00	49,50	49,50	49,50
» Ochsen	Rumänien	100 kg	Lei	7 500,00	7 826,12	7 250,00	125,25	130,12	121,08
Kälber I.	Paris	100 kg	frs	1 259,00	1 259,00	1 259,00	62,95	62,95	62,95
» I.	Malmö	100 kg	Kr	117,50	123,46	117,50	69,94	73,48	69,94
Schweine, über 130 kg	Sofia	100 kg	Leva	3 375,00	2 980,67		102,94	90,91	
» über 80 kg	Paris	100 kg	frs	1 950,00	1 950,00	1 950,00	97,50	97,50	97,50
» I.	Oslo	100 kg	Kr	260,00	260,00	260,00	147,73	147,73	147,73
» » » » »	Rumänien	100 kg	Lei	14 583,00	¹⁾ 15 234,00	15 000,00	243,54	¹⁾ 253,06	250,50
» » » » »	Malmö	100 kg	Kr	143,00	143,00	143,00	85,11	85,11	85,11
» » » » »	Budapest	100 kg	Pengö	213,00	198,12	205,00	127,80	118,87	122,43
» leichte	Chicago	100 lbs	\$	13,69	13,65	14,67	75,37	75,28	80,83
Rindfleisch, Ochsen I.	Kopenhagen	100 kg	Kr	210,00	207,54	215,00	109,62	107,89	112,23
» Hinterv. I.	Paris	100 kg	frs	1 800,00	1 800,00	1 800,00	90,00	90,00	90,00
Kalbfleisch, I.	Kopenhagen	100 kg	Kr	240,00	235,29	245,00	125,28	122,31	127,89
» I.	Paris	100 kg	frs	2 030,00	2 030,00	2 030,00	101,50	101,50	101,50
Schweinefleisch	Kopenhagen	100 kg	Kr	245,00	244,06	245,00	127,89	126,85	127,89
» » » » »	Paris	100 kg	frs	2 765,00	2 711,00	2 765,00	138,25	135,55	138,25
» » » » »	Budapest	100 kg	Pengö	298,00		298,00	178,80		178,80
Hammelfleisch	Paris	100 kg	frs	3 125,00	3 016,67	3 125,00	156,25	150,83	156,25
Schinken, roh	London	112 lbs	s d	147 0	135 0 1/4	147 0	143,24	131,60	143,24
Bacon, Wiltshire	London	112 lbs	s d	142 0	129 3 1/4	142 0	138,34	127,58	138,34
Speck	Kopenhagen	100 kg	Kr	248,00	247,00	248,00	129,46	128,93	129,46
Schmalz	Budapest	100 kg	Pengö	360,00	332,79	360,00	216,00	199,67	216,00
» Einfuhr	London	112 lbs	s d	64 0	64 0	64 0	62,37	62,37	62,37
» nächste Sicht...	Chicago	1 lb	cts	13,80	12,79	13,80	76,02	70,46	76,02
Milch, ab Meierei	Dänemark	1 l	Öre	26,46	25,86	26,46	13,81	13,50	13,81
» » » » »	Paris	1 l	frs	3,50	2,83	3,50	17,50	14,15	17,50
Butter, Molkeri	Kopenhagen	100 kg	Kr	389,00	389,00	389,00	203,06	203,06	203,06
» Durchschn. Zentr. Hal.	Paris	1 kg	frs	60,00	45,38	60,00	300,00	226,90	300,00
» » » » »	Mailand	1 kg	Lire	22,30	22,30	22,30	293,25	293,25	293,25
» 1. Klasse	Niederlande	1 kg	hfl	2,30	2,30	2,30	305,21	305,21	305,21
» Marken	Oslo	1 kg	Kr	4,10	4,10	4,10	232,96	232,96	232,96
» ausländische	London	112 lbs	s d	151 4	143 2	151 4	147,46	139,48	147,46
Käse, Fabrik	Alkmaar	50 kg	hfl	¹⁾ 99,2	¹⁾ 99,2	¹⁾ 99 2	¹⁾ 96,63	¹⁾ 96,63	¹⁾ 96,63
» verschied. Sorten	London	112 lbs	s d	99 2		99 2	96,63		96,63
Eier, Ausfuhr	Kopenhagen	1 kg	Öre	2,50	2,32	2,66	1,31	1,20	1,39
» » » » »	Paris	100 St.	frs	233,60	185,60	235,60	11,68	9,28	11,78
» » » » »	Niederlande ¹⁾	1 kg	hfl	1,32	1,30	1,32	1,75	1,73	1,75
» Erzeugerpreis...	Stockholm	1 kg	Kr	¹⁾ 2,55			¹⁾ 1,52		
Eier, 1. Größe	Schwiz	100 St.	Fr	33,00	29,96		19,12	17,36	
» 1. Größe	London	120 St.	s d	17 3	18 4 1/4	17 3	7,12	7,58	
Zucker, Kristall	Paris	100 kg	frs	627,00	464,67	627,00	31,35	23,23	31,35
» raff., Hut	Mailand	100 kg	Lire	749,00			89,49		
» granul.	London	112 lbs	s d	21 7	21 7	21 7	21,03	21,03	21,03

Von den verschiedenen Warengruppen weisen nach der amtlichen Indexberechnung Brennstoffe und Schmieröl mit 220 vH, »sonstige pflanzliche Nahrungsmittel« (Kartoffeln, Zucker,

Schokolade, Kaffee, Öle, Margarine, Zigaretten usw.) mit 187 vH, chemisch-technische Waren mit 160 vH sowie Gespinnststoffe und Textilien mit 123 vH überdurchschnittliche Preis-

Noch: Großhandelspreise an ausländischen Märkten im Januar 1943

Ware	Berichts- ort, Land	Marktpreise				Preise in <i>RM</i> *) je 100 kg ¹⁾			
		Menge	Wäh- rung	Dez. 1942	J.-D. 1942	Jan. 1943	Dez. 1942	J.-D. 1942	Jan. 1943
Kaffee, Santos Nr. 4 . . .	New York	1 lb	ots	13,38	13,38	13,38	73,70	73,70	73,70
Kakao, West-Afrika . . .	London	112 lbs	s d	45 0	45 0		43,85	43,85	
„ Accra	New York	1 lb	ots	8,88	8,85	8,88	48,98	48,80	48,98
Leinsaat	Mailand	100 kg	Lire	390,00	388,33	390,00	51,29	51,07	51,29
„ Winnipeg	Winnipeg	56 lbs	ots	164,00	163,74	164,00	15,37	15,54	15,37
Leinöl, roh	London	1 t	£ s d	46 10 0	45 0 0	46 10 0	45,30	43,85	45,30
Baumwollsaatöl, roh . . .	New York	1 lb	ots	13,95	13,88	14,08	76,85	76,48	77,59
Rübböl	Mailand	100 kg	Lire	592,00	591,42	592,00	77,85	77,77	77,85
„ roh	London	1 t	£ s d	48 5 0	47 13 0	48 5 0	47,01	46,42	47,01
Oliventöl	Mailand	100 kg	Lire	1 518,00			199,62		
Erdnüsse, Indien, Westküste .	London	1 t	£ s d	27 17 6	¹⁾ 24 10 0	0 31 3 5	27,16	¹⁾ 23,87	30,38
„ Nr. 1, geschält . . .	New York	1 lb	ots	9,30	9,30	9,30	51,30	51,30	51,30
Kohle, Fein gewaschen Ind. . .	Belgien	t	frs	184,00	184,00	184,00	14,72	14,72	14,72
„ Stück-, gestiebt, fett . .	Belgien	t	frs	265,00	265,00	265,00	21,20	21,20	21,20
„ Nuß-, halbfett . . .	Belgien	t	frs	275,00	275,00	275,00	22,00	22,00	22,00
„ Dampf-, obersehl. . .	Stockholm ²⁾	t	Kr	50,00	50,00	50,00	29,76	29,76	29,76
Koka, Gießerei	Stockholm ²⁾	t	Kr	74,00	74,00	74,00	44,04	44,04	44,04
Erdöl, Pennsylv. Rohöl . .	V.St.v.A. ³⁾	bbl	\$	3,00	2,94	3,00	4,73	4,62	4,73
Leuchtöl, Export	Constanza	1000 kg	Lei	11 100,00	10456,00		18,54	17,39	
„ water white	V.St.v.A. ⁴⁾	am. Gall.	ots	4,50	4,49	4,50	2,97	2,96	2,97
Gasöl	V.St.v.A.	am. Gall.	ots	3,88	4,12	3,88	2,56	2,72	2,56
Benzin, ^{64/66} Beaumé . . .	V.St.v.A.	am. Gall.	ots	6,00	6,18	6,00	3,96	4,08	3,96
Terpentin	New York	am. Gall.	ots	74,65	76,23	74,81	49,30	50,35	49,41
Harz, Savannah I. . . .	New York	lb	ots	3,41	3,12	3,42	18,80	17,19	18,85
Schellack	New York	lb	ots	35,50	32,66	35,50	195,65	180,00	195,65
Roheisen, moulage Nr. 3 .	Brüssel	t	frs	1 000,00	1 000,00	1 000,00	80,00	80,00	80,00
„ North Nr. 2	New York	1 t	\$	27,65	27,56	27,65	68,02	67,78	68,02
Träger, Thomasgüte . . .	Brüssel	t	frs	1 375,00	1 375,00	1 375,00	110,00	110,00	110,00
Stabeisen, Thomasgüte . .	Brüssel	t	frs	1 375,00	1 375,00	1 375,00	110,00	110,00	110,00
„ Schweiz	100 kg	Fr		51,55	50,78		298,73	294,27	
Bleche, Grob-, Thomasgüte .	Brüssel	t	frs	1 610,00	1 610,00	1 610,00	128,80	128,80	128,80
„ Fein-,	Brüssel	t	frs	1 900,00	1 900,00	1 900,00	152,00	152,00	152,00
„ Weiß-,	Cardiff	box	s d	30 9	30 9	30 9	310,67	310,67	310,67
„ New York	1 lb	ots		5,00	5,00	5,00	275,93	275,93	275,93
Maschinengußbruch, . . .	Brüssel	t	frs	650,00		650,00	52,00		52,00
„ I. Wahl, zerkleinert . .	Brüssel	t	frs	575,00		575,00	46,00		46,00
Kupfer, alt, nicht legiert, Platten	Brüssel	100 kg	frs	950,00	950,00	950,00	76,00	76,00	76,00
„ elektrol.	London	1 t	£ s d	62 0 0	62 0 0	62 0 0	60,40	60,40	60,40
„ loko	New York	1 lb	ots	17,00	14,70	17,00	93,71	81,02	93,71
Zinn, Standard	London	1 t	£ s d	275 0 0	266 11 5	275 0 0	267,95	259,73	267,95
„ loko	New York	1 lb	ots	52,00	52,00	52,00	286,58	286,58	286,58
Zinkabfälle, neu, ohne Zehnpän.	Brüssel	100 kg	frs	275,00	275,00	275,00	22,00	22,00	22,00
Zink, ausländische	London	1 t	£ s d	25 15 0	25 15 0	25 15 0	25,09	25,09	25,09
„ loko	New York	1 lb	ots	8,25	8,25	8,25	45,46	45,46	45,46
Blei, alt, nichtlegiert . . .	Brüssel	100 kg	frs	350,00	350,00	350,00	28,00	28,00	28,00
„ ausländ.	London	1 t	£ s d	25 0 0	25 0 0	25 0 0	24,37	24,37	24,37
„ loko	New York	1 lb	ots	6,50	6,48	6,50	35,83	35,74	35,83
Aluminium	Schweiz	100 kg	Fr	250,00	250,00		144,88	144,88	
„	London	1 t	£ s d	110 0 0	110 0 0	110 0 0	107,19	107,19	107,19
„	New York	1 lb	ots	15,00	15,00	15,00	82,69	82,69	82,69
Nickel, Inlandspreis . . .	London	1 t	£ s d	192 10 0	192 10 0	192 10 0	187,57	187,57	187,57
„ 99,9/100	New York	1 lb	ots	35,00	35,00	35,00	192,87	192,87	192,87
Silber, stand.	London	1 oz	d	23,50	23,50	23,50	31,17	31,17	31,17
„ New York	New York	1 oz	ots	44,75	38,33	44,75	35,97	30,81	35,97
Baumwolle, middl. upland . .	New York	1 lb	ots	20,54	20,16	21,33	113,24	111,11	117,59
„	New Orleans	1 lb	ots	19,36	19,07	20,32	106,67	105,09	112,04
Wolle, Merino	Schweiz ⁵⁾	1 kg	Fr	10,00	9,33		579,50	540,67	
„ fine staple territory . . .	New York	1 lb	ots	111,00	111,00	111,00	611,77	611,77	611,77
„ Kammzug	Boston	1 lb	ots	120,02	¹⁾ 124,36	119,47	661,49	685,38	658,44
Wollgarn, 2-48's (64's aver.) .	Bradford	1 lb	d	72,00	71,54	72,00	654,74	650,63	654,74
„ 2-44's (56's carded)	Bradford	1 lb	d	64,50	61,87	64,50	586,62	562,74	586,62
„ 2-46's (56's 40-44's prep.)	Bradford	1 lb	d	43,00	42,48	43,50	391,08	386,29	391,08
Seide, Organsin	Schweiz	1 kg	Fr	150,00	143,33		86,93	83,06	
„ Japan	Yokohama	1 picul	Yen	1 597,00	1 530,58	1 596,00	15,47	14,67	15,46
Kunstseide	Schweiz	1 kg	Fr	5,50	5,50		3,19	3,19	
Flachs, blau	Rotterdam	1 kg	hfl	1,40	1,28		185,78	169,86	
Jute I, nächste Sicht . . .	Kalkutta	400 lbs	Rupie	67,60	51,57	72,00	27,66	21,10	29,46
Häute, Ochsen, mittelgroße .	Oslo	1 kg	Kr	0,90	0,90	0,90	51,14	51,14	51,14
Leder, Zahmwache	Schweiz	1 kg	Fr	7,03	7,03		407,39	407,39	
Kautschuk, smoked sheets .	London	1 lb	d	13,75	13,75	13,75	124,98	124,98	124,98
„ plant. crepe	New York	1 lb	ots	24,87	24,88	24,87	137,04	137,13	137,04
„ Para river	New York	1 lb	ots	36,00	35,92	36,00	198,43	197,97	198,43
Ammoniak, 20% ₁₀₀	Rotterdam	100 kg	hfl	7,30	7,20	7,30	9,69	9,55	9,69
Kalksalpater, 15% ₁₀₀ . . .	Rotterdam	100 kg	hfl	7,50	7,39	7,50	9,95	9,81	9,95

Handelseinheiten: 1 lb 463,593 g; 1 oz (Unze Feinsilber) 31,1 g; 1 t 1 000 kg; 1 t 2 240 lb 1016,048 kg; 1 sht 2 000 lb 907,19 kg; 1 bbl (barrel) 42 gall; 1 amerik. Gall. 3,785 l; 1 box Weiböl 108 lb; 1 fubel — 30 48 kg. ¹⁾ Ausnahmen im allgemeinen Monatsmarktpreise: teilweise — insbesondere für Großbräutungen — unregelmäßige Stichtagspreise, die nach Eingang des Materials —. Die Auslandspreise in „/“ sind seit April 1942 auf Grund der Devisennotierungen in Berlin gewonnen. — ²⁾ Für Kohle, Rohseisen und Walzwaren je 1 000 kg; für Silber, Seide und Kunstseide je 1 kg; für Milch, Petroleum, Benzin und Terpent in je 100 l, für Eier je 1 kg, Paris, Schweiz, London je 100 Stück. — ³⁾ Festgesetzte Einkaufspreise für einheitliches Getreide ohne Sack, frei Verladen ab nächster Erzeuger- oder Dampfschiffstation. — ⁴⁾ fob. — ⁵⁾ Purmerend. — ⁶⁾ cif schwed. Hafen. — ⁷⁾ Ab Bohrfeld. — ⁸⁾ fob Golf. — ⁹⁾ Metallgenre für Feinspinner. — ¹⁰⁾ 10 Monate. — ¹¹⁾ 11 Monate. — ¹²⁾ 9 Monate.

für Futtermittel (+ 103 vH), Metalle und Metallerzeugnisse (+ 103 vH) sowie Häute und Lederwaren (+ 98 vH) entspricht ungefähr der allgemeinen Entwicklung. Verhältnismäßig schwach war die Aufwärtsbewegung der Preise für tierische Lebensmittel (77 vH), Steine und Glaswaren (73 vH), Pappe und Papier (67 vH), Holz- und Holzwaren (62 vH), Düngemittel (51 vH) sowie Getreide und Getreideerzeugnisse (43 vH). Im Außenhandel ist die Preisentwicklung für Finnland insofern sehr ungünstig gewesen, als die Einfuhrpreise von August 1939 bis Juli 1942 um 133 vH, die Ausfuhrpreise dagegen nur um 78 vH gestiegen sind.

Auch die Einzelhandelspreise haben im Verlauf des Krieges ziemlich stark angezogen. Die Lebenshaltungskosten stellten sich nach der amtlichen Indexberechnung im Dezember 1942 um 79 vH höher als im August 1939. Seit einigen Monaten ist jedoch eine deutliche Verlangsamung des Anstiegs zu erkennen. Insbesondere gilt das für die Ernährungskosten, die nach einer Erhöhung um 87 vH bis August 1942 sogar leicht zurückgegangen sind. Im einzelnen war — zum Teil wohl auch unter jahreszeitlichen Einflüssen — die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise sehr unterschiedlich. Während sich z. B. die Erhöhung seit Kriegsbeginn bei Kristallzucker auf 231 vH, bei Schweinefleisch auf 119 vH, Kartoffeln auf 110 vH und bei Milch auf 109 vH beläuft, beträgt sie für Eier nur 76 vH und für Graubrot sogar nur 56 vH. Noch stärker als die Nahrungsmittel sind Heizung und Beleuchtung sowie Bekleidung im Preis gestiegen, und zwar beide um 125 vH. Hierin kommt vor allem die weitgehende Auslandsabhängigkeit Finnlands auf diesen Gebieten zum Ausdruck. Über den Durchschnitt hinaus geht auch die Erhöhung der Preise für »Sonstiges« (82 vH). Verhältnismäßig wenig sind die in der finnischen Indexziffer der Lebenshaltungskosten berücksichtigten direkten Steuern (37 vH) und die Wohnmieten (knapp 11 vH) gestiegen.

Am 17. Oktober 1942 hat der Staatsrat eine Reihe neuer Richtlinien zur Verschärfung der Preiskontrolle erlassen. Danach sollen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in der neuen Ernteperiode unverändert bleiben, während für Industriestoffe eine Preiserhöhung nur im Ausmaß der Rohstoffverteuerung erlaubt ist. Für Holz sollen die Preise beibehalten werden, die am 21. September 1941 zwischen den Waldbesitzern und der Holzver-

edlungsindustrie vereinbart waren. Um eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten zu verhindern, sollen die Preise für eingeführte Lebensmittel durch staatliche Zuschüsse auf den Stand der Preise für Inlanderzeugnisse gebracht werden. Die Handelsspanne darf im allgemeinen gegenüber dem Stand vom 31. August 1939 höchstens um zwei Drittel der im gleichen Zeitraum eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten erhöht werden. Um die Löhne den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen, wurde gegenüber dem Stand vor dem Kriege zunächst eine Lohnerhöhung um 40 vH zugebilligt. Weitere Lohnsteigerungen um jeweils 4 vH sollen erfolgen, sobald die Indexziffer der Lebenshaltungskosten um jeweils 10 vH gestiegen ist.

Gerstenversorgung und Gerstenpreise in Kontinentaleuropa

Trotz des kriegsbedingten Mehrbedarfs, der auch in einigen Ländern auf den Zusatz von Gerstenmehl bei der Brotherstellung zurückzuführen ist, entstehen für das europäische Festland — als Ganzes betrachtet — durch Fortfall der überseeischen Zufuhren

keine unüberwindbaren Schwierigkeiten in der Versorgung mit Gerste. Kontinentaleuropa (ohne die Sowjetunion, aber einschl. der Türkei) hat in der Vorkriegszeit seine eigene Gerstenerzeugung von rd. 12 Mill. t im Zeitraum 1909 bis 1913 auf etwa 16 bis 19 Mill. t steigern können. Demgegenüber war der Einfuhrüberschuß mit 0,7 bis 0,9 Mill. t gering. Der Selbstversorgungsgrad lag zwischen 95 und 97 vH. Durch die Gerste der Ukraine wird die festländische Versorgungsbasis noch etwas verbessert.

Um die fehlenden Überseezuschüsse zu ersetzen, verlegten sich viele europäische Länder nach dem Vorbilde, das ihnen namentlich Deutschland und Dänemark schon vor dem Kriege gegeben hatten, auf Verstärkung der eigenen Erzeugung. In diesem Sinne versuchen einige Staaten (Italien, die Slowakei, Schweden, die Schweiz) durch Zahlung von Anbauprämien eine Ausdehnung des Gerstenanbaus zu erreichen. Andere Länder mit verhältnismäßig großem Gerstenbau, aber niedrigen Durchschnittserträgen (Südosteuropa) bemühen sich, durch Verbesserung von Saatgut, Bodenbearbeitung und Düngung die Hektarerträge zu steigern.

Obleich Kontinentaleuropa als Ganzes also kaum auf eine Einfuhr von Gerste angewiesen war, standen die Preise vor Kriegs-

Preise für Gerste in Kontinentaleuropa	Sorte, Qualität, Hektolitergewicht	Handelsstufe, Frachtlage usw.	Währung	Preise in Landeswährung für 100 kg ¹⁾					Preise in RM für 100 kg ¹⁾					Deutsche Preise = 100	
				1939	1940	1941	1942	Zunahme in vH seit Aug. 1939	1939	1940	1941	1942	Zunahme in vH seit Aug. 1939	Aug. 1939	Dez. 1942
Deutsches Reich.	Futtergerste 59—60 kg...	Erzeugerpr. ab Erzeugerstation	RM	16,28	16,28	16,28	17,08	4,9	16,28	16,28	16,28	17,08	4,9	100	100
	59—60 kg...	Großverbraucherpr. frei Berlin		18,00		18,50	20,05		18,00	18,00	18,50	20,05		100	100
	Prot. Böhmen und Mähren	Aufkaufspr. ab Verladestation	Kr.	122,00	149,50	153,50	162,00	32,8	122,00	14,95	15,35	16,20	32,8	75	95
	59—60 kg...	Verkaufspr. ab Station	Zl.	142,00		161,50	174,00	22,5	142,00	16,15	17,40	22,5	22,5	79	87
Generalgouvernement	Futtergerste 59—60 kg...	Erzeugerpr. ab Station	Zl.	16,62	21,00	24,00	27,00	62,4	8,31	10,50	12,00	13,50	62,4	51	79
		1939 Preise in Warschau, dann													
		Mühlenankaufspr. fr. Empf.			23,00	26,00	30,00			11,50	13,00	15,00			88
	Winter- und Sommergerste, handelsübl.	1939 Großhandelspr. Sept., danach Erzeugerpr. (Ernte) frei Versandstelle, Lager ²⁾	frs	126,00	150,00	185,00	185,00	46,7	10,66	12,00	14,80	14,80	38,8	59	87
Belgien	Futtergerste, handelsübl.	Erzeugerpr. (Ernte) fr. Lager, Mühle, 1941 einschl. Prämie ³⁾	Leva	209,70	340,00	380,00	420,00	167,0	6,40	10,37	11,59	12,81	166,9		75
	einheimische	Großhandelspreis			390,00	440,00	560,00			11,90	13,42	17,08		36	85
Bulgarien	Futtergerste, handelsübl., 112 holl. Pfd.	1939 Preise in Kopenhagen, dan. Erzeugerpr. frei Bahnstat. ⁴⁾	Kr.	11,97	18,00	25,00	25,00	108,9	6,19	8,74	12,07	13,05	110,8	34	76
	Futtergerste, handelsübl., 112 holl. Pfd.	Preise der auf den freien Märkten gekauften Restbestände			28,00		40,50			13,51		21,15			124
Dänemark	einheimische, 1942: 58—60 kg	Großhandelspr., 1942 Erzeugerpr. frei Bahnstation, Lager...	Ekr.	16,50	14,00				11,25	8,75		9,40	-16,4	63	55
	einheimische, 1942: 60,1—65,0 kg	Erzeugerpr. (Ernte) frei Versandstelle, Lieferort ⁵⁾	Fmk.	260,00	260,00	310,00	380,00	46,2	13,13	13,18	15,72	19,27	46,8	81	113
Finnland	einheimische	Großhandelspreis		200,00	260,00	330,00			10,10	13,18	16,73			56	
	Futtergerste, handelsübl. 68 ¹⁾ / ₁₀₀ kg	Erzeugerpr. abzügl. Abgaben, zuzügl. Zuschläge ⁶⁾	frs	92,00	160,00	171,00	290,30	215,5	6,01	8,98	8,55	14,52	141,6	37	85
Frankreich	einheimische	Aufkaufspr. (Ernte) ⁷⁾	Dr		6,15	10,00	30,00			0,13	0,17	0,50			
	Futtergerste, handelsübl. 56 kg	1939 u. 1940 Preise in Mailand, danach Erzeugerpr. fr. Lager ⁸⁾	L	122,50	147,50	161,00	161,00	31,4	16,04	19,32	21,17	21,17	32,0	89	124
Griechenland	inländische, 1942: 58—62 kg	1940 u. 1942 Erzeugerpreis frei Erzeugerlager	Kuna	141,00		400,00	475,00	236,9	8,04		20,00	23,75	195,4	49	139
	einheim., 1942: 58—60 kg	Großhandelspr., 1942 Erzeugerpr. fr. Bahnstation, Lager...	Lat	18,63	20,75				9,09	10,13		9,40	3,4	51	55
Litauen	einheim., 1942: 58—60 kg	Großhandelspr., 1942 Erzeugerpr. frei Bahnstation, Lager...	Lit	14,60	22,80				6,13	9,57		9,40	53,3	34	55
	einheim., gute Qualität	1939 Preise in Groningen, dan. Erzeugerpr. ab Erzeuger ⁹⁾	hfl.	7,73	9,00	10,99	12,37	60,0	10,30	11,94	14,58	16,41	59,3	57	96
Niederlande	inländische	Erzeugerpr. frei Versandstat. od. Lager einschl. Zuschl. ¹⁰⁾	Kr.	20,00	22,00	31,00	34,16	70,8	11,33	12,50	17,61	19,41	71,3	70	114
	inländische Futtergerste 60 kg	1939 Preise in Braila, danach Erzeugerpr. frei Versandstat. ¹¹⁾	Lei	286,00	396,00	750,00	1400,00	389,5	6,86	7,60	12,53	23,38	240,8	38	137
Rumänien	inländische, Durchschnittsqualität	1939 u. 1940 Pr. in Stockholm, danach Erzeugerpr. frei Mühle, Lager ¹²⁾	Kr.	13,63	25,00	27,00	27,00	98,1	8,15	14,88	16,07	16,07	97,2	45	94
	inländische Futtergerste 61—65 kg	Festges. Übernahmepr. (Ernte) frei Versandstelle, Lager ¹³⁾	Fr.		38,00	40,50	43,00			21,60	23,47	24,92			146
Schweiz	Futtergerste	Großhandelspr.		20,50	29,50	38,45	38,50	87,8	11,53	16,77	22,28	22,31	93,4	64	111
	inländische Futtergerste 61 kg	1939, 1940 Großhandelspr. in Jugoslawien, dan. Erzeugerpr.	Dinar	135,75	345,00		400,00	194,7	7,74	19,49		20,00	158,4	43	117
Serbien	inländische	Großhandelspr.	Kr.	136,00	135,50	155,50	156,00	14,7	11,60	11,65	13,37	13,42	15,7	64	67
	inländische	Erzeugerpr. zuzügl. Produktionszuschlag					220,00	61,8				18,92	63,1		94
Slowakei	inländische Futtergerste, handelsübl.	Erzeugerpr. frei Lager Valladolid ¹⁴⁾	Ps.		56,50	51,50	60,00			13,32	12,14	14,14			83
	inländische	Großhandelspr.	£ tq	4,09	5,49	10,07	15,00	266,7	8,10	10,87	19,82	29,70	266,7	45	148
Türkei	inländische Futtergerste 65 kg	1939 Pr. in Budapest, dan. Erzeugerpr. fr. Bahnstation ¹⁵⁾	P	16,95	20,00	24,50	24,50	44,5	10,38	12,24	14,70	14,70	41,6	58	73

¹⁾ Für Griechenland je Oka = 1,34 l. Die Umrechnung auf 100 kg ist mangels Unterlagen nicht möglich. — ²⁾ Juni. — ³⁾ Nach Internationale Landwirtschaftliche Rundschau II. Agrarstatistik, 30. bis 34. Jahrgang, namentlich 33. Jahrgang, Heft 1, 5, 9. — ⁴⁾ Höchstpreis. — ⁵⁾ Vom Reichskommissar für das Ostland festgesetzt. — ⁶⁾ Ab 19. Mai 1940. — ⁷⁾ September. — ⁸⁾ Januar. — ⁹⁾ August. — ¹⁰⁾ April.

ausbruch größtenteils unter dem Einfluß des Weltmarktes und damit von Produktionskosten und Ernteaufällen der überseeischen Länder. Zum Teil, so insbesondere in Südosteuropa und in Nordeuropa, lagen vor dem Kriege die Gerstenpreise in kontinentaleuropäischen Ländern nur etwa auf einem Drittel bis der Hälfte der Preise in Deutschland oder Italien, die sich bereits überwiegend auf Eigenversorgung umgestellt hatten. Ein internationaler Vergleich der Gerstenpreise ist zwar wegen der unterschiedlichen Preisangaben (verschiedene Sorten, Qualitäten und Handelsstufen) nur ganz roh möglich. Andererseits dürfte das vorliegende umfangreiche Preismaterial ausreichen, um einen Überblick über die Preisentwicklung und die Veränderung des Preisverhältnisses der einzelnen Länder untereinander zu geben. Der nachstehende Überblick erstreckt sich auf Futtergerste und Gerste ohne nähere Bezeichnung.

Verglichen mit den Preisen im letzten Vorkriegsmonat ergeben sich für die einzelnen europäischen Länder — bei Umrechnung der Preise auf Reichsmark — bis Dezember 1942 sehr verschiedene Preisveränderungen. Abgesehen von Estland, wo der Gerstenpreis gegenwärtig um 16 vH niedriger als im August 1939 ist, sind die Preise für Futtergerste oder für Gerste ohne nähere Bezeichnung überall gestiegen. Am geringsten war die Erhöhung in Lettland (3 vH) und im Deutschen Reich (Erzeugerpreis 5 vH), am stärksten in den Balkanstaaten und der Türkei. So haben die Erzeugerpreise in Griechenland (von 1940 bis 1942) auf fast das Vierfache, in Rumänien auf weit mehr als das Dreifache, in Kroatien, Serbien, Frankreich und Dänemark auf über das Doppelte und in Schweden auf fast das Doppelte angezogen. Die Großhandelspreise stellen sich in Bulgarien um 167 vH und in der Türkei (August 1942) um 267 vH höher als vor dem Kriege. Soweit die Landwirte in einigen Ländern nach rechtzeitiger und vollständiger Erfüllung ihrer Ablieferungspflicht ihre Restbestände an Gerste im freien Handel absetzen dürfen, erzielen sie dafür anscheinend Preise, die erheblich — z. B. in Dänemark 1942 um 62 vH — über den Übernahmeypreisen liegen. Infolge der in verschiedenen Formen auftretenden staatlichen Stützungsmaßnahmen sind die Großhandelspreise in der Schweiz seit 1940 und in der Slowakei 1942 (Produktionszuschlag) erheblich niedriger als die Beträge, welche die Landwirte für ihre Gerste erhalten.

In den meisten europäischen Ländern gelten jetzt Festpreise, die teilweise gebietlich gestaffelt sind. Dazu kommen häufig, um eine möglichst frühzeitige Ablieferung zu erreichen, noch Erhöhungen durch Saisonzuschläge, Lieferungs- und Druschprämien oder Nachzahlungen für einen Teil der Ablieferungsquote (Dänemark). In einigen Ländern — beispielsweise in den Niederlanden — werden auch Zuschüsse zu den Lagerkosten, in anderen — z. B. Dänemark, Norwegen und Rumänien — unter gewissen Voraussetzungen Zuschläge zu den Transportkosten gewährt. Für Abweichungen vom vorgeschriebenen Hektolitergewicht und zulässigen Besatz sind meist Zu- und Abschläge festgesetzt. In Frankreich verringert sich der offizielle Erzeugerpreis durch einige Abgaben (6 frs zugunsten der neugeschaffenen Landeskasse für Gemeinschaftshilfe in der Landwirtschaft, 1 fr statistische Gebühr je 100 kg). In Finnland droht den Landwirten bei nicht rechtzeitiger Ablieferung ihrer ablieferungspflichtigen Gerstenmengen, aber auch wenn sie die über die Pflichtquote hinausgehenden Restbestände nicht im Februar gegen einen um 25 Fmk erhöhten Preis abgegeben haben, deren Beschlagnahme gegen einen um 25 Fmk verringerten Preis. Für die finnische Provinz Oulu, namentlich für deren lappländische Gebiete, sind höhere Preise als für das übrige Land festgesetzt worden.

Infolge der unterschiedlichen Preisveränderungen hat sich auch das Gefälle der Gerstenpreise innerhalb des europäischen Kontinents verschoben. Der Abstand gegenüber den deutschen Preisen, die im August 1939 an der Spitze standen, ist — mit Ausnahme von Estland, wo er sich etwas vergrößerte — durchweg geringer geworden. Im Protektorat Böhmen und Mähren, in den Niederlanden und Schweden haben sich die Preise dem deutschen Preisniveau fast angeglichen, in der Schweiz, der Türkei, Kroatien, Rumänien, Italien, Serbien, Norwegen, Finnland und — soweit es sich um Preise auf dem freien Markt handelt, — auch in Dänemark haben die Gerstenpreise den deutschen Preis bereits erheblich überschritten.

Berichtigung. Die in dem Aufsatz »Roggenversorgung und Roggenpreise in Kontinentaleuropa« (W. u. St., 22. Jg. Heft 12, S. 422) für 1939 und 1940 mitgeteilten litauischen Preise beziehen sich nur auf 50 kg. Für 100 kg stellten sich die Roggenpreise in Litauen demnach auf 13,40 und 20,78 Lit, d. s. 5,62 und 8,72 RM. Die Preise sind somit von 1939 bis 1942 nur um 69 vH gestiegen.

Die deutsche Arbeitspolitik in den letzten 10 Jahren

Da in der Volkswirtschaft nach nationalsozialistischer Auffassung die Arbeit gegenüber Geld und Gut den überragenden Faktor darstellt, mußte sich, als die NSDAP. vor 10 Jahren die Macht im Staate übernahm, auch in den Grundsätzen der Arbeitspolitik ein entscheidender Wandel vollziehen. Wurde schon die Güterwirtschaft dem übergeordneten Gemeinwohl verpflichtet, so konnte das Arbeitsleben umsoweniger noch dem »freien Spiel der Kräfte« überlassen bleiben. In der vorhergegangenen Epoche war es den »Arbeitgebern« und »Arbeitnehmern« oder deren Organisationen gestattet, ihre Interessen ohne Rücksicht auf Volk und Staat zu verfechten; sollte doch in dem Widerspiel dieser Kräfte nach der damals herrschenden Ideologie dem allgemeinen Wohl am besten gedient sein. Ganz konnte auf staatliche Mitwirkung allerdings schon damals nicht verzichtet werden, wie vor allem aus der Einrichtung und dem allmählichen Ausbau des Schlichtungswesens erschen werden kann, ganz zu schweigen von den Notmaßnahmen, die in der Zeit der wirtschaftlichen Depression und der fortschreitenden Zerrüttung der sozialen Verhältnisse ergriffen werden mußten. Der Nationalsozialismus forderte dem-

gegenüber einen völligen Gesinnungswandel. Die Arbeitsbedingungen sollen nicht mehr zwischen streitenden Klassen und Marktparteien ausgehandelt oder zum Schaden der Gesamtheit mit Streiks und Aussperrungen erkämpft werden. Jeder einzelne Betriebsführer und jeder einzelne Gefolgsmann wurde vielmehr gehalten, sein Tun und Lassen dem Grundsatz des Gemeinwohls unterzuordnen. Er wurde damit dem Prinzip der sozialen Verantwortung verpflichtet. Das bedeutete für den Führer des Betriebs, der die Arbeitsbedingungen für seinen Betrieb festzusetzen hat, die Pflicht zur Fürsorge für seine Gefolgschaft und für den Gefolgsmann die Treuepflicht. Den Betriebsführern stehen die aus der Gefolgschaft berufenen Vertrauensmänner beratend zur Seite, während die »Deutsche Arbeitsfront« den Mann an der Werkbank im Betrieb und auch außerhalb des Betriebs zu betreuen hat.

Der staatliche Wille aber tut sich — über die allgemeinen Rahmengesetze hinaus — durch besondere Organe kund, die Reichstreuhand der Arbeit, die den Betrieben die Richtlinien geben und das Arbeitsleben überwachen. Für den eigentlichen

Arbeitseinsatz wurden daneben die vorhandenen Behörden (Arbeitsämter) ausgebaut. Die außerordentliche Beanspruchung der Kräfte für die Sicherung der nationalen Selbständigkeit brachte es mit sich, daß die staatliche Lenkung eine wachsende Bedeutung erhielt und besonders im Krieg einen überragenden Einfluß auf die Regelung des Arbeitseinsatzes und der Arbeitsbedingungen auch in vielen Einzelheiten gewann.

Die erste große praktische Aufgabe nach der Machtübernahme war es, dem proklamierten »Recht auf Arbeit« Geltung zu verschaffen und die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Dieses Problem wurde in wenigen Jahren durch eine Reihe sich ergänzender Maßnahmen gemeistert, so daß im Jahre 1937, als der zweite Vierjahresplan anließ, nennenswerte Reserven an Arbeitskräften bereits nicht mehr vorhanden waren. Der Schwerpunkt des Arbeitsproblems verlegte sich damit vom reinen Einsatz auf die Verteilung unter Gesichtspunkten der nationalwirtschaftlichen Zweckmäßigkeit. Aus einer Quantitätsfrage wurde schon bald ein Qualitätsproblem, das sich zunächst in einem empfindlichen Facharbeitermangel zu äußern begann. Um unerwünschte Auswirkungen auf den allgemeinen Preisstand zu vermeiden, wurde es gleichzeitig notwendig, die Arbeitslöhne festzuhalten, die bei dem großen Bedarf an Arbeitskräften ins Steigen geraten waren. Alle diese Probleme verschärften sich im Kriege, der eine Fülle neuer, zum großen Teil vorbeugender Maßnahmen erforderlich machte. Neben dieser in erster Linie den Erfordernissen der praktischen Politik dienenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsarbeit entstand in den letzten 10 Jahren ein umfangreiches Werk der eigentlichen Arbeitsordnung im einzelnen. Dazu wurden in rd. 3 000 Tarifordnungen, die teils frühere Tarifverträge ablösten, teils vollkommen neu entstanden, die Grundlinien vorgezeichnet, nach denen die Betriebsführer die Arbeitsbedingungen im einzelnen festzulegen haben. Wie im alten Reichsgebiet, so waren auch in den wieder zum Reich zurückgekehrten Gebieten die Arbeitsverhältnisse nach entsprechenden Grundsätzen zu regeln. Der zunehmende Einsatz von Ausländern löste weitere Anordnungen aus.

Die seit dem Jahre der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus auf dem Gebiete der allgemeinen Arbeitsordnung, des Arbeitseinsatzes und der Lohnregelung ergangenen wichtigeren Gesetze, Verordnungen und Erlasse sind, soweit sie für den Gang der Entwicklung kennzeichnend waren, im folgenden dargestellt, nicht dagegen Durchführungs- oder Änderungsbestimmungen, die nichts grundsätzlich Neues brachten. Fast alle Texte sind in den einzelnen Teilen des Reichsarbeitsblatts nachgedruckt, sofern sie nicht ohnehin in diesem Organ zuerst veröffentlicht wurden.

Zur Arbeitsordnung

Nachdem im Mai 1933 die Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen aufgelöst worden waren, wurde die Sicherung der Arbeitsbedingungen besonders vom Reich hierfür bestellten Treuhändern der Arbeit übertragen (19. Mai, RGBl. I S. 285). Am 20. Januar 1934 erging dann das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (RGBl. I S. 45), das die Grundsätze für die organische Gestaltung des Arbeitslebens aufstellte, die betriebliche Verfassung festlegte, die Aufgaben der Treuhänder der Arbeit umriß, die Grundlagen für die soziale Ehrengleichbarkeit schuf und den Schutz gegen Kündigung erheblich verstärkte. Eine Reihe früherer Gesetze wurde damit außer Kraft gesetzt, so insbesondere das Betriebsrätegesetz und Verordnungen über das Schlichtungswesen. Am 23. März 1934 erschien ein weiteres Grundgesetz (RGBl. I S. 220), das für die öffentlichen Verwaltungen und Betriebe entsprechende, aber mehr dem hier geforderten engeren Treueverhältnis angepaßte Grundsätze aufstellte.

Durch besondere Gesetze und Verordnungen wurden die Bestimmungen über die Arbeitszeit zusammengefaßt, der 8-Stundentag gesichert, der Schutz der Kinder und Jugendlichen gegen Überbeanspruchung erweitert (26. Juli 1934, RGBl. I S. 803; 30. April 1938, RGBl. I S. 437 und 446) und der Schutz der erwerbstätigen Mutter erheblich ausgebaut (Mutterschutzgesetz vom 17. Mai 1942, RGBl. I S. 321; Wochengeld dem Arbeitsver-

dienst angeglichen: 4. September 1942, Reichsarbeitsblatt S. I. 420). In zahlreichen Tarifordnungen ist nach einheitlichen Richtsätzen der Urlaubsanspruch unter Fortzahlung des Lohns neu geregelt und das Lehrlingswesen geordnet worden. Der 1. Mai wurde durch Gesetz vom 10. April 1933 zum Nationalen Feiertag der Arbeit (RGBl. I S. 191) erklärt; der Lohnausfall ist dabei vom Betrieb zu vergüten (26. April 1934, RGBl. I S. 337). Ebenso wie an diesem Tage ist der übliche Arbeitslohn auch an den Feiertagen: Neujahr, Ostern, Pfingsten, Weihnachten für die ausfallenden Arbeitsstunden zu zahlen (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 280 vom 4. Dezember 1937). Durch Gesetz vom 30. November 1934 (RGBl. I S. 1193) wurde der Kündigungsschutz weiter verstärkt. Für die Heimarbeiter erschien im Juni 1933 als erstes ein Gesetz über den Lohnschutz (8. Juni, RGBl. I S. 347); die grundsätzlichen Bestimmungen über die Heimarbeit wurden in dem Gesetz vom 23. März 1934 (RGBl. I S. 214), sowie in Verordnung und Gesetz vom 30. Oktober 1939 (RGBl. I S. 2143/5) neu geregelt oder zusammengefaßt.

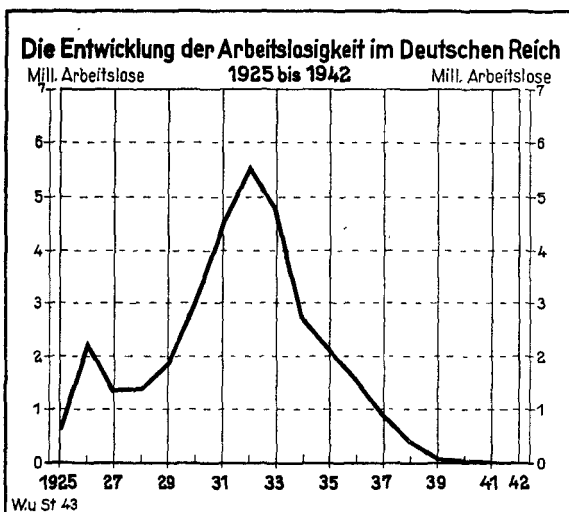
Anfang 1935 wurde für Zwecke des geregelten Arbeitseinsatzes das Arbeitsbuch eingeführt (26. Februar, RGBl. I S. 311), das im Laufe der Zeit für einen zunehmenden Personenkreis auszustellen war. Die Arbeitsvermittlung wurde ganz in die Hand der staatlichen Stellen gelegt, um einen Arbeitseinsatz nach einheitlichen Gesichtspunkten zu gewährleisten (10. August 1934, RGBl. I S. 786; 20. Dezember 1934, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 302 vom 29. Dezember 1934; 28. Juni 1935, RGBl. I S. 903; 26. November 1935, RGBl. I S. 1361; 30. Dezember 1935, Reichsarbeitsblatt 1936 S. I 4). Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde Ende 1938 mit ihren Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern (21. Dezember 1938, RGBl. I S. 1892) unmittelbar in die Reichsverwaltung eingegliedert.

Durch den Krieg sind die Bemühungen um die soziale Neuordnung nicht unterbrochen worden, wenn sich auch in einer ungestörten Friedenswirtschaft ganz andere Möglichkeiten zu ihrem weiteren Ausbau geboten hätten. Die Arbeitszeitbestimmungen mußten den Erfordernissen der kriegsverpflichteten Wirtschaft angepaßt werden. Nachdem die erste Umstellung auf die Kriegsaufgaben vollzogen war, wurden jedoch wieder weitgehende Vorkehrungen gegen eine Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskraft getroffen; als normale Höchstgrenze gilt jetzt eine Arbeitszeit von täglich 10 Stunden (Verordnung vom 1. September 1939, RGBl. I S. 1683; 12. Dezember 1939, Reichsarbeitsblatt S. III 380, Verfügungen vom 12. September 1941, Reichsarbeitsblatt S. III 427, und 5. November 1941, Reichsarbeitsblatt S. III 429). Die Zuschläge für die über 8 Stunden hinaus geleistete Mehrarbeit wurden im ersten Kriegsjahr teilweise für den Staat einbehalten, dann aber wieder voll ausgezahlt (Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939, RGBl. I S. 1609; Verordnungen vom 16. November 1939, RGBl. I S. 2254; 12. Dezember 1939, Reichsarbeitsblatt S. III 380; 29. März 1940, RGBl. I S. 570; 3. September 1940, RGBl. I S. 1205). Nach Kriegsbeginn trat ferner eine allgemeine Urlaubssperre in Kraft, die bis zum 14. Januar 1940 dauerte (Kriegswirtschaftsverordnung, RGBl. 1939 I S. 1609; Verordnung vom 17. November 1939, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 275 vom 23. November). Die Kündigungsfristen mußten für den Fall der Stilllegung und Umstellung von Betrieben den kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten eines raschen Stellungswechsels angepaßt werden (16. September 1939, RGBl. I S. 1869; 21. März 1940, RGBl. I S. 544); freigemachten Arbeitskräften wurde eine Abgangsentschädigung zugesprochen (27. August 1940, RGBl. I S. 1190).

Die Kriegsumstände brachten es mit sich, daß eine steigende Zahl ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland eingesetzt wurde, deren Arbeitsbedingungen besonderer Regelung bedurften. Grundsätzlich gelten für Ausländer in Deutschland dieselben Arbeitsbedingungen wie für Deutsche. In einem Erlass vom 2. August 1940 (Reichsarbeitsblatt S. I 424) wurde dieser Grundsatz auch für die aus den besetzten Gebieten kommenden Arbeiter festgelegt. Ausnahmen galten indessen für Polen (Anordnungen vom 5. Oktober 1941, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 235 vom 8. Oktober 1941, ferner vom 25. Februar 1942, Deutscher Reichsanzeiger vom 2. März Nr. 51) und für Ostarbeiter (Verordnung vom 30. Juni 1942, RGBl. I S. 419). Juden und Zigeuner stehen in einem Beschäftigungsverhältnis besonderer Art, das in Verordnungen vom 3. und 31. Oktober 1941 (RGBl. I S. 675 und S. 681) und vom 13. März 1942 (RGBl. I S. 138) umschrieben ist. Für diese Gruppen von Ausländern und Fremdstämmigen gelten auch hinsichtlich der steuerlichen Behandlung besondere Vorschriften.

Gegen den Arbeitsmangel

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wurde mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 (RGBl. I S. 323) eingeleitet, das vor allem eine großzügige Arbeitsbeschaffung unter Einsatz öffentlicher Mittel vorsah; freiwillige Spenden sollten zur Arbeitsbeschaffung beitragen. Weibliche Arbeitskräfte wurden zunächst soweit als möglich in die Hauswirtschaft überführt. Gleichzeitig wurde durch Ehestandsdarlehen nicht nur eine große Zahl von Eheschließungen ermöglicht, die in der Wirtschaftsdepression nicht zustande gekommen waren; auf diesem Wege wurden auch Arbeitsplätze frei gemacht. Für die Vergebung öffentlicher Aufträge auf Grund dieses Gesetzes war durch Verordnung vom 28. Juni 1933 (RGBl. I S. 425) zur Bedingung gemacht, daß die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden beschränkt, daß möglichst wenig Maschinen verwendet und Erwerbslose eingestellt wurden. Die Vorschrift der 40-Stundenwoche konnte durch Erlass vom 11. November 1933 (Reichsarbeitsblatt S. I 301) bereits gemildert und am 18. Juni 1934 (Reichsarbeitsblatt S. I 157) aufgehoben werden. Am 27. Juni 1933 erging das Gesetz über Errichtung eines Unternehmens »Reichsautobahnen« (RGBl. II S. 509). Der Bau der Reichsautobahnen und andere öffentliche Arbeiten im Rahmen des »Reinhardtprogramms« (Mittellandkanal, Dortmund-Emskanal, Bau von Brücken, Talsperren, Wasserwerken usw.) sowie Steuererleichterungen verschiedener Art verhalfen der »Arbeitsbeschaffung« zu einem alle Erwartungen übertreffenden Erfolg. Am 21. September 1933 erschien ein zweites Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (RGBl. I S. 651), das durch Einsatz öffentlicher Mittel in großem Umfang Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden ermöglichte und dadurch einem Wiederanschwellen der Massenarbeitslosigkeit im Winter 1933/34 wirksam entgegenarbeitete.



Ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter wurden für die folgenden Jahre nur in sehr beschränkter Zahl zur Arbeit in Deutschland zugelassen (Erlaß vom 22. April 1933, Reichsarbeitsblatt S. I 115). Ein Gesetz vom 15. Mai 1934 (RGBl. I S. 381) ermächtigte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsaufnahme von Arbeitskräften in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit zu verhindern und auf einen gebietlichen Ausgleich hinzuwirken. Am 20. November 1933 (Reichsarbeitsblatt S. I 295) war ein Erlaß gegen das Doppelverdienen erschienen. Eine Anordnung vom 28. August 1934 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 202 vom 30. August 1934) forderte den Austausch von Arbeitsplätzen zugunsten arbeitsloser älterer Angestellter und Arbeiter, kinderreicher Familienväter und langfristig Arbeitsloser. Diese Anordnung wurde durch eine am 7. November 1936 ergangene Anordnung (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 262 vom 9. November 1936) ersetzt, welche die Betriebe verpflichtete, auch ältere Angestellte in angemessenem Umfang zu beschäftigen. Ferner wurden durch einen Erlaß vom 25. März 1936 (Reichsarbeitsblatt S. I 76) zur Arbeitsbeschaffung in gewissen Notstandsgebieten, insbesondere an den Grenzen des Reichs, noch Sondermittel der Reichsanstalt bereitgestellt. Die Arbeitslosigkeit war zu dieser Zeit bereits soweit überwunden, als es nur noch darauf ankam, gewisse weniger einsatzfähige Gruppen von Arbeitskräften unterzubringen oder einige Restgebiete weiter zu betreuen.

Der Erfolg der gegen die Massenarbeitslosigkeit ergriffenen Maßnahmen war so durchschlagend, daß binnen weniger Jahre über 6 Millionen brachliegender Arbeitskräfte wieder in ein Beschäftigungsverhältnis gebracht werden konnten. Die Wirtschaft wurde damit von einer schweren Last befreit, der Staatshaushalt geordnet und das soziale Leben wieder in normale Bahnen gelenkt, so daß diesen Vorteilen gegenüber die für die Arbeitsbeschaffung vorgeschossenen Beträge nicht ins Gewicht fielen.

Vorübergehend mußten im Jahre 1934 in Zusammenhang mit einsetzenden Schwierigkeiten in der Rohstoffbeschaffung, insbesondere auf dem Gebiet der Textil- und Lederwirtschaft, Maßnahmen gegen den Beschäftigungsmangel und die hieraus folgende Kurzarbeit ergriffen werden. Die Faserstoffverordnung vom 19. Juli 1934 regelte die Arbeitszeit bei notwendigen Betriebseinschränkungen in der Textilwirtschaft (RGBl. I S. 713). Gegen Ende des Jahres wurden die Kurzarbeiterunterstützungen erweitert (Verordnung vom 30. November 1934, Reichsarbeitsblatt S. I 270). Da durch planmäßige Regelung des Arbeitseinsatzes die Kurzarbeit in den folgenden Jahren im wesentlichen wieder verschwand, konnte auch die Unterstützungsleistung eingeschränkt werden. Um den gebotenen Arbeitsplatzwechsel zu beschleunigen, entzog eine Verordnung vom 30. Juni 1937 Kurzarbeitern unter 30 Jahren ohne zuschlagsberechtigte Angehörige die Kurzarbeiterunterstützung (Reichsarbeitsblatt S. I 163).

Erst die durch den gegenwärtigen Krieg hervorgerufenen Betriebsumstellungen und -schließungen führten teilweise wieder zu einer gewissen Arbeitslosigkeit. Es kam zu Verbesserungen in der Arbeitslosenhilfe durch die Verordnungen vom 5. September 1939 (RGBl. I S. 1674 in Verbindung mit dem Durchführungserlaß vom 11. September 1939, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 213 vom 13. Oktober 1939, und vom 16. Dezember 1940, RGBl. I S. 1589). Auch für die Kurzarbeiterunterstützungen wurden am 24. Januar 1940 günstigere Bestimmungen erlassen (Reichsarbeitsblatt S. I 45 nebst Durchführungserlaß vom 29. April 1940 S. I 204). An deren Stelle trat am 16. Dezember 1942 die Verordnung über Ausfallvergütungen (RGBl. I S. 702): Muß die Arbeit in einem Betrieb infolge eines vorübergehenden Mangels an Rohstoffen für längere Zeit ruhen oder kann ein Arbeiter oder Angestellter infolge Verkehrsstörungen nicht an seinen Arbeitsplatz gelangen, so wird der Lohnausfall nach Maßgabe besonderer Bestimmungen bei Ledigen zu 60 vH, im übrigen zu 80 vH vom Staat vergütet.

Mehrere Anordnungen befaßten sich ferner mit dem Ersatz von Lohnausfällen bei Fliegeralarm und Fliegerschäden (insbesondere Reichsarbeitsblatt 1940 S. I 339, 355, 424, 1942 S. I 463; Deutscher Reichsanzeiger Nr. 188 vom 13. August 1942, Nr. 199 vom 26. August 1942, Nr. 209 vom 7. September 1942). Den Bauarbeitern wurde in jährlich wiederkehrenden Anordnungen für den witterungsbedingten Arbeitsausfall in der schlechten Jahreszeit ein Lohnersatz von 60 vH zugesprochen (zuletzt Tarifordnung vom 28. September 1942, Reichsarbeitsblatt S. IV 1193); es handelt sich dabei in der Hauptsache um öffentliche Bauvorhaben.

Gegen den Krätemangel

Die Arbeitslosigkeit war im ganzen noch nicht überwunden, als sich bereits in manchen Gewerbebezügen eine Verknappung an Kräften bemerkbar machte, vor allem an Facharbeitern im Baugewerbe und in den Metallgewerben. Bereits Ende 1934 erschien eine Verordnung (29. Dezember 1934, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 2 vom 3. Januar 1935), welche die Einstellung gelernter Metallarbeiter von der Zustimmung des für ihren früheren Wohnort zuständigen Arbeitsamts abhängig machte (vgl. auch Fassungen vom 27. November 1936 und 11. Februar 1937; Deutscher Reichsanzeiger Nr. 278 vom 28. November 1936 und Nr. 35 vom 12. Februar 1937). Nach einer Anordnung vom 26. Juni 1936 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 149 vom 30. Juni 1936) mußte der Bedarf an Arbeitskräften bei Durchführung öffentlicher Bauarbeiten angezeigt werden (in Kraft bis 26. November 1936). Am 7. November 1936 erging eine Reihe von Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 262 vom 9. November 1936), die sich damit befaßten, den Facharbeiternachwuchs in der Eisen- und Metallwirtschaft und im Baugewerbe, sowie den Bedarf an Metallarbeitern für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufträge in der Eisen- und Metallwirtschaft sowie im Baugewerbe zu sichern und anderweitig beschäftigte Metallarbeiter und Baufacharbeiter in ihre Berufe zurückzuführen. Kennwortanzeigen für die Anwerbung und Vermittlung von Metall- und Baufachkräften wurden

untersagt. Nach einer Anordnung vom 22. Dezember 1936 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 299 vom 23. Dezember 1936) konnte der Betriebsführer zur Verhinderung einer rechtswidrigen Lösung von Arbeitsverhältnissen in der Eisen- und Metallindustrie, im Baugewerbe, in der Ziegelindustrie und in der Landwirtschaft das Arbeitsbuch zurückbehalten, ohne das der Arbeiter oder Angestellte in anderen Betrieben nicht eingestellt werden durfte. In den Bezirken der Arbeitsämter Bitterfeld, Halle und Wittenberg wurde durch Anordnung vom 27. April 1937 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 96 vom 28. April 1937) die Einstellung von Arbeitern der chemischen Industrie und des Baugewerbes von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig gemacht. Nach einer für das Reich geltenden Anordnung vom 6. Oktober 1937 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 233 vom 9. Oktober 1937) mußten auch Maurer und Zimmerer zum Stellungswechsel erst vom Arbeitsamt freigegeben werden. Auf Grund des Gesetzes vom 3. November 1937 (RGBl. I S. 1158) können Empfängerinnen von Ehestandsdarlehen wieder Arbeit annehmen. Zur Behebung des steigenden Mangels an Arbeitskräften wurde durch Verordnung vom 14. Dezember 1937 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 289 vom 15. Dezember 1937) die Ausübung des Wandergewerbes und Stadthausiergewerbes beschränkt. Laut Anordnung vom 1. März 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 51 vom 2. März 1938) müssen sich die Schulentlassenen beim Arbeitsamt melden. Nach einer Anordnung vom selben Tage konnte einzelnen Betrieben durch die Landesarbeitsämter die Pflicht auferlegt werden, Arbeitskräfte nur mit Zustimmung des zuständigen Arbeitsamts einzustellen. Arbeiter und technische Angestellte des Baugewerbes bedurften laut Anordnung vom 30. Mai 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 124 vom 31. Mai 1938) allgemein der Einstellungsgenehmigung des letztzuständigen Arbeitsamts (über den Arbeitseinsatz bei den Großbauunternehmen vgl. Reichsarbeitsblatt 1939 S. I 74). Am 22. Juni 1938 wurde zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von staatspolitischer Bedeutung (RGBl. I S. 652) die Dienstpflicht eingeführt. In neuer Fassung und erweitert erschien diese Verordnung am 13. Februar 1939 (RGBl. I S. 206) mit Durchführungsverordnungen vom 2. und 10. März 1939 (RGBl. I S. 403 und 444): die Betriebe und Verwaltungen können von den Arbeitsämtern zur Abgabe von Arbeitskräften veranlaßt werden; wo der Verdienst sich dabei gegenüber dem an der bisherigen Arbeitsstelle erzielten vermindert, was nicht immer zu vermeiden ist, gleicht die Dienstpflichtunterstützung diesen Verdienstausschlag teilweise aus. Die Begründung und Lösung von Arbeitsverhältnissen bedurfte ferner in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, im Bergbau (im Steinkohlenbergbau erst mit Anordnung vom 11. Juli 1939, RGBl. I S. 1216), in der chemischen Industrie, in der Baustoffherstellung sowie in der Eisen- und Metallwirtschaft allgemein der arbeitsamtlichen Genehmigung; eine Reihe früherer Teilanordnungen wurde hierdurch ersetzt. Im Bergbau wurde zur Erhöhung der Förderleistung bei gleichzeitiger Zubilligung erhöhter Leistungszulagen die Schichtzeit um 45 Minuten verlängert (2. März 1939, RGBl. I S. 482).

Um weitere Reserven für die staatspolitisch wichtigen Arbeiten verfügbar zu machen, ergingen am 22. Februar und 16. März 1939 Verordnungen, die einen zweckvolleren Einsatz von Handwerkern und Einzelhändlern zum Ziel hatten (RGBl. I S. 327/8, 498/9). Durch Anordnung vom 1. Juli 1939 wurde der Arbeitsvertragsbruch in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben unter Strafe gestellt (Reichsarbeitsblatt S. I 282). Mit Kriegsausbruch wurde schließlich die Lösung von Arbeitsverhältnissen aller Art genehmigungspflichtig, außer bei gegenseitigem Übereinkommen der Vertragsparteien, bei Stilllegung des Betriebs, bei Beschäftigung auf Probe und kurzfristigen Arbeitsverhältnissen. Auch bei Einstellungen muß im allgemeinen das Arbeitsamt erst zustimmen (1. September 1939, RGBl. I S. 1685; 6. September 1939, RGBl. I S. 1690; Reichsarbeitsblatt S. I 435).

Am 21. März 1940 wurde eine Verordnung über die Stilllegung von Betrieben erlassen mit dem Zweck, Arbeitskräfte frei zu machen (RGBl. I S. 544). Ein Erlaß vom 3. April 1940 (Reichsarbeitsblatt S. I 161) regelt den Arbeitseinsatz vorübergehend entbehrlicher Arbeitskräfte. Besondere Maßnahmen galten der Umschulung von Arbeitskräften (Metallwirtschaft, Stenotypistinnen), der erweiterten Anlernung und der Nachwuchspflege (in kriegswirtschaftlich eingeschränkt arbeitenden Wirtschaftszweigen — Baugewerbe, Seeschifffahrt). Nach einer Durchführungsverordnung vom 28. Oktober 1941 (RGBl. I S. 664) kann auf Verlangen des Reichstreuhändlers der Arbeit bestraft werden, wer seine Beschäftigung vor rechtmäßiger Lösung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses aufgibt. Gegen vorsätzlich falsche Angaben über den Bedarf oder den Bestand an Arbeitskräften wandte sich die Verordnung zum Schutz der Rüstungswirtschaft vom 21. März

1942 (RGBl. I S. 165). Eine Verordnung über die Sicherung des Gefolgschaftsstandes in der Kriegswirtschaft vom 20. Mai 1942 (RGBl. I S. 340) verschärfte die Bestimmungen der Verordnung vom 1. September 1939, insofern ein Arbeitsverhältnis nur noch durch das Arbeitsamt gelöst werden kann; gegen eigenmächtiges Verlassen des Arbeitsplatzes wurden unbeschränkte Strafen angedroht. Der Kreis der betroffenen Gewerbe- und Gefolgschaftsgruppen wird in einer Durchführungsverordnung hierzu vom 13. Juni 1942 (RGBl. I S. 393) umrissen. In dieser Verordnung wird auch bestimmt, daß die Unternehmer die für ihre kriegswirtschaftlichen Aufgaben entbehrlichen Arbeitskräfte unverzüglich dem Arbeitsamt melden müssen. Die am 1. Oktober 1942 außer Kraft getretene Verordnung vom 20. Mai 1942 wurde durch Verordnung vom 29. September 1942 (RGBl. I S. 565) ersetzt; diese bestimmt lediglich, daß die Lösung von Arbeitsverhältnissen auch bei Kündigung mit Zustimmung des anderen Vertragspartners und bei Einigung der Vertragsparteien der Zustimmung des Arbeitsamts bedarf; der Geltungsbereich wird auf die privaten Betriebe einer enger gefaßten Gruppe von Gewerben beschränkt. Am 1. Oktober 1942 wurde auch für die Heimarbeiter bei kriegswichtigen Aufträgen die Arbeitspflicht ausgesprochen (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 235 vom 7. Oktober 1942). Um die wirtschaftlichen Aufgaben zu meistern, die sich in dem Existenzkampf des deutschen Volkes ergeben, sind schließlich am 27. Januar 1943 alle einsatzfähigen Männer und Frauen zur Arbeit verpflichtet worden (RGBl. I S. 67).

Für die Sicherung des Arbeitseinsatzes in den Gauen werden auch die Gauleiter der NSDAP. eingesetzt (6. April 1942, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 117 vom 21. Mai 1942). Besondere Anordnungen ergingen zur Betreuung der schaffenden Männer und Frauen (29. April 1942, Reichsarbeitsblatt S. I 272).

Während in den meisten Gewerben nach der Machtübernahme zunächst eine erhebliche Arbeitslosigkeit zu überwinden war, herrschte in der Landwirtschaft sowie in der Hauswirtschaft schon von vornherein Leutenot. Am 3. März 1933 (Reichsarbeitsblatt S. I 77) wurde daher die Landhilfe eingerichtet. Am 12. Mai 1933 wurden die Hausgehilfinnen von der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit (RGBl. I S. 265); ein Gesetz vom 22. September 1933 (RGBl. I S. 656) entließ auch die in der Land- und Forstwirtschaft sowie die in der Binnen- und Küstenfischerei Beschäftigten aus der Arbeitslosenversicherung. Durch Anordnung vom 17. Mai 1934 wurde der Einsatz von landwirtschaftlichen Arbeitskräften in Betriebe bestimmter Gewerbegebiete von der Genehmigung durch das Arbeitsamt abhängig gemacht (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 114 vom 18. Mai 1934). Das Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften vom 26. Februar 1935 (RGBl. I S. 310) sah die Rückführung landwirtschaftlicher Arbeiter und Angestellter aus anderen Betrieben und Berufen in die Landwirtschaft vor. Auch der durch Gesetz vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 769) zunächst für die männliche Jugend pflichtmäßig eingeführte Reichsarbeitsdienst wurde zu einem großen Teil für land- und forstwirtschaftliche Aufgaben eingesetzt. Die besondere Förderung des Baues von Heuerlings- und Werkwohnungen sowie von Eigenheimen für ländliche Arbeiter und Handwerker (vgl. Verordnung vom 10. März 1937, RGBl. I S. 292; Anordnung vom 18. März 1937, Deutscher Reichsanzeiger Nr. 67 vom 22. März 1937) diente dem Ziel, den landwirtschaftlichen Betrieben eine bodenständige Gefolgschaft zu sichern. Eine Anordnung vom 15. Februar 1938 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 43 vom 21. Februar 1938) fordert eine mindestens einjährige Tätigkeit lediger weiblicher Arbeitssuchender unter 25 Jahren in der Land- oder Hauswirtschaft (vgl. auch die Durchführungsverordnungen vom 16. Februar und 23. Dezember 1938), nachdem das »Hauswirtschaftliche Jahr« für Mädchen auf freiwilliger Grundlage bereits im Jahre 1934 eingeführt worden war (vgl. Richtlinien vom 5. Mai 1934, Reichsarbeitsblatt S. I 130). Durch Verordnung vom 22. September 1939 (RGBl. I S. 1867) ist auch die ältere Schuljugend eingesetzt und zur Landwirtschaftshilfe während der Ferien verpflichtet worden. Nach Kriegsausbruch wurde der Bestand des weiblichen Reichsarbeitsdienstes auf 100 000 Arbeitsmädchen gebracht (Verordnung vom 4. September 1939, RGBl. I S. 1693), im Laufe des Krieges erhöht und zum Kriegshilfsdienst erweitert (Einsatz im Bürobetrieb bei der Wehrmacht, im öffentlichen Dienst, in Krankenhäusern, bei kinderreichen Familien). Hausgehilfinnen in kinderreichen Familien wird eine Ausstattungsbeihilfe in Höhe von 600 bis 1500 *RM* gewährt (RGBl. 1941 I S. 382). Der Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes dient schließlich eine Verordnung vom 7. März 1942 (RGBl. I S. 105), nach welcher auf dem Lande und in Landstädten wohnende Personen für landwirtschaftliche Arbeiten verpflichtet werden können. In großem Umfang werden in der Landwirtschaft

zur Erntezeit jedes Jahr freiwillige Helfer aus anderen Ständen eingesetzt.

Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten konnte dank all diesen Bemühungen der Staatsführung und der Arbeitseinsatzverwaltung von 1932 bis zum Kriegsbeginn im alten Reichsgebiet von 12,9 Mill. auf 21,7 Mill. gebracht, d. h. um 8,8 Mill. oder 68 vH erhöht werden. Im Jahre 1929, im Gipfelpunkt der letzten Hochkonjunktur, waren im ganzen 18,4 Mill. Beschäftigte gezählt worden. Nachdem im Sommer 1937 die Arbeitslosigkeit überwunden war, wurden bis Mitte 1939 immerhin noch 2,5 Mill. Arbeitskräfte in ein Beschäftigungsverhältnis als Arbeiter oder Angestellter überführt. Die durchschnittliche Arbeitszeit verlängerte sich von 1932 bis Mitte 1939 in der gewerblichen Wirtschaft um fast 20 vH.

Der Arbeitserfolg der gewerblichen Wirtschaft steigerte sich durch den verstärkten Einsatz von Arbeitskräften und Arbeitszeitreserven außerordentlich. Dagegen verblieb in der Landwirtschaft ein erheblicher ungedeckter Bedarf an ständigen Hilfskräften, so daß die große mit der Produktionssteigerung verbundene Arbeitslast zu einem erheblichen Teil auf den Schultern der Bauern und ihrer Angehörigen liegen blieb. Zahlreiche mit-helfende Familienangehörige sind außerdem in die Industrie abgewandert.

Zur Bewältigung der kriegswirtschaftlichen Aufgaben mußten in der gesamten Wirtschaft in großem Umfang vordem nicht berufstätige Frauen und Ausländer hinzugezogen werden. War der Einsatz ausländischer Kräfte bis 1939 noch sehr gering, so stieg er in den drei Kriegsjahren rasch auf einige Millionen Arbeitskräfte.

Zur Lohnregelung

Die Lohnpolitik steht im nationalsozialistischen Staat unter dem immer wieder von den führenden Männern betonten Grundsatz der Stabilität (vgl. Erlaß des Reichsarbeitsministers an die Treuhänder der Arbeit vom 17. Oktober 1933, Reichsarbeitsblatt S. I 271). Die Entgelte der Arbeitsleistungen werden ebenso wenig wie die Preise wirtschaftlicher Güter konjunkturellen Kräften überlassen, sondern im Interesse eines beständigen Geldwerts überwacht, geregelt und an größeren Schwankungen gehindert. Dies schließt nicht aus, daß, wie etwa bei den Preisen zur Anpassung des zurückgebliebenen landwirtschaftlichen Einkommens an das der übrigen Wirtschaft, Erhöhungen bewilligt wurden, so auch bei den Löhnen unter dem Gesichtspunkt einer gerechteren Arbeitsbewertung in manchen Fällen die in der Wirtschaftsdepression verhältnismäßig stark gedrückten oder sonst ins Mißverhältnis geratenen Mindestsätze heraufgesetzt (und vereinzelt auch gesenkt) wurden. So kam es z. B. zu zugelassenen Verbesserungen in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Seeschifffahrt, im öffentlichen Dienst, in der Textilindustrie, im Baugewerbe sowie in der Heimarbeit. Im allgemeinen aber wurde an dem aus der historischen Entwicklung überkommenen Lohnstand vorerst nicht allzuviel geändert, wenn auch die Lohnabstufungen heute in mancher Hinsicht als reformbedürftig empfunden werden; denn der Erfolg der Arbeitsschlacht sowie der wirtschaftlichen und militärischen Aufrüstung durfte nicht durch Lohnumstellungen größeren Ausmaßes gefährdet werden. In den östlichen Grenzräumen wurde vorerst durch weitgehenden Verzicht auf Steuern ein Ausgleich in der Einkommenslage angestrebt (Oststeuerhilfe-Verordnungen vom 9. Dezember 1940, RGBl. I S. 1565, und vom 20. Februar 1941, RGBl. I S. 109; vgl. auch W. u. St. 1942, Heft 8, S. 284). Insbesondere die Bergarbeiter sind in der Entrichtung von Beiträgen zur Sozialversicherung entlastet worden.

Die Aufgabe, ein Steigen der Löhne zu verhindern, war nicht leicht zu lösen, da bei dem allmählich immer mehr um sich greifenden Arbeitermangel und bei der Fülle von Aufträgen manche Unternehmer zu Lohnzugeständnissen bereit waren. Am 25. Juni 1938 erging eine Verordnung über die Lohngestaltung (RGBl. I S. 691), in der es den Reichstreuhändern der Arbeit zur Pflicht gemacht wurde, die Lohnentwicklung laufend zu überwachen und notfalls nach näheren Anweisungen Höchstgrenzen zu bestimmen. Noch im Jahre 1938 wurden in einzelnen Wirtschaftsgebieten im Baugewerbe die ersten Höchstlöhne festgesetzt. Im Frühjahr und Sommer ergingen Verbote gegen die Erhöhung der Gehälter weiblicher Angestellter bei Stellenwechsel; die Anfangsgehälter der weiblichen Angestellten, der Ingenieure,

Architekten, Physiker und Chemiker wurden von manchen Reichstreuhändern begrenzt.

Die Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 (RGBl. I S. 1609) erweiterte die Vollmachten des Reichsarbeitsministers und der Reichstreuhänder auf dem Gebiet des Arbeitsrechts¹⁾: Am 12. Oktober 1939 erging in einer Durchführungsbestimmung zur Kriegswirtschaftsverordnung (RGBl. I S. 2028) der allgemeine Lohnstop²⁾ mit dem 16. Oktober 1939 als Stichtag.

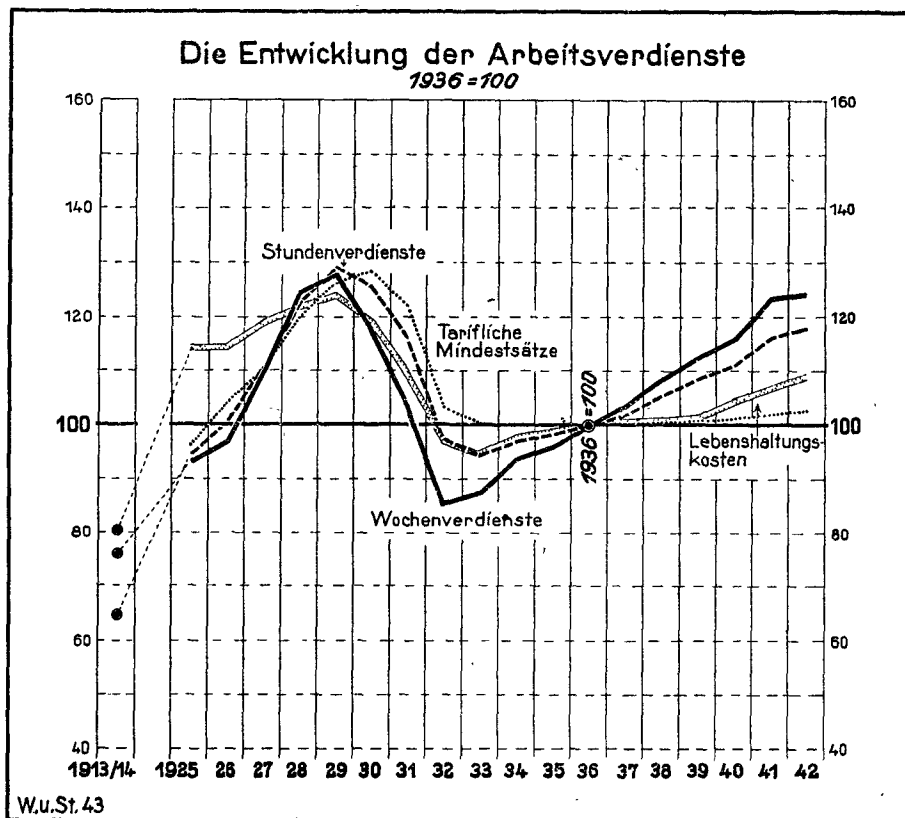
Da im Kriege zahlreiche Frauen für Arbeiten eingesetzt wurden, die früher nur Männer verrichteten, mußten auch für deren Entlohnung Richtlinien aufgestellt werden. Es wurde bestimmt, daß Frauen im Akkord- und Prämienlohn mangels genauer tariflicher Bestimmungen den Männern im allgemeinen gleichzustellen sind; bei Zeitlohn sollen weibliche Gefolgschaftsmitglieder, wenn nach den geltenden Vorschriften (Tarifordnungen, Betriebsordnungen usw.) keine andere Lohnregelung festgelegt ist oder am Tage des Lohnstops im Betriebe üblich war, 80 vH des Männerlohns erhalten (Erlaß vom 15. Juni 1940, Reichsarbeitsblatt S. I 301). Ein Runderlaß vom 29. Juni 1940 (Reichsarbeitsblatt S. I 357) und eine Anordnung vom 17. April 1941 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 93 vom 23. April) befaßten sich unter dem Gesichtspunkt des Lohnstops mit der Frage der Löhne und Gehälter neu eingestellter Gefolgschaftsmitglieder, eine Anordnung vom 25. April 1941 (Reichsarbeitsblatt S. I 212) mit dem außertariflichen Aufrücken in höher entlohnte Alters-, Berufs- oder Tätigkeitsgruppen, Anordnungen vom 7. November 1941 (Reichsarbeitsblatt S. I 510) und 15. Oktober 1942 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 249 vom 23. Oktober) mit der Entlohnung von Vertretern einberufener Gefolgschaftsmitglieder. Für die bei Umstellung von Betrieben auf eine andere Fertigung weiter gültigen Arbeitsbedingungen wurden am 23. Juli 1942 (Reichsarbeitsblatt S. I 342) Richtlinien herausgegeben. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nicht höher entlohnt werden als vergleichbare deutsche Arbeitskräfte (11. Juni 1942, Reichsarbeitsblatt S. I 301). Am 20. Juli 1942 erging eine zusammenfassende Anordnung gegen Arbeitsvertragsbruch und Abwerbung sowie gegen das Fordern unverhältnismäßig hoher Arbeitsentgelte in der privaten Wirtschaft (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 174 vom 28. Juli 1942). Im Frühjahr 1942 wurde auf Anweisung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, der durch Erlaß vom 21. März 1942 (RGBl. I S. 179) für die Aufgaben des Arbeitseinsatzes und der Lohnpolitik berufen worden war, damit begonnen, die in der Metallindustrie teilweise überhöhten Akkordverdienste nachzuprüfen mit dem besonderen Ziel, Leistungsreserven freizumachen. Die herkömmliche Einteilung der Arbeiter in die Gruppen der Facharbeiter, Angelernten und Hilfsarbeiter wird dabei einer Unterscheidung der Arbeiten nach 8 Wertigkeitsgraden Platz machen. Bei dieser in der Metallindustrie durchzuführenden Neuordnung der Löhne ist, wie übrigens auch in den neuen Tarifordnungen für Angestellte im Wirtschaftsgebiet Brandenburg (Reichsarbeitsblatt 1942 S. IV 1034 ff.), das Bestreben erkennbar, den starren Lohnstop in eine geschmeidigere Art von Bindung überzuführen, die auch der Selbstverantwortung des Betriebsführers wieder mehr Raum läßt. Im Baugewerbe ist, um eine gerechtere Entlohnung zu erreichen und die Leistungen zu steigern, durch Tarifordnung vom 2. Juni 1942 (Reichsarbeitsblatt S. IV 827) mit Wirkung vom 1. September 1942 bzw. 1. Januar 1943 die Arbeit nach einheitlichen Leistungsrichtsätzen vorgeschrieben worden, soweit die Natur der Arbeiten dies zuläßt.

Kraft einer Durchführungsbestimmung vom 14. April 1942 (RGBl. I S. 180) können bei Verstößen gegen die Bestimmungen über die Kriegslöhne uneinbringliche Ordnungsstrafen in Ersatzfreiheitsstrafen umgewandelt werden. In einer Anweisung vom 19. Juni 1942 (Reichsarbeitsblatt S. I 302) wurde Betriebsführern die Möglichkeit einer tätigen Reue bei Verstößen gegen den Lohnstop eröffnet: sie blieben straffrei, wenn sie bis zum 15. September 1942 eigene Verstöße dem Treuhänder der Arbeit selbst anzeigten.

Auch von der Seite der Preisbildung her wurde gegen ein Ansteigen der Löhne vorgegangen; Möglichkeiten hierzu bieten sich insbesondere bei den öffentlichen Aufträgen, die gegenwärtig im Vordergrund stehen. Welche Lohnveränderungen bei der

¹⁾ Durch Verordnung vom 23. April 1941 wurde die Befugnis des Reichsarbeitsministers und der Reichstreuhänder der Arbeit, Löhne mit bindender Wirkung nach oben und unten festzusetzen, noch formell bekräftigt (RGBl. I S. 222). —

²⁾ Der allgemeine Preisstop ab 18. Oktober 1936 wurde durch VO. über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. November 1936 (RGBl. I S. 955) angeordnet.



Berechnung der zulässigen Preise berücksichtigt werden dürfen, hat der Reichskommissar für die Preisbildung kürzlich zusammenfassend bekanntgegeben (Mitteilungsblatt, Jg. 1942, Teil I, Nr. 51).

Die eigentliche Lohnbewegung konnte dank unablässiger Bemühungen dem außerordentlichen Kräftenmangel zum Trotz in engen Grenzen gehalten werden. Die Indexziffer der tatsächlichen Stundenverdienste erhöhte sich zwar von 1933 bis Juni 1939 um 16 vH, diese Verdienststeigerung erklärt sich indessen zu einem erheblichen Teil auch damit, daß nach der Machtübernahme in zahlreichen Fällen untarifliche Löhne wieder an die tariflichen Mindestsätze herangeführt, daß in großem Umfang die Leistungen gesteigert und daß mit der zunehmenden Leistung von Überstunden und Sonntagsarbeit auch in steigendem Maß die hierfür tariflich vorgesehenen Lohnzuschläge gezahlt wurden. So bringt eine Überstundenleistung von nur 10 vH der normalen Arbeitszeit eine Verdienststeigerung je Arbeitsstunde um 2,3 vH, wenn man von einem Zuschlag von 25 vH für die gewöhnliche Überstunde ausgeht. Der im Krieg darüber hinaus eingetretene Verdienstanstieg um weitere 8 vH je Stunde (bis September 1942) erklärt sich gleichfalls zu einem großen Teil mit der verlängerten Arbeitszeit. Im ersten Kriegsjahr sind die Zuschläge für Mehrarbeit, Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, wie bereits bemerkt, zunächst ganz, dann teilweise einbehalten und an die Reichskasse abgeführt, ab September 1940 jedoch allgemein wieder freigegeben worden. Laut Anordnung vom 7. November 1940 sind ferner die Arbeitszeitzuschläge im Interesse des Leistungsanspornes nicht mehr zu versteuern (RGBl. I S. 1478); auch in der Sozialversicherung gelten sie auf Grund einer Anweisung vom 29. November 1940 nicht mehr als Entgelt (Reichsarbeitsblatt S. II 427). Eine Anordnung vom 15. Oktober 1942 setzte für die Mehrarbeitsvergütungen an Angestellte in der privaten Wirtschaft gewisse Grenzen (Reichsarbeitsblatt S. I 477).

Zum Ersatz erhöhter durch den kriegsbedingten Arbeits-einsatz verursachter Unterhaltungskosten ist zugestanden worden, daß bei längerem Einsatz von Arbeitskräften außerhalb ihres Wohnorts die Betriebe in bestimmtem Umfang Trennungszulagen zahlen (Reichsarbeitsblatt 1940 S. I 625; 1941 S. I 218)

und die Kosten für regelmäßige Heimfahrten zur Familie übernehmen (Reichsarbeitsblatt 1940 S. IV 181, 187, 193; 1941 S. IV 1236).

Für die bei der Verwendung von Kriegsgefangenen zu entrichtenden Vergütungen wurden im Juli 1940 zusammenfassende Richtsätze veröffentlicht (Reichsarbeitsblatt S. I 384; vgl. auch 1940 S. I 472). Die oben schon erwähnten Bestimmungen über die arbeitsrechtliche Behandlung von Arbeitskräften aus den östlichen Gebieten regeln zugleich auch Lohnfragen.

Konnten auch aus weitschauenden wirtschaftspolitischen Erwägungen, vor allem mit Rücksicht auf die Warenversorgung und die Währung, in der Lohnfrage keine besonderen Zugeständnisse gemacht werden, so galt die Sorge des Staates auch im Kriege der weiteren Ausgestaltung der Sozialversicherung. Zu erwähnen ist hier die Erhöhung der Leistungen in der Krankenversicherung, insbesondere der Fortfall der Aussteuerung nach bestimmter Krankheitsdauer (20. Mai 1941, Reichsarbeitsblatt S. II 197), die Verbesserungen in den Leistungen der Rentenversicherung (24. Juli 1941, RGBl. I S. 443, und 19. Juni 1942, RGBl. I S. 407), der Ausbau der Knappschaftsversicherung (19. Mai 1941, RGBl. I S. 287) und die weiteren erheblichen Verbesserungen in der Rentenversicherung der Bergleute (4. Oktober 1942, RGBl. I S. 569). Durch Gesetz vom 21. Dezember 1937 (RGBl. I S. 1393) sind die Beiträge der Bergarbeiter zur Sozialversicherung den allgemeinen Sätzen angeglichen worden. In der Unfallversicherung wurde der Versicherungsschutz auf alle Beschäftigungsverhältnisse ausgedehnt bei gleichzeitiger Erhöhung der Renten (9. März 1942, RGBl. I S. 107).

Alle diese Maßnahmen zur Ordnung des Arbeitsverhältnisses und des Arbeitseinsatzes, zur Sicherung des Lohns und zum Ausbau der Versorgung erscheinen rückschauend als Ausfluß einer Auffassung, die der menschlichen Arbeit in der Wirtschaft die ihr zukommende besondere Wertung einräumt, sie aber auch ebenso sehr ihrer Aufgabe der Sicherung des nationalen Lebens verpflichtet. Manche Anordnungen sind aus der Notlage des Volksganzen bedingt und verlangen vom einzelnen Opfer. Diese Opfer sind aber die Wegbereiter zu einem weiteren Ausbau des Sozialrechts, an dem auch unter den durch die Kriegsanstrengungen erschwerten Umständen unablässig gearbeitet wird.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Ehestandsdarlehen im 4. Vierteljahr und im Jahre 1942

Die Ehestandsdarlehen wurden wie im 2. und 3. Vierteljahr 1942 so auch im 4. Vierteljahr in verhältnismäßig wenigen Fällen in Anspruch genommen. Im ganzen Deutschen Reich wurden im 4. Vierteljahr 1942 nur insgesamt 20 281 Ehestandsdarlehen ausgezahlt. Die verminderte Inanspruchnahme von Ehestandsdarlehen beruht jedoch nicht auf einem Rückgang der Zahl der Eheschließungen, sondern darauf, daß zahlreiche jungvermählte Paare unter den gegenwärtigen Verhältnissen vorerst keinen eigenen Hausstand gründen können und daher vorläufig auf die Beantragung oder Auszahlung von Darlehen verzichten. Im alten Reichsgebiet wurden im 4. Vierteljahr 1942 insgesamt 17 240 Darlehen ausgezahlt, das sind 12 415 oder 41,9 vH weniger als im 4. Vierteljahr 1941 (29 655).

Im Jahre 1942 betrug die Zahl der ausgezahlten Ehestandsdarlehen im Deutschen Reich 102 849, das sind 73 716 oder 41,8 vH weniger als im Vorjahr (176 565). Auf das alte Reichsgebiet entfielen im Jahre 1942 88 949 ausgezahlte Ehestandsdarlehen, 67 536 oder 43,2 vH weniger als 1941 (156 485), während die Zahl der Eheschließungen im Jahre 1942 sogar wieder etwas gestiegen ist.

Seit Einführung der Ehestandsdarlehen bis Ende 1942 kamen im gesamten Reichsgebiet insgesamt 1 975 057 Ehestandsdarlehen zur Auszahlung. Außerdem wurden im Protektorat Böhmen und Mähren auf Grund der Verordnung zur Einführung von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen, Einrichtungsdarlehen und Einrichtungszuschüssen vom 10. Februar 1941 bis Ende 1942 deutschen Staatsangehörigen 1 392 Ehestandsdarlehen gewährt.

	Ausgezahlte Ehestands- darlehen	Erlasse von Darlehens- vierteln für lebend- geb. Kinder
Altes Reichsgebiet seit Aug. 1933	1 859 724	2 196 515
Alpen- und Donau-Reichs- gaue ¹⁾ » April 1938	84 494	62 995
Sudetendeutsche Gebiete » Jan. 1939	23 758	19 952
Memelland » Juli 1939	927	1 083
Ehem. Freie Stadt Danzig » März 1940	1 492	2 400
Eupen und Malmedy » Sept. 1940	180	196
Eingeglied. ehem. poln. Gebiete » Jan. 1941	4 482	4 411
Insgesamt	1 975 057	2 287 552
Außerdem Protekt. Böhmen und Mähren seit 10. Febr. 1941	1 392	857

¹⁾ Ohne die sudetendeutschen Gebietsteile.

Die Zahl der Erlasse von Darlehensvierteln für lebendgeborene Kinder, die in den ersten drei Vierteljahren 1942 bereits rückläufig war, hat in den Monaten Oktober bis Dezember 1942 weiter abgenommen. Es wurden im Deutschen Reich im 4. Vierteljahr 1942 58 050 Kinder in den mit Darlehen unterstützten Ehen geboren. Die Zahl der Erlasse war damit um 27 878 oder 32,4 vH niedriger als im 4. Vierteljahr 1941 (85 928). Dieser Rückgang steht mit der allgemeinen Geburtenentwicklung im Zusammenhang. Von den im 4. Vierteljahr 1942 erlassenen Darlehensvierteln entfielen 52 310 (Vorjahr 78 807) auf das alte Reichsgebiet, 3 505 (Vorjahr 4 476) auf die Alpen- und Donau-Reichsgaue, 1 163 (Vorjahr 1 700) auf die sudetendeutschen Gebiete und 772 (Vorjahr 584) auf die eingegliederten ehemals polnischen Gebiete. Im Protektorat Böhmen und Mähren wurden im 4. Vierteljahr 1942 195 (Vorjahr 83) Erlasse von Darlehensbeträgen für lebendgeborene Kinder gewährt.

Im ganzen Jahr 1942 wurden im alten Reichsgebiet in 236 552 Fällen Darlehensviertel erlassen, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 81 758 Erlasse oder 25,7 vH.

Ehestandsdarlehen und Erlasse von Darlehensvierteln in den Reichsteilen	Ausgezahlte Ehestands- darlehen		Erlasse von Dar- lehensvierteln für lebendgeborene Kinder	
	1942	1941	1942	1941
Ostpreußen	2 758	5 303	9 339	12 492
darunter { Memelland	145	273	356	405
{ ehem. poln. Gebiete	72	63	103	35
Berlin	4 414	7 961	12 140	15 853
Mark Brandenburg	3 128	5 810	8 800	12 485
Pommern	2 832	4 939	7 586	10 677
Niederschlesien	4 651	7 368	11 102	15 793
Oberschlesien	2 902	4 379	6 364	8 719
darunter { sudetendeutsche Gebiete	39	53	89	85
{ ehem. poln. Gebiete	699	341	615	244
Sachsen	4 833	8 828	13 672	18 235
Schleswig-Holstein	2 666	4 656	8 652	10 998
Hannover	4 741	7 391	12 606	16 784
Westfalen	9 769	16 289	25 972	33 569
Hessen-Nassau	2 670	4 990	7 252	10 346
Rheinprovinz	12 534	22 891	31 831	42 658
darunter Eupen-Malmedy	66	110	99	93
Hohenzollerische Lande	64	129	186	268
Preußen	57 962	100 934	155 502	208 877
Bayern	9 871	16 597	22 414	29 856
darunter sudetendeutsche Gebiete	153	217	232	261
Sachsen	5 959	9 824	13 456	17 575
Württemberg	3 143	5 919	8 845	11 596
Baden	2 827	5 283	7 508	10 437
Thüringen	1 244	2 184	3 823	5 104
Hamburg	1 974	4 010	6 066	8 086
Hessen	1 836	3 390	4 405	6 226
Mecklenburg	1 004	2 060	3 592	4 880
Braunschweig	796	1 342	2 180	2 733
Oldenburg	1 171	1 858	3 974	5 127
Bremen	520	765	1 764	2 042
Saarland	1 347	2 582	3 164	5 056
Alpen- und Donau-Reichsgaue	7 938	13 255	15 419	18 791
darunter sudetendeutsche Gebiete	266	390	446	503
Reichsgau Sudetenland	2 433	3 887	4 286	5 540
Reichsgau Danzig-Westpreußen	1 532	1 937	3 096	3 261
darunter { ehem. Freie Stadt Danzig	367	562	768	912
{ ehem. poln. Gebiete	696	581	975	511
Reichsgau Wartheland	1 292	738	1 408	520
Deutsches Reich	102 849	176 565	260 902	345 707
Altes Reichsgebiet	88 949	156 485	236 552	318 310
Alpen- und Donau-Reichsgaue ¹⁾	7 672	12 865	14 973	18 288
Sudetendeutsche Gebiete	2 891	4 547	5 053	6 389
Memelland	145	273	356	405
Ehem. Freie Stadt Danzig	367	562	768	912
Eingegli. ehem. poln. Gebiete	2 759	1 723	3 101	1 310
Eupen-Malmedy	66	110	99	93
Protektorat Böhmen und Mähren	791	601	708	149

¹⁾ Ohne sudetendeutsche Gebiete.

Seit August 1933 wurden bis Ende Dezember 1942 im gesamten Reichsgebiet insgesamt 2 287 552 Darlehensviertel für lebendgeborene Kinder erlassen. Im alten Reichsgebiet belief sich bis Ende 1942 die Gesamtzahl der Erlasse von Darlehensvierteln für

Ehestandsdarlehen und Erlasse von Darlehensvierteln	Ausgezahlte Ehestandsdarlehen		Erlasse von Darlehens- vierteln für lebend- geborene Kinder	
	Altes Reichs- gebiet	Jetziges Reichs- gebiet ¹⁾	Altes Reichs- gebiet	Jetziges Reichs- gebiet ¹⁾
1933 Aug./Dez.	141 559	.	13 610	.
1934	224 619	.	129 961	.
1935	156 822	.	155 069	.
1936	171 460	.	186 694	.
1937	183 556	.	222 533	.
1938	243 691	257 262	272 498	273 560
1939	270 919	310 599	318 848	332 493
1940	221 664	249 766	342 440	367 023
1941	156 485	176 565	318 310	345 707
1942	88 949	102 849	236 552	260 902
1942 1. Vi.	25 909	29 462	68 978	75 637
2. „	24 793	28 251	59 357	65 428
3. „	21 007	24 855	55 907	61 787
4. „	17 240	20 281	52 310	58 050

¹⁾ Ohne Protektorat Böhmen und Mähren.

lebendgeborene Kinder auf insgesamt 2 196 515. Im Protektorat Böhmen und Mähren wurden vom 10. Februar 1941 bis Ende 1942 857 Erlasse gewährt.

Auf 1 Darlehen kamen bis Ende 1942 im gesamten Reichsgebiet 1,158, im alten Reichsgebiet 1,180 Erlasse von Darlehens-

vierteln. Das heißt von je 100,— *RM* der im Deutschen Reich (ohne Protektorat Böhmen und Mähren) gewährten Ehestandsdarlehen wurden bisher im Durchschnitt 29,— *RM*, der im alten Reichsgebiet verausgabten Ehestandsdarlehen im Durchschnitt 29,50 *RM* durch Geburten getilgt.

Die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich im November 1942

Im Deutschen Reich wurden im November 1942 insgesamt 51 813 Eheschließungen, 103 005 Lebendgeburten und 87 891 Sterbefälle (ohne die Sterbefälle von Wehrmachtsangehörigen) gezählt.

Die Zahl der Eheschließungen war auch im November 1942 höher, als nach dem Bestande an heiratsfähigen Männern und unter normalen Heiratsverhältnissen zu erwarten gewesen wäre. Im

Bevölkerungsbewegung im November 1942	Eheschließungen	Lebendgeborene	Totgeborene	Gestorbene ¹⁾	Davon unter 1 Jahr alte Kinder
Preußen	27 040	49 446	1 113	42 144	3 874
Bayern	4 857	9 066	190	8 184	788
Sachsen	3 329	5 164	98	5 222	309
Württemberg	1 670	3 386	58	2 739	235
Baden	1 509	2 527	56	2 379	206
Thüringen	1 069	1 690	34	1 649	133
Hamburg	1 081	1 798	36	1 549	81
Hessen	836	1 401	31	1 358	78
Mecklenburg	502	1 178	19	856	101
Braunschweig	351	727	18	656	37
Oldenburg	299	769	24	450	70
Bremen	266	297	7	351	21
Anhalt	233	566	11	395	39
Lippe	132	151	5	164	5
Schaumburg-Lippe	30	63	1	57	4
Saarland	531	902	21	678	69
Alpen- und Donau-Reichsgaue	4 152	8 789	208	7 424	675
Reichsgau Sudetenland	1 806	3 382	74	3 290	261
Danzig-Westpreußen	1 263	4 255	98	2 725	567
Wartheland	857	7 448	224	5 621	979
Deutsches Reich²⁾	51 813	103 005	2 326	87 891	8 532
Januar—November 1942..	573 985	1 320 060	29 136	1 028 108	106 863
Vergleichszahlen³⁾					
November 1942	48 913	88 714	1 944	77 990	6 688
„ 1941	44 874	116 255	2 583	77 998	7 131
„ 1940	54 175	117 935	2 674	76 272	7 416
„ 1939	100 089	127 198	2 973	78 786	7 317
Januar—November 1942..	544 434	1 139 484	24 459	902 746	81 470
„ — „ 1941	536 645	1 408 890	31 311	911 139	89 629
„ — „ 1940	661 004	1 518 464	35 116	957 588	98 896
„ — „ 1939	825 233	1 496 461	35 083	918 909	91 570
Auf 1 000 Einwohner					Auf 100 Lebendgeborene⁴⁾
November 1942	7,1	14,0	0,3	12,0	7,6
Januar—November 1942 ..	7,0	16,1	0,4	12,6	7,8
Vergleichszahlen³⁾					
November 1942	7,3	13,2	0,4	11,6	6,8
„ 1941	6,7	17,4	0,4	11,7	5,6
„ 1940	8,2	17,8	0,4	11,5	5,8
„ 1939	15,2	19,4	0,5	12,0	5,8
Januar—November 1942..	7,3	15,3	0,3	12,1	6,8
„ — „ 1941	7,2	19,0	0,4	12,3	6,4
„ — „ 1940	8,9	20,5	0,4	12,9	6,5
„ — „ 1939	11,3	20,5	0,5	12,6	6,1
Protektorat Böhmen und Mähren					
November 1942	7 728	10 864	194	8 518	1 170
„ 1941	7 615	9 764	165	7 953	841
„ 1940	8 049	9 639	232	7 614	840
Januar—November 1942..	70 234	125 650	2 334	94 770	12 059
„ — „ 1941	63 106	119 213	2 310	91 922	11 658
„ — „ 1940	71 450	115 094	2 385	91 314	10 679
Auf 1 000 Einwohner					Auf 100 Lebendgeborene⁴⁾
November 1942	12,5	17,5	0,3	13,8	8,4
„ 1941	12,3	15,8	0,3	12,9	8,1
„ 1940	13,1	15,7	0,4	12,4	8,2
Januar—November 1942..	10,2	18,2	0,3	13,7	10,6
„ — „ 1941	9,2	17,4	0,3	13,4	9,9
„ — „ 1940	10,4	16,8	0,3	13,3	9,5

¹⁾ Ohne die Sterbefälle von Wehrmachtsangehörigen. — ²⁾ Mit Eupen-Malmedy, ohne Reg.-Bez. Zichenau, Kr. Sudauen und die Kreise Bendsburg, Bielitz, Ilkenau, Krenau, Saybusch. — ³⁾ Ohne die eingegliederten polnischen Gebiete und Eupen-Malmedy. — ⁴⁾ Bereinigte Säuglingssterbeziffer unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergegangenen 12 Monaten berechnet.

Deutschen Reich (ohne die ehemals polnischen Gebiete und ohne Eupen-Malmedy) heirateten im November 1942 insgesamt 48 913 Paare, das sind 4 039 (9 vH) Paare mehr als im November 1941. Je 1 000 Einwohner betrug die Heiratsziffer im November 1942 7,3 gegenüber 6,7 im November 1941.

Die Zahl der Geburten hat sich im November 1942 weiterhin leicht vermindert. Insgesamt wurden 88 714 Kinder von ortsansässigen Müttern lebendgeboren, das sind 13,2 je 1 000 Einwohner.

Die Zahl der Todesfälle von Zivilpersonen betrug im November 1942 insgesamt 77 990. Sie war damit ebenso groß wie in der gleichen Zeit des Vorjahres (77 998). Die Sterbeziffer belief sich auf 11,6 je 1 000 Einwohner (11,7 im November 1941). Die Säuglingssterblichkeit betrug im November 1942 6,8 je 100 Lebendgeborene.

Im Protektorat Böhmen und Mähren hielt die Zunahme der Eheschließungen und Geburten auch im November 1942 an.

Die Bevölkerungsbewegung in den Großstädten im Dezember und im Jahre 1942

Die seit Mai 1942 in den Großstädten zu beobachtende ständige Erhöhung der Heiratshäufigkeit gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs hat sich im Dezember 1942 fortgesetzt. In 63 Großstädten (ohne die Großstädte der eingegliederten Ostgebiete) wurden im Dezember 1942 insgesamt 22 189 neuvermählte Paare gezählt, das sind 2 603 oder 13 vH mehr als im Dezember 1941 (19 586). Die auf 1 000 Einwohner im Durchschnitt der Großstädte berechnete Heiratsziffer betrug im Dezember 1942 10,6 gegen 9,4 im Dezember 1941.

Im ganzen Jahr 1942 wurden in den deutschen Großstädten insgesamt 222 751 Eheschließungen gezählt, das sind 2 436 oder 1,1 vH mehr als im Vorjahr (220 315). Auf 1 000 Einwohner kamen im Jahre 1942 im Durchschnitt der Großstädte 9,1 Eheschließungen (wie im Jahre 1941).

Bevölkerungs- bewegung in den deutschen Großstädten	Ehe- schlie- ßun- gen	Lebend- geborene ²⁾		Gestor- bene ³⁾	Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet			
		ins- ge- samt	davon un- ehelich	ins- ge- samt	Ehe- schlie- ßun- gen	Lebend- geborene ²⁾		Gestor- bene ³⁾
						ins- ge- samt	davon un- ehelich	ins- ge- samt
63 Großstädte ¹⁾								
Dezember 1942	22 189	27 812	2 774	25 386	10,6	13,2	1,3	12,1
„ 1941	19 586	31 988	3 271	25 337	9,4	15,4	1,6	12,2
„ 1940	24 549	33 132	2 856	26 184	11,9	16,1	1,4	12,7
„ 1939	41 450	33 736	3 180	26 546	20,4	16,6	1,6	13,0
4. Vierteljahr 1942	58 431	80 011	7 752	69 767	9,4	12,9	1,2	11,2
„ 1941	53 271	97 290	8 987	70 365	8,7	15,8	1,5	11,5
„ 1940	61 854	98 036	7 976	71 455	10,1	16,1	1,3	11,7
„ 1939	115 762	97 994	9 139	73 630	19,2	16,3	1,5	12,2
Jahr 1942	222 751	341 980	34 368	287 223	9,1	13,9	1,4	11,7
„ 1941	220 315	395 605	34 081	288 268	9,1	16,3	1,4	11,9
„ 1940	273 318	422 185	35 940	309 790	11,3	17,5	1,5	12,8
„ 1939	341 778	403 497	39 022	298 368	14,3	16,9	1,6	12,5
7 Großstädte der eingegliederten Ostgebiete ⁴⁾								
Dezember 1942	937	2 253	325	1 845	6,9	16,6	2,4	13,6
„ 1941	805	2 578	310	1 841	6,0	19,2	2,3	13,7
4. Vierteljahr 1942	2 364	6 882	908	5 537	5,9	17,1	2,3	13,8
„ 1941	2 364	7 334	783	5 067	5,9	18,4	2,0	12,7
Jahr 1942	8 568	29 819	3 842	21 795	5,4	18,7	2,4	13,7
„ 1941	10 428	31 807	3 083	21 620	6,7	20,5	2,0	13,9

¹⁾ Ohne die Großstädte der eingegliederten Ostgebiete; für 1941, 1940 und 1939 nur 62 Großstädte ohne Saarbrücken. — ²⁾ Ohne Ortsfremde und Juden. — ³⁾ Ohne Sterbefälle von Wehrmachtsangehörigen. — ⁴⁾ Litzmannstadt, Posen, Danzig, Bromberg, Kattowitz, Sosnowitz und Königschütze.

Die Zahl der Geburten hat im Dezember in den Großstädten gegenüber dem November 1942 etwas zugenommen. Es wurden im Dezember 1942 27 812 Kinder, im November 1942 25 339 Kinder von ortsansässigen Müttern lebend geboren. Das sind 13,2 lebendgeborene Kinder je 1 000 Einwohner im Dezember gegen 12,5 je 1 000 Einwohner im November 1942.

Im ganzen Jahr 1942 betrug die Zahl der Geburten in den Großstädten insgesamt 341 980. Sie war damit um 53 625 oder 13,6 vH niedriger als im Vorjahr (395 605). Die auf 1 000 Einwohner berechnete Geburtenziffer betrug im Jahre 1942 in den Großstädten 13,9 gegen 16,3 im Jahre 1941.

Neue Bevölkerungszahlen des Auslandes

Schweden. In Schweden fand die letzte allgemeine Volkszählung am 31. Dezember 1940 statt. Als endgültiges Ergebnis wurden 6 371 432 Einwohner ermittelt¹⁾. Wie sich die schwedische Bevölkerung seit 1920 entwickelt hat, zeigt die nachstehende Aufstellung:

	Bevölkerung	Zunahme Zahl	vH
1920	5 904 489		
1925	6 053 562	149 073	2,5
1930	6 142 191	88 629	1,5
1935	6 250 506	108 315	1,8
1940	6 371 432	120 926	1,9

Gegenüber der Zwischenzählung von 1935²⁾ ist die Bevölkerung um 120 926 Personen oder 1,9 vH gestiegen.

Die Fläche Schwedens wird infolge von Neuvermessungen etwas höher angegeben als früher, sie beträgt insgesamt 449 092 qkm, ohne Gewässer 410 349 qkm³⁾. Es lebten also 1940 durchschnittlich 14,2, bei Ausschaltung der Gewässer 15,5 Einwohner auf einem qkm. Die Bevölkerungsdichte ist in den einzelnen Gebieten sehr verschieden, sie liegt im südlichen Teil und an der Küste erheblich über, im Norden weit unter dem Gesamtdurchschnitt und schwankt zwischen 111 Einwohnern im südlichsten Bezirk Malmöhus und 2,1 Einwohnern im nördlichsten Bezirk Norrbotten. Für Schweden wird unter Ausschaltung der Städte und der Agglomerationen städtischen Charakters auf dem Lande noch eine Bevölkerungsdichte des platten Landes ermittelt; sie beträgt durchschnittlich 8 Einwohner je qkm. In 13 von den 25 schwedischen Bezirken liegt sie zwischen 10 und 18 Einwohnern. Für die übrigen 12 Bezirke ergeben sich stärkere Abweichungen vom Durchschnitt; die Bevölkerungsdichte des platten Landes dieser Bezirke schwankt zwischen 43 Einwohnern (Bezirk Malmöhus) und 1,9 Einwohnern (Bezirk Norrbotten) je qkm.

Die Gliederung der Bevölkerung nach dem Geschlecht hat sich in der letzten Zeit mehr und mehr ausgeglichen. Das männliche Geschlecht zählte 1940 3 160 128, das weibliche 3 211 304 Personen. Der Frauenüberschuß beträgt mithin nur 16 auf 1000 Männer gegenüber 23 im Jahre 1935 und 46 Frauen auf 1000 Männer im Jahre 1910.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren ist verhältnismäßig sehr gering, sie betrug nur 1,3 Mill. Personen oder 20,4 vH der Gesamtbevölkerung, davon waren 662 000 männlichen und 638 000 weiblichen Geschlechts.

Die Bevölkerung Schwedens 1940 nach Altersgruppen	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH	in 1 000	in vH
Bevölkerung insgesamt ..	6 371	100,0	3 160	100,0	3 211	100,0
davon im Alter: von						
unter 15 Jahren	1 300	20,4	662	21,0	638	19,9
15 Jahren u. darüber	5 071	79,6	2 498	79,0	2 573	80,1

Seit 1910 läßt sich ein stetiger und beträchtlicher Rückgang der Zahl und des Anteils der unter 15jährigen beobachten. Es wurden gezählt:

	Personen unter 15 Jahren	vH der Gesamt- bevölkerung
1910	1 751 157	31,7
1920	1 729 253	29,3
1930	1 525 399	24,8
1935	1 383 916	22,1
1940	1 300 402	20,4

¹⁾ Sveriges Officiella Statistik. Folkkräkningen den 31 december 1940, Band I, Stockholm 1942. — ²⁾ W. u. St., 17. Jg. 1937, Nr. 23, S. 966. — ³⁾ Statistisk Årsbok för Sverige, 29. Jg. 1942.

Die Sterblichkeit verlief im Dezember 1942 in den Großstädten etwa ebenso wie im gleichen Monat des Vorjahrs. Im Berichtsmonat wurden 25 386 Todesfälle, im gleichen Monat des Vorjahrs 25 337 Todesfälle von Zivilpersonen gezählt. Die Sterbeziffer betrug im Dezember 1942 12,1 je 1 000 Einwohner der Großstadtbevölkerung, im Dezember 1941 12,2 je 1 000.

Im ganzen Jahr 1942 starben in den 63 Großstädten 287 223 Zivilpersonen, das sind 1 045 weniger als im Jahre 1941 (288 268). Infolgedessen war die auf 1 000 Einwohner der Großstadtbevölkerung berechnete Sterbeziffer im Jahre 1942 mit 11,7 um 0,2 je 1 000 niedriger als im Vorjahre.

Wie die nachstehende Länderübersicht zeigt, weist Schweden den niedrigsten Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung auf.

Anteil der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung

Schweden	20,4 vH	Neuseeland	24,8 vH
Großbritannien u. Nordirland	21,1	Finnland	25,4
Belgien	21,6	Ungarn	26,2
Schweiz	22,2	Canada	27,7
Norwegen	22,4	Niederlande	28,0
Deutsches Reich	23,1	Italien	29,6
Frankreich	23,7	Union von Südafrika (Weiße)	30,6
Dänemark	24,0	Bulgarien	31,2
Estland	24,0	Griechenland	31,2
Lettland	24,3	Portugal	31,4
Australischer Bund	24,4	Sowjetunion	36,1
Ver. Staaten von Amerika		Japan (1935)	36,9
(weiße Bevölkerung)	24,6	Türkei (1935)	41,4

Die 15- und mehrjährige Bevölkerung zählte rd. 5,1 Mill. Einwohner; von ihnen ist mehr als die Hälfte (52,5 vH) verheiratet. Der Anteil der Verheirateten ist mithin geringer als im Deutschen Reich (60,2 vH).

Die über 15jährigen in Schweden 1940 nach dem Familienstand	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Zahl in 1 000	in vH	Zahl in 1 000	in vH	Zahl in 1 000	in vH
Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren insgesamt	5 071	100,0	2 498	100,0	2 573	100,0
davon						
ledig	1 973	38,9	1 018	40,8	955	37,1
verheiratet	2 663	52,5	1 330	53,2	1 333	51,8
verwitwet	381	7,5	129	5,2	252	9,8
geschieden	54	1,1	21	0,8	33	1,3

Von den 6,4 Mill. Einwohnern lebten, wenn man die Zahlen für die Gemeinden mit Vororten betrachtet, mehr als drei Fünftel auf dem Lande und in Landgemeinden unter 10 000 Einwohnern, 18,2 vH wohnten in Gemeinden mit 10 000 bis unter 100 000 Einwohnern und 19 vH in Großstädten.

Die Bevölkerung Schwedens 1940 nach Gemeindegrößenklassen	Mit Vororten		Ohne Vororte		Veränderung gegenüber 1935 in vH	
	in 1 000	vH	in 1 000	vH	mit Vor- orten	ohne Vororte
Gemeinden mit ... Einwohnern						
unter 10 000	4 000	62,8	4 308 ¹⁾	67,6	— 3,9	— 3,8
10 000 bis 100 000	1 160	18,2	1 036	16,3	+ 17,0	+ 23,6
100 000 und mehr	1 211	19,0	1 027	16,1	+ 10,6	+ 10,0
Insgesamt	6 371	100,0	6 371	100,0	+ 1,9	+ 1,9

¹⁾ Die Landgemeinden sind sämtlich bei den Gemeinden unter 10 000 Einwohnern nachgewiesen.

Der Anteil der Bewohner der drei Großstädte Schwedens an der Gesamtbevölkerung ist damit erheblich geringer als in Dänemark (23,2 vH) und im Deutschen Reich (30,2 vH), aber höher als in Norwegen (9,3) und in Finnland (8,1).

Die Gesamtbevölkerung Schwedens hat seit 1935 um 120 926 Personen oder 1,9 vH zugenommen; während die Bevölkerung in den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern um 3,9 vH zurückgegangen ist, hat sich die der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern um 13,6 vH erhöht. Von Interesse ist, daß die Zunahme mit 17 vH am stärksten bei den Gemeinden mit 10 000 bis unter 100 000 Einwohnern war; die der Großstädte betrug nur 10,6 vH. Die Nutznießer der Landflucht sind also weniger die Großstädte als die Gemeinden mit 10 000 bis unter 100 000 Einwohnern.

Städte mit 30 000 und mehr Einwohnern in Schweden	Volkszählung vom 31. 12. 1940				am 31. 12. 41 (Bevölkerungsregister) ohne Vororte
	mit Vororten		ohne Vororte		
	Ein- woh- ner	Zunahme gegenüber 1935 in vH	Ein- woh- ner	Zunahme gegenüber 1935 in vH	
Einwohner					
Stockholm	723 892	11,7	590 503	10,5	599 962
Göteborg (Göteborg)	323 045	9,0	281 287	8,9	283 183
Malmö	164 357	9,1	155 506	9,9	157 462
Norrköping	70 785	5,4	70 785	12,3	71 150
Helsingborg (Hälsingborg)	62 176	5,4	62 176	5,4	62 553
Örebro	54 172	12,0	49 167	25,5	49 687
Borås	49 682	13,0	48 324	11,4	48 873
Jönköping	47 328	8,8	36 280	8,9	37 069
Eskilstuna	45 072	12,8	40 725	14,1	41 176
Uppsala	44 546	9,4	38 357	13,1	38 914
Gävle	44 132	2,3	39 697	0,8	39 642
Västerås	39 676	21,8	38 597	18,5	39 433
Länköping	38 654	17,4	38 654	17,4	41 129
Karlstad	34 092	11,7	28 878	8,8	29 711
Karlskrona	32 404	13,9	29 604	4,1	30 301

Über die Bevölkerung der Städte mit 30 000 und mehr Einwohnern und ihre Zunahmen gegenüber 1935 gibt im einzelnen die nebenstehende Übersicht Auskunft.

Auf Grund der Bevölkerungsregister wurde am 31. Dezember 1941 in Schweden eine Gesamtbevölkerung von 6 406 474 Einwohnern ermittelt¹⁾. Auf das männliche Geschlecht entfielen 3 180 535, auf das weibliche Geschlecht 3 225 939 Personen. Auf 1 000 Männer kommen nur noch 1 014 Frauen, der Frauenüberschuß ist mithin weiter zurückgegangen.

Serbische Gebiete unter deutscher Militärverwaltung.
Am 24. Juni 1942 fand in Belgrad eine Aufnahme der Bevölkerung statt. Es wurden 295 718 Einwohner ermittelt, davon gehörten 142 993 Personen dem männlichen und 152 725 dem weiblichen Geschlecht an²⁾.

¹⁾ Sveriges Officiella Statistik. Folkmängden den 31 december 1941. Stockholm 1942. — ²⁾ »Nachrichten für Außenhandel«, Nr. 168, vom 22. 7. 1942.

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1941/42 und im Sommerhalbjahr 1942

Die Auswirkungen der Fremdenverkehrslenkung

Der Fremdenverkehr in seiner heutigen, planmäßig gelenkten Gestalt hat im Kriege eine wesentlich andere Bedeutung als im Frieden. Nach den Grundsätzen der Lenkung sollen die Heilbäder, Kur- und Erholungsorte in erster Linie der Wiederherstellung der Gesundheit verwundeter und kranker Soldaten, nächst dem der Erholung von Urlaubern der Wehrmacht und Gefolgschaftsmitgliedern wehrwirtschaftlicher Betriebe vorbehalten bleiben. Die nachstehenden Angaben zeigen, wie sich der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1941/42, dem Anlaufhalbjahr der planmäßigen Lenkung, und im Sommerhalbjahr 1942, dem ersten Halbjahr mit strenger planmäßiger Lenkung, gestaltet hat.

Winterhalbjahr 1941/42

Nach den Ergebnissen der umfassenden Halbjahresstatistik wurden im Winterhalbjahr 1941/42 in 8 820 Fremdenverkehrsgemeinden mit einer Wohnbevölkerung von 56,6 Mill. Einwohnern 12,7 Mill. Fremdenmeldungen und 44,6 Mill. Fremdenübernachtungen gezählt. Gegenüber dem Winterhalbjahr 1940/41 haben die Fremdenmeldungen um 5 vH, die Fremdenübernachtungen um 15 vH zugenommen, wobei in beiden Halbjahren die Ergebnisse für die gleichen 7 844 Berichtsorte zugrunde gelegt sind. Von der Gesamtzahl entfielen im Winterhalbjahr 1941/42 332 000 Fremdenmeldungen und 3,3 Mill. Übernachtungen auf Privatquartiere, das sind 2,6 vH aller Meldungen und 7,5 vH aller Übernachtungen (W.-Hj. 1940/41 = 3 vH und 8,7 vH).

Bei einer Aufgliederung der Ergebnisse nach Gruppen der Berichtsorte kamen im Berichtshalbjahr 2,4 Mill. Fremdenmeldungen und 19,7 Mill. Fremdenübernachtungen (19 vH und 44 vH der Gesamtzahlen) auf die Gruppe Heilbäder, Kur- und Erholungsorte (mit Seebädern), darunter 1,2 Mill. Fremdenmeldungen (51 vH) und 10,1 Mill. Übernachtungen (52 vH) auf 367 Wintersportplätze. In der Gruppe der Großstädte wurden 5,7 Mill. Fremdenmeldungen (45 vH) und 13,8 Mill. Übernachtungen (31 vH) gezählt. Auf diese Gruppe entfielen auch 75 vH der Übernachtungen von Auslandsfremden. Gegenüber dem Winterhalbjahr 1940/41 hat die Zahl der Übernachtungen der Inlandsfremden in der Gruppe der Heilbäder, Kur- und Erholungsorte um 10,9 vH, darunter in den wichtigsten Wintersportplätzen um 3,3 vH zugenommen.

Wie sich der Fremdenverkehr auf die Bereiche der Landesfremdenverkehrsverbände und Gebiete verteilt, zeigt die nachstehende Übersicht. In diese Übersicht ist erstmals auch eine Spalte über die Fremdensichte aufgenommen worden. Nach den Maßzahlen, die jeweils die Fremdenübernachtungen je Tag und 1 000 Einwohner der Wohnbevölkerung angeben, hatte im Winterhalbjahr 1941/42 das Wintersportgebiet Alpen und Alpenvorland die größte Fremdensichte mit 6,7 Übernachtungen je Tag und 1 000 Einwohner. Im Reichsdurchschnitt ergab sich eine Fremdensichte von nur 2,7 Übernachtungen. Unter den Landesfremdenverkehrsverbänden war eine verhält-

nismäßig große Fremdensichte in den Verbänden Tirol-Vorarlberg (22,2 Übernachtungen), München-Südbayern (9,3), Harz (7,5), Oberdonau-Salzburg (6,0) und Baden (5,4) festzustellen. Es sind

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1941/42	Zahl der Fremden-		darunter Aus- landsfremden-		Frem- den- dichte 1)
	Mel- dungen	Über- nach- tungen	Mel- dungen	Über- nach- tungen	
	in 1000				
Insgesamt 8 820 Berichtsorte	12 670,0	44 550,5	193,4	965,8	2,7
Gruppen der Berichtsorte					
Großstädte	5 707,9	13 765,4	144,0	722,5	2,9
Heilbäder, Kur- und Erholungsorte	2 448,8	19 698,4	12,3	76,2	16,6
Sonst. Fremdenverkehrsgemeinden.	4 513,3	11 086,7	37,1	167,1	2,5
Gebiete und Landesfremdenverkehrsverbände					
Westliches Küstengebiet	774,4	2 091,0	17,2	62,7	2,3
LFV. Ostfriesland	26,7	50,6	0,4	1,0	1,1
LFV. Unterweser-Jade	159,5	396,8	3,2	10,0	1,6
LFV. Nordmark	588,2	1 643,6	13,6	51,7	2,6
Ostliches Küstengebiet	896,3	2 346,0	4,9	10,4	1,4
LFV. Mecklenburg	185,6	449,1	1,3	3,3	2,7
LFV. Pommern	309,3	944,1	1,1	3,3	2,2
LFV. Danzig-Westpreußen	163,2	481,9	0,5	0,9	1,2
LFV. Ostpreußen	238,2	470,9	2,0	2,9	0,8
Nieder- und Mittelrheingebiet	1 318,2	4 101,1	20,3	63,8	1,8
LFV. Rheinland	760,3	2 135,1	15,1	42,4	1,5
LFV. Rhein-Main	457,8	1 626,6	4,4	19,9	3,0
LFV. Westmark	100,1	339,4	0,8	1,5	1,0
Südwestdeutsches Gebiet	999,0	4 139,4	11,8	48,9	4,2
LFV. Baden	498,3	2 477,1	5,2	22,6	5,4
LFV. Württemberg-Hohenzollern	500,7	1 662,3	6,6	26,3	3,1
Westdeutsches Binnengebiet	995,7	3 554,4	6,8	25,2	2,1
LFV. Westfalen	499,9	2 067,2	3,7	15,8	2,1
LFV. Niedersachsen-Weserbergl.	333,1	922,3	2,6	7,7	2,0
LFV. Kurhessen	162,7	564,9	0,5	1,7	2,7
Mitteldeutsches Gebiet	944,5	3 375,1	6,9	29,5	2,8
LFV. Harz	245,7	1 442,4	1,7	3,7	7,5
LFV. Mitteldeutschland	311,0	752,0	2,8	18,3	1,3
LFV. Thüringen	387,8	1 180,7	2,4	7,5	2,8
Ostdeutsches Binnengebiet	1 461,5	3 989,8	38,1	257,3	1,8
LFV. Berlin	1 008,9	2 579,0	36,4	251,8	3,3
LFV. Mark Brandenburg	319,1	872,1	1,5	4,7	1,6
LFV. Wartheland	133,5	538,7	0,2	0,8	0,6
Sächsisch-schlesisch-böhm. Gebiet	1 963,3	7 424,8	16,2	67,3	2,6
LFV. Sachsen	813,8	2 644,4	8,9	38,5	2,8
LFV. Schlesien	654,9	3 030,2	3,9	14,9	2,2
LFV. Sudetenland	494,6	1 750,2	3,4	13,9	3,3
Nordbayerisches Gebiet	625,5	1 574,1	4,0	13,1	2,0
LFV. Nürnberg und Nordbayern	359,0	963,4	2,7	9,9	2,4
LFV. Bayreuth	266,5	610,7	1,3	3,2	1,6
Alpen und Alpenvorgebiet	2 691,6	11 954,8	67,2	387,6	6,7
LFV. München und Südbayern	1 042,1	4 739,3	12,3	62,8	9,3
LFV. Tirol-Vorarlberg	339,3	1 968,9	4,6	29,8	22,2
LFV. Oberdonau und Salzburg	346,3	1 404,4	2,7	14,5	6,0
LFV. Niederdonau	193,2	1 265,6	3,6	56,0	4,1
LFV. Wien	450,4	1 580,4	38,4	208,0	4,5
LFV. Steiermark	206,7	634,1	3,6	12,0	3,1
LFV. Kärnten	113,6	362,1	2,0	4,5	4,4

¹⁾ Übernachtungen je Tag und 1 000 Einwohner der Wohnbevölkerung.

dies sämtlich Landesfremdenverkehrsverbände, in deren Bereichen zahlreiche Wintersportplätze liegen. Gegenüber dem Vorjahr hat die Fremdensichte wegen Behinderung des Wintersports infolge der Ablieferung des Schigeräts im Winter 1941/42 im ganzen nur wenig zugenommen (von 2,4 auf 2,7 Übernachtungen je Tag und 1 000 Einwohner der Wohnbevölkerung).

Der Fremdenverkehr in 367 Wintersportplätzen im Winterhalbjahr 1941/42	Zahl der Winter- sport- plätze	Zahl der Fremden-		darunter Auslands- fremden-	
		Mel- dungen	Über- nach- tungen	Mel- dungen	Über- nach- tungen
Schlesisch-böhmische Gebirge ..	50	167 566	1 737 524	187	1 028
LFV. Schlesien ..	34	113 945	1 338 634	106	697
LFV. Sudetenland ..	16	53 621	398 890	81	331
Sächsisch-böhmische Gebirge ..	32	95 898	704 271	311	2 938
LFV. Sachsen ..	27	57 141	483 691	43	161
LFV. Sudetenland ..	5	38 757	220 580	268	2 777
Thür. Wald (LFV. Thüringen) ..	29	29 950	248 553	31	206
Harz (LFV. Harz) ..	31	92 115	899 200	82	607
Hochsauerland ..	7	10 146	112 676	13	141
LFV. Westfalen ..	6	9 345	84 335	11	131
LFV. Kurhessen ..	1	801	28 341	2	10
Taunus (LFV. Rhein-Main) ..	12	15 362	160 679	24	384
Schwarzwald ..	36	113 452	1 103 579	468	2 645
LFV. Baden ..	29	91 318	906 372	416	2 160
LFV. Württemberg-Hohen- zollern ..	7	22 134	197 207	52	485
Allgäu und sonst. bayer. Alpen- gebiet ..	56	229 655	2 514 376	1 220	12 123
LFV. München und Südbayern ..	54	223 039	2 411 317	1 203	12 084
LFV. Württemberg-Hohen- zollern ..	2	6 616	103 053	17	39
Alpen- und Donau-Reichsgaue ..	99	467 494	2 551 987	5 298	29 813
LFV. Tirol-Vorarlberg ..	43	211 726	1 420 110	3 085	21 884
LFV. Oberdonau u. Salzburg ..	31	169 721	763 884	1 480	5 531
LFV. Niederdonau ..	7	24 915	178 641	123	771
LFV. Steiermark ..	13	26 154	102 803	136	1 104
LFV. Kärnten ..	5	34 978	86 549	474	523
Sonstige Gebiete ..	15	16 526	94 775	21	99
LFV. Kurhessen ..	1	1 868	14 653	—	—
LFV. Mark Brandenburg ..	1	4 234	11 509	12	24
LFV. Nürnberg u. Nordbayern ..	4	3 644	26 932	2	7
LFV. Bayreuth ..	9	6 780	41 681	7	73
Zusammen ..	367	1 238 164	10 127 614	7 655	49 984
Dagegen im W.-Hj. 1940/41 ..	368	1 321 865	9 966 897	7 955	43 107

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug im Winterhalbjahr 1941/42 für die Inlandsfremden 3,5 Übernachtungen, für die Auslandsfremden 5 Übernachtungen. Sie hat sich gegenüber dem Winterhalbjahr 1940/41 verlängert (1940/41 3,2 und 4,9 Übernachtungen). In der Gruppe der Heilbäder, Kur- und Erholungsorte allein stellte sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Inlandsfremden auf 8,1 Übernachtungen (1940/41 7,8), in der Gruppe der Großstädte auf 2,3 Übernachtungen. In 367 Wintersportplätzen ergab sich für die Inlandsfremden eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 8,2 Übernachtungen. Sie war dabei am längsten in den Wintersportplätzen des Hochsauerlandes (11,1), in denen des Allgäus und des sonstigen bayerischen Alpengebietes (11,0) sowie im Taunus (10,5).

Sommerhalbjahr 1942

Nach den Ergebnissen der monatlichen Eildienststatistik wurden im Sommerhalbjahr 1942 in 1 814 ausgewählten wichtigen Fremdenverkehrsgemeinden 14,6 Mill. Fremdenmeldungen und 83,3 Mill. Fremdenübernachtungen gezählt. Mit 1 Mill. Meldungen und 13 Mill. Übernachtungen betrug der auf die Privatquartiere im Sommerhalbjahr 1942 entfallende Anteil am gesamten Fremdenverkehr bei den Meldungen 7,1 vH, bei den Übernachtungen 15,6 vH (S.-Hj. 1941 = 5,5 vH bzw. 13 vH). Gegenüber dem Vorjahr ist im Sommerhalbjahr 1942 insgesamt eine Abnahme der Fremdenmeldungen um 1,1 vH und eine Zunahme der Fremdenübernachtungen um 0,3 vH eingetreten.

Während sonach beim Gesamtergebnis für das Sommerhalbjahr 1942 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügige Veränderungen festzustellen sind, ergibt sich für die einzelnen Monate ein anderes Bild. In 1 641 wichtigen Fremdenverkehrsgemeinden, für die Angaben für die sechs Monate des Sommerhalbjahres 1942 und des Sommerhalbjahres 1941 vorliegen, wurden von April bis Juni 1942 und im September 1942 erheblich mehr Über-

Der Fremdenverkehr in wichtigen Berichtsorten im Sommerhalbjahr 1942	Zahl der Fremden-				dar. Auslands- fremden-	
	Meldungen		Über- nachtungen		Mel- dungen	Über- nachtungen
	in 1000	Veränd. gegen 1941 in vH	in 1000	Veränd. gegen 1941 in vH	in 1000	
Insges. 1814 Berichtsorte*)	14 561,4	- 1,1	83 313,0	+ 0,3	168,5	870,4
Gruppen der Berichtsorte						
Großstädte ..	5 650,0	- 4,4	13 903,0	+ 3,6	121,9	569,5
Heilbäder, Kur- und Er- holungsorte (ohne See- bäder) ..	4 726,9	- 2,6	50 429,4	- 4,1	18,4	125,5
Seebäder ..	672,2	+ 7,7	9 852,9	+ 5,1	1,8	9,3
Sonstige Fremdenverkehrs- gemeinden ..	3 512,3	+ 5,6	9 127,7	+ 18,4	26,4	166,1
Gebiete und Landesfremdenverkehrsverbände						
Westliches Küstengebiet ..	812,1	+ 1,7	3 892,1	+ 7,9	15,6	47,2
LFV. Ostfriesland ..	26,8	+ 11,9	99,3	+ 51,7	0,4	1,8
LFV. Unterweser-Jade ..	136,5	+ 9,1	376,9	+ 14,7	2,6	7,4
LFV. Nordmark ..	648,8	- 0,1	3 415,9	+ 6,3	12,6	38,0
Östliches Küstengebiet ..	1 241,2	+ 5,4	9 850,8	+ 6,0	5,9	18,9
LFV. Mecklenburg ..	194,3	- 15,6	1 197,4	- 16,9	0,8	1,6
LFV. Pommern ..	571,1	+ 5,9	6 022,6	+ 5,5	1,4	6,3
LFV. Danzig-Westpr. ..	187,9	+ 12,8	1 054,0	+ 53,5	1,2	7,1
LFV. Ostpreußen ..	287,9	+ 21,4	1 576,8	+ 8,8	2,5	3,9
Nieder- u. Mittelrheingebiet ..	1 311,4	- 0,1	5 961,0	+ 4,7	16,4	63,7
LFV. Rheinland ..	704,8	- 3,3	2 773,8	+ 3,6	11,1	38,9
LFV. Rhein-Main ..	517,1	+ 3,8	2 780,5	+ 4,3	4,8	23,6
LFV. Westmark ..	89,5	+ 3,2	406,7	+ 15,5	0,5	1,2
Südwestdeutsches Gebiet ..	1 221,5	+ 0,3	7 092,8	- 2,2	12,8	51,6
LFV. Baden ..	663,7	- 0,2	4 202,9	- 3,1	6,5	27,4
LFV. Württemberg- Hohenzollern ..	557,8	+ 0,8	2 889,9	- 0,9	6,3	24,2
Westdeutsches Binnen- gebiet ..	989,4	- 0,5	5 686,0	- 4,0	4,9	14,7
LFV. Westfalen ..	503,6	+ 3,6	3 400,8	+ 5,2	2,4	7,2
LFV. Niedersachsen- Weserbergland ..	321,1	- 3,9	1 228,6	- 15,8	2,1	6,0
LFV. Kurhessen ..	164,7	- 5,2	1 056,6	- 14,3	0,4	1,5
Mitteldeutsches Gebiet ..	1 066,6	- 7,4	6 721,1	- 7,7	6,5	26,4
LFV. Harz ..	363,0	- 16,9	3 384,6	- 14,6	1,2	2,8
LFV. Mitteldesohland ..	266,8	- 1,6	861,0	+ 7,5	2,2	12,9
LFV. Thüringen ..	436,8	- 2,6	2 475,5	- 1,3	3,1	10,7
Ostdeutsches Binnengebiet ..	1 438,5	+ 0,7	4 435,0	+ 8,5	37,1	217,4
LFV. Berlin ..	1 008,1	- 1,7	2 504,9	+ 3,5	36,1	209,0
LFV. Mark Brandenburg ..	287,1	- 2,3	1 165,0	+ 3,3	0,9	8,0
LFV. Wartheland ..	143,3	+ 32,6	765,1	+ 42,3	0,1	0,4
Sächsisch-schlesisch-böh- misches Gebiet ..	2 264,0	- 2,8	14 024,3	+ 0,6	13,0	63,0
LFV. Sachsen ..	876,8	- 7,2	4 827,6	+ 0,7	6,2	32,1
LFV. Schlesien ..	772,2	- 0,8	5 259,4	- 2,0	3,0	10,0
LFV. Sudetenland ..	615,0	+ 1,4	3 937,3	+ 4,1	3,8	20,9
Nordbayerisches Gebiet ..	611,9	- 6,6	2 482,1	- 2,6	4,8	15,4
LFV. Nürnberg u. Nord- bayern ..	371,6	- 8,2	1 639,3	+ 0,8	3,2	11,6
LFV. Bayreuth ..	240,3	- 4,0	842,8	- 3,7	1,6	3,8
Alpen und Alpenvorgebiet ..	3 604,8	- 1,3	23 167,8	- 1,2	51,5	352,1
LFV. München und Süd- bayern ..	1 509,6	+ 0,4	9 442,7	- 6,0	10,7	56,9
LFV. Tirol-Vorarlberg ..	474,4	+ 1,5	3 313,3	+ 5,4	3,7	21,9
LFV. Oberdonau und Salzburg ..	588,6	+ 1,8	4 128,9	+ 7,9	6,2	30,0
LFV. Niederdonau ..	218,8	- 6,1	2 149,6	+ 1,4	3,6	103,0
LFV. Wien ..	413,1	- 13,7	1 492,7	- 12,0	23,3	126,8
LFV. Steiermark ..	186,8	- 4,9	995,9	- 6,1	2,5	7,4
LFV. Kärnten ..	213,5	+ 9,8	1 644,7	+ 6,4	1,5	6,1

*) Außerdem wurden im Elsaß in 129 Fremdenverkehrsgemeinden 251 600 Fremdenmeldungen (darunter 2 500 Meldungen von Auslandsfremden) und 929 000 Fremdenübernachtungen (darunter 6 970 Übernachtungen von Auslandsfremden) ermittelt.

nachtungen, im Juli und August 1942 beträchtlich weniger Übernachtungen gezählt als in den entsprechenden Monaten des Vorjahrs (April + 4,1 vH, Mai + 9,0 vH, Juni + 2,3 vH, Juli - 3,2 vH, August - 7,2 vH, September + 6,8 vH). Die Übernachtungen haben somit in der Vor- und Nachsaison erheblich zugenommen, in den Hauptreisemonaten Juli und August hingegen beträchtlich abgenommen. Von dieser für das Reichsgebiet im ganzen sowie auch für die Mehrzahl der Landesfremdenverkehrsverbände festzustellenden Entwicklung machten allerdings hinsichtlich der Vor- und Nachsaison einige Gebiete, darunter auch das wichtige Fremdenverkehrsgebiet München-Südbayern, eine Ausnahme. Dies dürfte in Südbayern darauf zurückzuführen sein, daß die Fremdenverkehrsgemeinden dieses Gebietes von jeher und auch im Vorjahr in der Vor- und Nachsaison besonders stark besucht wurden.

Bei einer Aufgliederung der Ergebnisse nach Gruppen der Berichtsorte kamen im Sommer 1942 4,7 Mill. Fremdenmeldungen

und 50,4 Mill. Fremdenübernachtungen (32,5 vH und 60,5 vH der Gesamtzahlen) auf die Gruppe Heilbäder, Kur- und Erholungsorte (ohne Seebäder), 0,7 Mill. Fremdenmeldungen und 9,9 Mill. Fremdenübernachtungen (4,6 vH und 11,8 vH) auf die Seebäder. In den Großstädten wurden 5,6 Mill. Fremdenmeldungen und 13,9 Mill. Fremdenübernachtungen (38,8 vH und 16,7 vH), in der Gruppe Sonstige Fremdenverkehrsgemeinden 3,5 Mill. Fremdenmeldungen und 9,1 Mill. Fremdenübernachtungen (24,1 vH und 11 vH) gezählt. Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Übernachtungen eine Zunahme in der Gruppe der Sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden um 18 vH, in der Gruppe der Seebäder um 5 vH eingetreten, während die Zahl der Übernachtungen in der Gruppe der Heilbäder, Kur- und Erholungsorte um 4 vH zurückging. Der Rückgang der Übernachtungen in der Gruppe Heilbäder usw. ist darauf zurückzuführen, daß im Sommer 1942 erneut ein großer Teil des Beherbergungsraumes dieser Bäder für Lazarett- und andere Kriegszwecke abgezweigt wurde. Bei den Seebädern haben die Übernachtungen in 27 Nordseebädern um 4,8 vH, in 102 Ostseebädern um 5,6 vH zugenommen. An der Ostsee hat sich der Fremdenverkehr weiterhin von den östlichen nach den westlichen Seebädern zurückverlagert.

Der Fremdenverkehr in den Seebädern im Sommerhalbjahr 1942	Zahl der Fremden-	
	Meldungen	Übernachtungen
Ostseebäder	624 419	9 480 598
und zwar		
Schleswig-Holsteinische Seebäder	105 900	1 627 449
Mecklenburgische Seebäder	57 634	759 235
Westpommersche Seebäder	226 125	3 553 004
darunter		
auf Rügen	67 415	851 034
auf Usedom-Wollin	140 475	2 404 016
Ostpommersche Seebäder	98 772	1 747 682
Westpreussische Seebäder	54 004	663 560
Ostpreussische Seebäder	81 984	1 129 668
Nordseebäder	47 758	372 341
LFV. Ostfriesland	5 638	44 509
LFV. Unterweser-Jade	15 066	56 512
LFV. Nordmark	27 054	271 320

Im Elsaß wurden, soweit dort bisher der Fremdenverkehr erfaßt werden konnte, im Sommerhalbjahr 1942 in 129 Fremdenverkehrsgemeinden 251 600 Fremdenmeldungen und 929 000 Fremdenübernachtungen gezählt. In den Ergebnissen für das Reichsgebiet sind diese Angaben nicht enthalten.

Auswirkungen der Fremdenverkehrslenkung

Der Fremdenverkehr gestaltete sich in den Jahren 1938 bis 1941 (jeweils Sommerhalbjahr und darauf folgendes Winterhalbjahr) wie folgt:

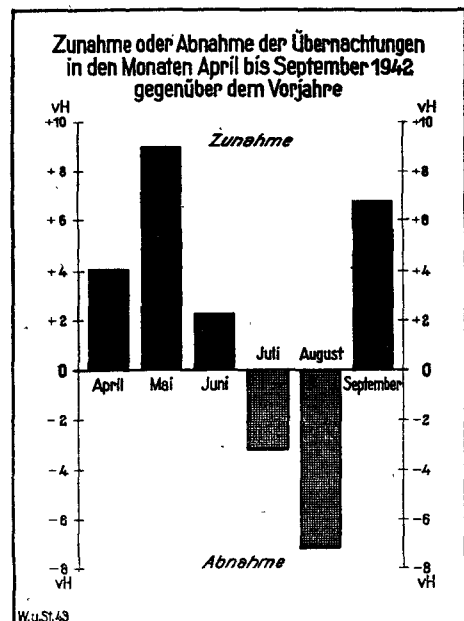
	Fremden- meldungen in 1 000	Fremden- übernachtungen in 1 000
1941	29 969,3	140 716,5
1940	26 865,5	107 992,5
1939	32 966,7	132 409,7
1938	35 929,6	143 425,7

Nach diesen Ergebnissen nahmen die Fremdenmeldungen 1941 gegen 1940 um 11 vH, die Fremdenübernachtungen um 30 vH zu. Gegenüber 1939 trat 1941 bei den Fremdenmeldungen eine Abnahme um 11 vH, bei den Übernachtungen eine Zunahme um 4 vH ein. Verglichen mit 1938 waren die Fremdenmeldungen 1941 um 18 vH, die Fremdenübernachtungen um 4 vH niedriger. Sonach zeigen Fremdenmeldungen und Fremdenübernachtungen eine im ganzen gegenläufige Bewegung. Diese Gegenläufigkeit tritt noch eindeutiger beim Vergleich des Jahresergebnisses 1941 mit denen der Vorjahre in der wichtigen Gruppe Heilbäder, Kur- und Erholungsorte hervor. In dieser Gruppe waren 1941 gegen 1940 die Fremdenmeldungen um 15 vH, die Fremdenübernachtungen um 34 vH gestiegen. Gegen 1939 nahmen 1941 die Fremdenmeldungen um 21 vH ab, die Fremdenübernachtungen um 10 vH zu; gegen 1938 ergab sich eine Abnahme der Fremdenmeldungen um 25 vH, eine Zunahme der Fremdenübernachtungen um 5 vH.

Für die Beurteilung der Auswirkungen der Lenkungsmaßnahmen ergibt sich somit, daß 1941 die Zahl der Fremden erheblich zurückging, während die Dauer des Aufenthalts jedes Fremden beträchtlich zunahm, eine Entwicklung, die sich bereits in den Vorjahren anbahnte. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Fremden in den Heilbädern, Seebädern, Kur- und Erholungsorten betrug:

1938	7,7	Übernachtungen
1939	7,8	„
1940	8,9	„
1941	10,3	„
8.-Hj. 1942	11,2	„

Die hier ausgewiesene Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Fremden, die dem ersten Anschein nach zur verordneten Beschränkung der Aufenthaltsdauer auf im allgemeinen 21 Tage in Widerspruch steht, beruht darauf, daß die früher so zahlreichen kurzfristigen Vergnügungsreisen bereits im Jahre 1941 von weniger zahlreichen, aber zumeist längeren Erholungsaufenthalten an ein und demselben Orte abgelöst wurden. Da somit die Zahl der Reisenden kleiner geworden und gleichzeitig der Reiseverkehr von Ort zu Ort zurückgegangen ist, hat sich als Folge der Lenkungsmaßnahmen bereits im Anlaufsjahre der Lenkung eine Entlastung der Reichsbahn im Reiseverkehr zugunsten kriegswichtiger Transporte ergeben.



Weitere Ergebnisse der sich im Sommer 1942 voll auswirkenden Lenkungsmaßnahmen sind an Hand der monatlichen Eildienststatistik für das Sommerhalbjahr 1942 zu erkennen. Im Sommer 1942 haben die Fremdenübernachtungen im ganzen um 0,3 vH, in der Gruppe der Sonstigen Fremdenverkehrsgemeinden, unter denen sich zahlreiche kleinere Erholungsorte befinden, jedoch um 18 vH zugenommen. Hieraus ergibt sich, daß zahlreiche Erholungssuchende infolge der Lenkungsmaßnahmen die kleineren, weniger bekannten Fremdenverkehrsgemeinden aufgesucht haben und daß die wichtigen größeren Heilbäder, Kur- und Erholungsorte tatsächlich den eigentlichen Kranken vorbehalten gewesen sind. Einen weiteren Erfolg der Lenkungsmaßnahmen bedeutet die bereits oben erwähnte Zunahme der Übernachtungen in der Vor- und Nachsaison bei gleichzeitiger Abnahme der Übernachtungen in der Hochsaison (Juli und August). Durch diese gleichmäßigere Verteilung des Fremdenverkehrs auf die einzelnen Monate des Sommerhalbjahres 1942 wurde nicht nur wiederum die Reichsbahn, und zwar gerade in der Hauptreisezeit, entlastet, sondern auch der im Kriege erheblich verringerte Beherbergungsraum samt seinem Zubehör einer wirtschaftlicheren Ausnutzung zugeführt.

Wirtschaftsdaten und Bücheranzeigen siehe 3. Umschlagseite

1. Senkung der Postgebühren im Verkehr mit Belgien.
7. VO. über den Zusammenschluß der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft (Hauptvereinigung der deutschen Zucker- und Süßwarenwirtschaft; Zuckerwirtschaftsverbände).
9. Kriegserklärung der chinesischen Nationalregierung an die Vereinigten Staaten von Amerika und England.
10. Unterzeichnung eines Vertrages zwischen Deutschland und Japan über die wirtschaftliche Zusammenarbeit (Gleichlautender Vertrag zwischen Italien und Japan).
21. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Mächten des Dreierpakts durch Chile.
23. Anordnung über die Verwertung von Waren geschlossener Betriebe.
25. Gesetz über die Verlängerung der Wahlperiode des Großdeutschen Reichstags (Verlängerung bis 30. Januar 1947).
27. VO. über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung (Meldepflicht für Männer vom 16. bis 65., für Frauen vom 17. bis 45. Lebensjahr).
29. VO. zur Freimachung von Arbeitskräften für kriegswichtigen Einsatz (Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers).
29. Anordnung des Reichswirtschaftsministers über die Aufhebung von Quoten-, Kontingents-, Gruppenschutz- und Gebietsschutzbestimmungen marktregelnder Verbände (Aufhebung vor dem 1. September 1939 getroffener Vereinbarungen mit Ablauf des 30. April 1943).

Februar

4. Anordnungen des Reichswirtschaftsministers über die Stilllegung von Betrieben des Handels, des Handwerks und des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

Bücheranzeigen

Die Finanzwirtschaft der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich: Die Schulden der öffentlichen Verwaltung am 31. März 1938 mit fortgeschriebenen Ergebnissen bis zum 31. Dezember 1939 (Teil D). Die Reichs- und Länderunternehmungen am 31. März 1938 (Teil F). Die Rücklagenbestände der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und der Gemeindeverbände am 31. März 1939 (Teil F). Statistik des Deutschen Reichs, Band 548, Heft III. Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin 1942. 149 Seiten. Preis brosch 8,— RM.

Das vorliegende Heft III, das den Sammelband 545 abschließt, bringt im Teil D eine umfassende Darstellung der Verschuldung der öffentlichen Verwaltung am 31. März 1938 und die bis zum 31. Dezember 1939 fortgeschriebenen Ergebnisse in der Gliederung nach Schuldarten, Verwendungszweck, Verwaltungsgebieten und Gemeindegrößenklassen. Der Teil E gewährt Einblick in Verschuldung, Kapital und Vermögen der öffentlichen Unternehmungen und enthält eine der wesentlichen Zahlen der beiden Teile zusammenfassende Übersicht über die öffentliche Gesamtverschuldung. Im Teil F wird Umfang und Art der Anlage der gemeindlichen Rücklagenbestände am 31. März 1939 dargestellt.

Morgen, H.: Zur Frage der Übervölkerung ländlicher Räume. Ein Beitrag zur Raum- und Sozialanalyse des Landvolkes. Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, 153. Sonderheft. Reichsnährstand Verlags-Ges. m. b. H. Berlin 1942. 120 Seiten. Preis 4,50 RM.

Ausgehend von den natürlichen Ertragsbedingungen der Landwirtschaft des Untersuchungsgebietes, das Teile der Regierungsbezirke Lüneburg und Hannover sowie das Land Schaumburg-Lippe umfaßt, wird die geschichtliche Entwicklung des Gebietes und die Betriebsgrößenklassenverteilung besprochen. Zur Frage der Gemeindegrößen wird festgestellt, daß eine große Zahl der Dörfer zu klein sei, um wirklich lebensfähige Gemeinden zu bilden. Zum Betriebsgrößenproblem ergibt die vom Verfasser angewandte Untersuchungsmethode, daß in dem genannten Gebiet, das im allgemeinen nach Bevölkerung und Betriebsstruktur zu den gesündesten Gebieten des Reichs gezählt wird, eine große Zahl von jetzt bestehenden Bauernhöfen »ausgekammert« werden mußte, damit die Größenklassenverteilung der anzustrebenden Betriebsgrößenmischung entspricht. Ergänzend sind Abschnitte über die Dorfgemeinschaft als soziales Gefüge, die landwirtschaftliche Übervölkerung und die erforderlichen Umformungsrichtungen bei den landwirtschaftlichen Betrieben angefügt.

Müller, H. F.: Grundzüge der Energieabsatzwirtschaft. Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin 1942. 357 Seiten. Preis 16,00 RM.

Der Verfasser behandelt im ersten Teil Begriff und Aufgabe der zwischen Produktions- und Verbrauchswirtschaft stehenden Absatzwirtschaft als volkswirtschaftliche Erscheinung und wendet sich dann der Darstellung des Wesens und des Bereiches der Energiewirtschaft und ihren einzelnen Gliedern, der Kohlenwirtschaft, der Wirtschaft der flüssigen Brennstoffe, der Gas- und Elektrizitätswirtschaft zu, die absatzwirtschaftlich eng miteinander verflochten sind. Die Energieabsatzwirtschaft wird danach am Beispiel der Elektroabsatzwirtschaft eingehend untersucht. Zunächst wird der Bedarf der Wirtschaft an elektrischer Energie behandelt, sodann die Verbraucherscharf analysiert und die Preisbildung dargestellt, und zwar die der Strompreise wie der Preise für elektrotechnische Erzeugnisse und Installationen. Es folgt eine Darstellung der Einflüsse auf den Absatz, die von den Besonderheiten des Produktes Strom und der Eigenart der Stromerzeugung, von der Mannigfaltigkeit der elektrotechnischen Erzeugnisse und Geräteherstellungsbetriebe und vom Elektroinstallateurhandwerk ausgehen. Ein weiterer Abschnitt befaßt sich mit der Elektrizitätswirtschaftlichen Verteilung. Im letzten Kapitel werden Probleme einer systematischen Energieabsatzwirtschaft behandelt.

Schneider-Dahlheim I: Usancen der Berliner Wertpapier-Börse 1942, bearbeitet von K. Hartung. 40. Auflage. Verlag Hoppenstedt & Co., Berlin. 604 Seiten. Preis 22,50 RM.

Den Hauptteil des in 40. Auflage vorliegenden Werkes bildet die Übersicht über die Lieferbarkeit aller an der Berliner Börse gehandelten Wertpapiere. Als neue Beiträge sind die Dividendenabgabenordnung, die Verordnung über den Aktienbesitz, die Aktienanmeldung sowie ein Auszug aus der Pfandbrief-Konversionsverordnung aufgenommen worden. In neuer Fassung erscheinen die Abschnitte über das Börsengesetz, den Effektenhandel und das Kapitalverkehrssteuergesetz.

Großere Wirtschaftlichkeit durch geordnetes Rechnungswesen und Betriebsuntersuchungen. Einführung und Anregungen. Herausgegeben vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Zweite neubearbeitete Auflage G. A. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung in Leipzig 1942. 120 Seiten und 5 Anlagen. Preis kart. 2,40 RM.

Die neue Auflage schließt sich in ihrer stofflichen Gliederung und textlichen Fassung eng an die erste an.

Der erste Abschnitt behandelt das geordnete Rechnungswesen, der zweite Ziel, Problematik und Durchführung zweigewirtschaftlicher Betriebsuntersuchungen. Angefügt sind ein Verzeichnis der zur Einführung genehmigten Kontenrahmen und Buchführungsrichtlinien und als Anlage ein Kontenrahmen für einen Fertigungsbetrieb, Buchungsschaubilder und ein Betriebsabrechnungsbogen.

Gemeinnützige Wohnungswirtschaft in der Nordmark. Eine Untersuchung der gemeinnützigen Baugenossenschaften und -gesellschaften von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg. Herausgegeben vom Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (Organ der staatlichen Wohnungspolitik). Carl Heymanns Verlag, Berlin 1942. 163 Seiten. Preis 15,— RM.

Im ersten Abschnitt der Schrift ist versucht worden, einige grundlegende Zahlen der gesamten deutschen Wohnungswirtschaft, z. B. über die Aufgliederung des Wohnungsbestands nach dem Alter sowie nach den Eigentums- und mietrechtlichen Verhältnissen der Wohnungen, über den Ersatzbedarf an Wohnungen, über die Höhe des volkswirtschaftlichen Miet- und Wohnungsaufwandes, zu schätzen. Der zweite Abschnitt befaßt sich vor allem mit Entwicklung und Stand der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft im ganzen und in der Nordmark sowie mit dem Sonderrecht und der Organisation des gemeinnützigen Wohnungswesens. Den Hauptgegenstand der Schrift bilden die Bauleistungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in der Nordmark von 1919 bis 1939 (Fläche, Raumzahl, Ausstattung, Garten- und Grundflächenanteil sowie Miete der erstellten Wohnungen), ferner die betriebswirtschaftliche Struktur der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen der Nordmark im Jahre 1939 (Aufgliederung der Betriebskosten, Untersuchung der Ertrags- und Vermögenslage). Auch hierzu werden nach Möglichkeit Vergleichszahlen für das Reich im ganzen und für einzelne Reichsteile sowohl aus dem gemeinnützigen wie aus dem übrigen Sektor der Wohnungswirtschaft angegeben.

Die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland. Lose-Blatt-Sammlung. Verlag der Deutschen Arbeitsfront G.m.b.H. Abteilung Buchverlag. Berlin 1942. 386 Blatt. Preis 18 RM, Ergänzungssatz je 6 RM.

Das in Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Arbeitsfront und dem Reichsarbeitsministerium entstandene Nachschlagewerk behandelt im einzelnen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, Anwerbung und Einsatz, Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsgenehmigung, Arbeitserlaubnis und Befreiungsschein, Arbeitsbuchpflicht, Betreuung, Überweisung von Lohnersparnissen, Steuerung des Urlaubsverkehrs, Steuer, Sozialversicherung sowie patentechnische und ausländerpolizeiliche Behandlung und die Hauptabschnitte der Sammlung.

Es ist erschienen:

Band 548, Heft III der Statistik des Deutschen Reichs

Die Finanzwirtschaft der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich:

Die Schulden der öffentlichen Verwaltung
Die Reichs- und Länderunternehmungen
Die Rücklagenbestände der Gemeinden

Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt

Das Heft enthält eine Darstellung der Schulden der öffentlichen Verwaltung (Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) am 31. März 1938 mit fortgeschriebenen Ergebnissen bis zum 31. Dezember 1939, ausgegliedert nach Schuldarten, Verwendungszweck, Verwaltungsgebieten und Gemeindegrößenklassen (Teil D des Gesamtbandes), ferner der Schulden der öffentlichen Unternehmungen am 31. März 1938 mit Angaben über das Kapital der Unternehmungen (Teil E) sowie der Rücklagenbestände der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und der Gemeindeverbände am 31. März 1939 (Teil F),

149 Seiten / Preis 8 *R.M.*

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68

Es ist erschienen:

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs

51. Jahrgang 1942, Heft 4

Herausgegeben vom Statistischen Reichsamt

In den Vierteljahrsheften wird das laufend anfallende Quellenmaterial der deutschen Reichsstatistik abgedruckt, soweit es nicht in besonderen Bänden erscheint; ferner werden regelmäßig größere Aufsätze über die Ergebnisse von Sonderuntersuchungen usw. veröffentlicht.

Inhalt:

Die Bauernsiedlung 1941

Die Entwicklung der Familien- und Betriebsverhältnisse der Neubauern nach der Ansiedlung

Die öffentliche Fürsorge im Oktober 1941 / März 1942 und im Rechnungsjahr 1941

Die Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden 1941

Preise im Inland: Viehpreise — Einzelhandelspreise

Großhandelspreise im Ausland: Preisverlauf von Mitte 1941 bis Mitte 1942 — Preisübersichten

Preis für den Jahrgang 24 *R.M.*, für das Einzelheft 6 *R.M.*

Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68